

ACTA
UNIVERSITATIS PALACKIANAE OLOMUCENSIS

FACULTAS IURIDICA
SUPPLEMENTUM 3 - 2006

ACTA
UNIVERSITATIS PALACKIANAE OLOMUCENSIS

FACULTAS IURIDICA
SUPPLEMENTUM 3 - 2006

Ass.-Prof. Dr. Armin STOLZ / Univ.-Prof. DDr. Bernd WIESER
Rechtswissenschaftliche Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz
(Redaktion)

unter Mitarbeit von
Dr. Beatrice SOMMERAUER

VERFASSUNGSVERGLEICHUNG IN EUROPA UND ÜBERSEE

Schriftliche Fassung ausgewählter Hausarbeiten des gleichnamigen
im Jahre 2005 an der Rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Palacky-Universität Olomouc gehaltenen Seminars

Redaktionelle Betreuung in Olomouc: JUDr. Maxim TOMOSZEK

© Maxim Tomoszek, 2006

ISBN 80-244-0803-1

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Preface	9
(Leitfaden) Seminar: Verfassungsvergleichung in Europa und Übersee	11
(Syllabus) Seminar: Constitutional Comparison in Europe and Overseas	13

I Grundstrukturen der Verfassung

<i>Vít Novotný</i> Basic structures of the constitutions of France and Czechia	15
<i>Beata Rošková</i> Grundstrukturen der Verfassungen Großbritanniens und Tschechiens	25
<i>Markéta Slavičinská</i> Grundstrukturen der Verfassungen der USA und Tschechiens	37

II Parlament - Parteien - Wahlrecht

<i>Peter Páříš</i> Parlament, Parteien und Wahlrecht in Frankreich und in Tschechien	47
<i>Marek Bukovský</i> Parliament, political parties and elections in Great Britain and in Czechia	61
<i>Ondřej Svaček</i> Parliament, political parties and elections in the USA and in Czechia	73

III Grundrechte

<i>Jiří Hajduk</i> Fundamental rights in France and in Czechia	83
<i>Veronika Plešková</i> Die Grundrechte in Großbritannien und in Tschechien	93

Martin Struna
Fundamental rights in the USA and in Czechia101

IV Verfassungsgerichtsbarkeit

Petra Slámová
Judicial review in France and in Czechia111

Igor Švarc
Judicial review in Great Britain and in Czechia117

Daniel Hořejší
Judicial review in the USA and in Czechia 123

VORWORT

Das erste Seminar aus Vergleichendem Verfassungsrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Palacky Universität in Olomouc/Olmütz wurde durch die Herausgeber dieses Bandes im Sommersemester 1998 abgehalten. Es hatte die Verfassungen Deutschlands, der Schweiz und Österreichs und deren Vergleich mit der Situation in der Tschechischen Republik zum Gegenstand. Die daraus hervorgegangenen deutschsprachigen Hausarbeiten wurden in „Acta Universitatis Palackianae Olomucensis. Facultas Iuridica. Supplementum 1 - 2000“ publiziert.

Diese Veranstaltung wurde von den Studierenden sehr positiv aufgenommen und daher bis jetzt jährlich und in lückenloser Folge fortgesetzt. Der Blick wurde dabei zunehmend über den deutschsprachigen Raum hinaus gerichtet. In „Acta Universitatis Palackianae Olomucensis. Facultas Iuridica. Supplementum 2 - 2002“ wurden die zu Russland, Polen und Italien in deutscher Sprache geschriebenen Hausarbeiten der Seminare aus 1999, 2000 und 2001 veröffentlicht.

Der vorliegende Band beansprucht aus zwei Gründen einen besonderen Neuigkeitswert.

Einerseits ist es die Auswahl der behandelten Länder, nämlich Frankreich, Großbritannien und die USA. In dieser Auswahl finden sich die persönlichen Vorlieben der Studierenden, sie macht aber auch aus den folgenden objektivierbaren Gründen Sinn:

Alle drei Länder kann man wohl als „global player“ bezeichnen.

Frankreich nimmt hierbei eine besondere Rolle als Gründungs- und immer noch sehr bedeutendes Mitglied der EU ein. Es gehört dem romanischen Rechtskreis an und ist daher für einen Vergleich mit der einer mitteleuropäischen Rechtstradition entspringenden Verfassungsordnung der Tschechischen Republik besonders geeignet.

Großbritannien weist ein weltweit wohl einzigartiges Verfassungssystem auf. Es kann mit seiner Gemengelage aus oft Jahrhunderte alten Verfassungsdokumenten und „constitutional conventions“ wohl geradezu als Gegenentwurf zu den kontinentaleuropäischen Modellen gesehen werden.

Die USA weiten schließlich den Blick nach Übersee. Hier gilt es, die Interdependenzen zwischen der mehr als 200jährigen Verfassungstradition der USA und den europäischen Verfassungsentwicklungen darzustellen und in diesem speziellen Feld den „American way of life“ durchaus auch kritisch zu hinterfragen.

Andererseits ist auch die Aufnahme von englischsprachigen Arbeiten ein Novum. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass im Sommersemester 2005 auf Wunsch der Fakul-

tätsleitung, aber auch der Studierenden das Seminar erstmals in eine deutschsprachige (Lehrveranstaltungsleiter *Bernd Wieser*) und in eine englischsprachige Gruppe (Lehrveranstaltungsleiter *Armin Stolz*) geteilt wurde.

Um eine bessere Vergleichbarkeit der tschechischen Verfassungssituation mit jener in den behandelten Ländern zu erzielen, wurde den Studierenden in bereits bewährter Weise ein Leitfadens zur Verfügung gestellt, an den sie sich in ihren Ausarbeitungen halten mussten; er wird in diesem Band vorweg abgedruckt.

Eine solche nunmehr trilinguale und multinationale Aktivität benötigt viele hilfreiche Hände. Es gilt also, Dank zu sagen. Vorweg unserem treuen Freund und Wegbegleiter, Herrn JUDr. Mag.iur. (Olomouc und Graz) *Michal Malacka*, Ph.D., der sich als Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Palacky Universität Olomouc geradezu als „spiritus rector“ dieses Projektes erwiesen und die vorliegende Sondernummer der Acta Universitatis Palackianae Olomucensis. Facultas Iuridica ermöglicht hat.

Dank sei aber auch Herrn JUDr. *Maxim Tomoszek* von der Rechtsfakultät Olomouc ausgesprochen. Er war einer unserer ersten „Schüler“ im vergleichenden Verfassungsrecht in Olomouc (vgl. seinen Beitrag zur Verfassungsgerichtsbarkeit in Polen und Tschechien in Acta Universitatis Palackianae Olomucensis. Facultas Iuridica. Supplementum 2 - 2002, 107ff), hat sich mit Energie in den Dienst der Sache gestellt, die beiden Seminargruppen vorbereitet und gleichsam als „Libero“ zwischen ihnen pendelnd auch begleitet. Ferner war er für die Grobbearbeitung der nunmehr veröffentlichten Hausarbeiten verantwortlich.

Für den unvermeidlichen Feinschliff zeichnet einerseits die Sprachenabteilung der Rechtsfakultät Olomouc (hier insbesondere Mgr. *Adéla Valentová*) verantwortlich, welche bei den englischsprachigen Texten unser Manko, nicht „native speaker“ zu sein, mehr als nur kompensiert hat. Sie konnte dabei freilich auf eigene Forschungsergebnisse, nämlich auf das im Jahr 2004 in deutscher, tschechischer und englischer Sprache erschienene Glossar zum Verfassungsrecht der deutschsprachigen Länder zurückgreifen.

In Graz war andererseits Mag. Dr. *Beatrice Sommerauer* vom Institut für Öffentliches Recht der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität der gute Geist dieses Projektes und hat die oftmals unbedankten redaktionellen Arbeiten mit persönlichem Engagement und Umsicht betreut.

Ein ganz großes und spezielles Dankeschön gebührt aber schließlich den Studierenden. Sie haben sich auf das intellektuelle Abenteuer ausländischer Verfassungsordnungen und fremder Fachsprachen eingelassen und ihre Aufgabe mit Bravour gemeistert.

Seit 1. Mai 2004 gehört die Tschechische Republik nunmehr zur großen Familie der EU. Trotzdem – und vielleicht gerade deshalb – bleibt die Auseinandersetzung mit fremden Verfassungssystemen eine Herausforderung und lohnende Aufgabe für die Zukunft.

Graz, zum Europatag (9. Mai) 2006

Bernd Wieser

Armin Stolz

PREFACE

The Constitutional Comparative Seminar has already quite long tradition at the Law Faculty of Palacky University in Olomouc. With kind help of Univ.-Prof. DDr. *Bernd Wieser* and Ass.-Prof. Dr. *Armin Stolz* from Law Faculty of Karl-Franzens University Graz the seminar has been regularly held since 1998. Not only it offers the students the possibility to work with foreign constitutional law in detail, they are also required to do so in foreign language. After completing the seminar, the students receive a certificate confirming participation in the seminar and the best students' essays are published in "Acta Universitatis Palackianae Olomucensis. Facultas Iuridica. Supplementum".

In the beginning, it was a natural choice to perform the whole seminar in German language. However, among the students of the Olomouc Law Faculty is even more common the English language, therefore starting from year 2005 the educators responsible for the seminar decided to carry out the seminar also in English.

This collection of essays is the outcome of the bilingual Constitutional Comparative Seminar held in summer semester 2005. The essays are dealing with four main topics listed in detail in the Syllabus of the Seminar, which may be found in this text-book as well. These topics are elaborated for the constitutional systems of three chosen countries – France, Great Britain and United States of America. Four essays presented are written in German, eight in English, so that this collection is open to even wider audience.

It would be impossible to maintain such a beneficial tradition of international cooperation without huge effort of Univ.-Prof. DDr. *Bernd Wieser* and Ass.-Prof. Dr. *Armin Stolz* from Law Faculty of Karl-Franzens University Graz. Words of thanks are also most appropriate towards the Dean of the Law Faculty of Palacky University in Olomouc, JUDr. Mag.iur. *Michal Malacka*, Ph.D., whose accommodating approach allowed the Seminar to thrive and to expand, and to Mag. Dr. *Beatrice Sommerauer* and Mgr. *Adéla Valentová*, whose contribution during preparation of this collection of students' essays was of greatest importance.

Last, but not least, it is important to mention the unending favour of students, who are willing to buckle down to extremely difficult task of analyzing foreign constitutional system in a foreign language, which all the educators appreciate very much.

Olomouc, 30th June 2006

Maxim Tomoszek

**SEMINAR: VERFASSUNGSVERGLEICHUNG
IN EUROPA UND ÜBERSEE**

THEMEN

I Grundstrukturen der behandelten Verfassungen

- Entstehungszeit und -umstände/Art der Erlassung (Volksabstimmung?)
- Äußere Form (geschriebene - ungeschriebene Verfassung, geschlossene Urkunde, Aufbau und Gliederung dieser Urkunde, Nebenverfassungsgesetze, verstreute Einzelverfassungsbestimmungen)
- Verfassungsänderungen/änderungsresistentes Verfassungsrecht/hierarchische Schichtung des Verfassungsrechts
- Staatsform: Republik/Monarchie
- Regierungssystem: parlamentarisch/präsidentiell/Mischsystem
- Bundesstaat/(dezentralisierter) Einheitsstaat

II Parlament - Parteien - Wahlrecht

- Das Parlament als zentrale Institution der Demokratie: Wer wird durch wen und zu welchem Zweck repräsentiert?
- Welche Organisationsstrukturen haben Parlamente und welche Funktion erfüllen diese? (insbesondere Ein- oder Mehrkammernsystem)
- Wie sehen Gesetzgebungsprozess und die Kontrollfunktion im Kontrast von Verfassungsrecht und -realität aus? Welche Rolle spielen Instrumente der direkten Demokratie?
- Wie sieht das Parteiensystem aus? Welche Parteien gibt es? Sind alle im Parlament repräsentiert? Wie sieht das Parteienrecht aus? Parteiverbote?
- Nach welchen Grundsätzen ist das Wahlrecht gestaltet? Welchen Einfluss hat das auf das Parteiensystem und die Regierbarkeit?

III Grundrechte

- Begriff (Wie werden sie von der Rechtsordnung bezeichnet? Wodurch unterscheiden sie sich von anderen Rechten? Gibt es Grundpflichten?)
- Welche Arten von Grundrechten gibt es? (Freiheitsrechte, politische, soziale Rechte) und welches Staatsverständnis spiegelt sich darin?
- Gegen wen können sie geltend gemacht werden (Staat, Private)?
- Wie und wo findet man Schutz gegen die Verletzung der Grundrechte?
- Gibt es Programmnormen, Staatszielbestimmungen, Gesetzgebungsaufträge oder institutionelle Garantien?

IV Verfassungsgerichtsbarkeit

- Organisation (spezialisiertes Gericht, allgemeines Höchstgericht oder nur gerichtsähnliche Instanz? Wie kommen die Richter in ihr Amt? Parteieneinfluss?)
- Zuständigkeiten und Verfahren (Welche Akte werden geprüft? Wer kann ein Verfahren in Gang setzen? Welche Wirkung haben Urteile? – Schwerpunkt: Normenkontrolle)
- Bedeutung im Verfassungsleben: Rolle gegenüber anderen höchsten Organen

Erwartete Beiträge: Möglichst einfache und ohne Vorausinformation verständliche Kurzreferate (höchstens 20 Minuten) zu den angegebenen Fragen (und zu keinen anderen, in den Unterlagen auch sonst behandelten Themen). Jeweils Erstellung von Handouts zur Information der anderen Teilnehmer.

**SEMINAR: CONSTITUTIONAL COMPARISON
IN EUROPE AND OVERSEAS**

THEMES

I Basic Structures of the Examined Constitutions

- Time and conditions of creation; manner of adoption (referendum)
- Form (written - unwritten constitution, compact document, structure and division of this document, other constitutional laws, dispersed single constitutional provisions)
- Changes of constitution, unchangeable constitutional provisions, hierarchical stratification of constitutional law
- Form of state: republic or monarchy
- System of government: parliamentary/presidential/mixed
- Federation or (decentralized) unitary state

II Parliament, political parties, elections

- Parliament as a central institution of democracy: who is represented, who are representatives and what is the purpose of representation
- Organizational structure of the parliament (especially unicameral or bicameral system) and its functions
- Law-making process and control functions of parliament - contrast between constitutional law and reality; role of instruments of direct democracy
- System of political parties; which political parties exist; are all of them represented in parliament; what is the legislation concerning political parties; prohibition of political parties
- Basic principles of electoral law and elections; their impacts on the system of political parties and the creation of government

III Fundamental Rights

- Concept of fundamental rights; their embodiment in law; how do fundamental rights differ from other rights; are there civic duties?
- Which groups of fundamental rights are protected (freedoms, political rights, social rights etc) and which ideas or principles do they express?
- Who are addressees of fundamental rights and against which subjects can be fundamental rights applied?
- By what means and by which institutions are fundamental rights protected?
- Are there any program provisions on state policies or aims, legislative tasks or institutional guarantees?

IV Judicial review

- Organisation (Specialized court, conventional supreme court or court-resembling body? How are the judges appointed? Possible influence of political parties?)
- Competencies and proceedings (Which acts can be reviewed? Who can initiate a proceeding? What are the effects of decisions? – emphasis on review of legal norms)
- Importance of judicial review in constitutional reality: its role in relations between constitutional institutions

Expected speeches: Preferably simple short reports (not longer than 20 minutes) understandable without previous knowledge of topic, focused on problems mentioned for each theme (and not problems of other themes presented by other participants). Hand-outs containing basic information for other participants should be distributed before reporting.

BASIC STRUCTURES OF THE CONSTITUTIONS OF FRANCE AND CZECHIA

Vít Novotný

I Introduction

In the beginning, I would like to introduce the structure of my paper. The topic is: Basic structures of the French Constitution and its comparison with the Czech Constitution. The first chapter explains the political and other conditions of creation of the French and Czech Constitutions. Next chapters treat the form of the Constitution, changes in the Constitution, the system of government and the state system.

Each chapter is divided into two parts, one deals with the topic from the perspective of the French Constitution and the second provides comparison with the Czech Constitution.

II Time and conditions of creation

1 France

At the end of the 1950s France was in a very difficult economic, political and international situation. We can divide the problems into internal affairs difficulties and international affairs difficulties. Internal affairs difficulties were connected mainly with the number of political parties within the system of the French Fourth Republic. Since the end of World War II none of these parties managed to achieve and keep their dominance. These parties had internal problems and were not able to create stable coalitions. It is obvious that the governments were unstable and changed very often. The system of proportional representation led to the development of many parties but presented only a few political figures.

These problems also influenced the economic situation. After World War II France was quite successful in the reconstruction and modernization of its industry. Thanks to the Marshall Plan and international prosperity leaders of the Fourth Republic were able to increase the living standard of citizens. They also supported private initiatives through

lucrative state loans. These are positive facts, nevertheless, the National Assembly was very weak and governments changed quite often, which means that prosperity of France was assured on the account of the state budget. Moreover, they did not think about other important problems that were to appear, for example the population growth, the changes in the country brought about as people moved from villages to cities etc. In connection with this another problem occurred – the reform of education. The governments focused on the struggle with Parliament and there was no time for new concepts or if there were some, they would not be able to pass the necessary laws.

These problems were serious but they could not bring any change into the system. A bigger impulse was needed and this impulse was brought through the international affairs problems. This is also the area where political leaders of France managed to achieve some success.

At first it is necessary to stress the participation of France in the Atlantic structures. The main purpose of participation in these structures was the protection of Western Europe from the Soviet threat. This also meant big American influence in Western Europe. Political leaders searched for some counterbalance. The solution was found in the European integration process. The first step in it was the European Community of Steel and Coal. Further project of European Community for Defence was not successful and also Political Community failed to be accepted by French Parliament. These initiatives went on and later the successful project of Common Market and Euratom was born.

Nevertheless, these positive facts could not prevail over the negative ones. One of the very hot issues were colonies and overseas lands. The governments of the Fourth Republic were unable to solve problems related to them and never understood the reasons that led towards rebellions there. They favoured bigger France and thus ignored the desire of the nations in the French league for freedom and independence.

At first, France lost colonies in Southeast Asia. Mainly the defeat at Dien Bien Phu was a real national tragedy for France. Later, this process continued in Africa where French territories gained independence in 1957. The French public proved quite apathetic and did not care about the process of losing colonies. A completely different situation occurred in the case of Algeria. In 1954 a rebellion arose in this colony. Another important feature that distinguished this colony from the rest was the existence of a large minority of European origin. In 1958 generals of French army joined rebels and the Committee for the Common Good was created. At the same time similar problems arose in Corsica.

In this situation the society was divided into two groups. The people who supported those who wanted to keep Algeria under French control formed the first group. Those who supported separation of Algeria formed the second. General Raoul Salan became the leading person of the Committee for the Common Good. The basic objective of this Committee was to establish General de Gaulle the head of the government.

The governments had two possibilities of reaction: to break out civil war or to give the power to De Gaulle. They chose the second way and thus De Gaulle he became Prime Minister of France. He was also given the authority to create new Constitution of the Republic. De Gaulle became Prime Minister on 1st June 1958 and started to work on the

new Constitution immediately. He wanted to create a constitution that would eliminate situations similar to spring 1958. We can say that de Gaulle was the spiritual father of the Constitution. Nevertheless, the real author of this document was M. Debré. De Gaulle himself introduced the new Constitution to people and it was adopted by referendum on 28th September 1958 with 80% of votes.

2 The Czech Republic

When new Constitution was to be adopted the situation in the Czech Republic was similar to France in 1958. It was the time of political changes and various problems. In comparison to France internal affairs of the state had bigger influence on the political system. Together with the Slovak Republic the Czech Republic formed Czech and Slovak Federative Republic. These two nations had lived together since 1918. The last 40 years were lived under the communist regime, which was dependent on the Soviet Union. The Soviet Union and its satellites formed one side in the Cold War. This era ended on 17th November 1989. The Communist Party lost its leading role in the society and freedom and capitalism started to play the main role not only in Czechoslovakia but also in whole Eastern Europe.

The society kept changing and both nations started to seek for different goals. This reflected itself in the different structure of political parties in both countries. In Slovakia the leading power was gained by Movement For Democratic Slovakia (HZDS) with its charismatic leader Vladimír Mečiar. This formation tended to be more left wing oriented and it stressed nationalism and independence of Slovakia. On the other hand, in the Czech Republic the most power was held by Civic Democratic Party (ODS), where Václav Klaus became the main figure.

These two parties won the elections held in June 1992 – coalition of ODS and other parties won in the Czech Republic while HZDS and Slovak National Party (SNS) won in Slovakia. Nevertheless, the differences in opinion lead to a constitutional crisis. The political representation was unable to create functional Parliament and elect the President of the Republic. These problems were interconnected and caused by the amendment of the Federal Constitution, which was adopted in December 1990. This law assigned more power to National Councils of both Republics, which of course led to a weak federal government. In fact this law prevented federal government from making important decisions. On 22nd June, after many negotiations, Vladimír Mečiar claimed the international subjectivity of each republic. That would have changed the republic to a confederation. Under these conditions, Václav Klaus preferred full independency for each republic. The rest of the year was full of work on the separation of Czechoslovakia.

Vladimír Mečiar wanted the Czech side to adopt the Constitution at the same time as the Slovak side, however, Václav Klaus refused. The works on the new Constitution started in Prague in August 1992. Two committees were established; one of them was formed by the members of coalition. The chairman of this committee was Václav Klaus.

The second was formed by the representatives of all political parties, which received posts in the National Council. Milan Uhde became the chairman of this committee. The government coalition needed 15 votes from the opposition to pass the new Constitution. The deputies bombarded the government with their own proposals. The end of federation was getting close and the danger of not having the Constitution, the danger of legal vacuum, was imminent. To prevent such a situation from taking place a new group was created; this group was called "Thirteen". This group consisted of leaders of the coalition parties and of important government members. The final concept of the Constitution was presented at a governmental session in Karlovy Vary. The same as in France, where the real author of the Constitution was M. Debré, true authors of the document were different. The real authors of Czech Constitution were two judges, three professors of law and four deputies of National Council. They worked isolated for four days in a villa called "Titania". The Constitution was adopted on 16th December 1992 by the National Council, no referendum took place.

III Form

1 France

Like all previous French Constitutions, the Constitution of 4th October 1958 is a written document. This constitution is also called the Constitution of the Fifth Republic. The Constitution begins with a Preamble. In this Preamble people of France proclaim their attachment to the Rights of Man and to principles of national sovereignty as defined by the Declaration of 1789, confirmed and completed by the Preamble to the Constitution of 1946. This is followed by Art 1, which defines France as an indivisible, secular, democratic and social republic. This republic shall ensure the equality of all citizens before the law, without regard to origin, race or religion. It shall respect all beliefs.

These provisions are followed by 17 sections, into which the Constitution is divided. Some of these sections were changed or revoked by new constitutional laws. Each section is divided into several articles.

The first section deals with sovereignty. Art 2 states the language of the republic, national emblem, national anthem, the motto of the republic, which is: Liberty, Equality and Fraternity. The main principle is: government of the people, by the people and for the people.

The second section deals with President of the Republic. President of the Republic shall see that the Constitution is observed. He/she shall ensure, by his/her arbitration, the proper functioning of the public authorities and the continuity of the State. He/she shall be a guarantor of national independence, territorial integrity and observance of the treaties. Art 6 says that President shall be elected for five years by direct universal suffrage. The other sections deal with the following issues: government, parliament, relations between parliament and the government, international treaties and agreements,

constitutional council, judicial authority, the High Court of Justice, criminal liability of members of the government, economic and social council, territorial units, association agreements, European Communities and European Union. The last section number 16 deals with the process of amending the Constitution.

The French Constitution is not a complex document. There is nothing about fundamental rights; these provisions are found in separate documents - Declaration of 1789 and Preamble to the Constitution of 1946.

2 The Czech Republic

The Constitution of the Czech Republic is rigid and written. This document consists of a Preamble and eight sections, which are divided into 114 Art. The first section deals with basic provisions which define the Czech Republic as a unitary and democratic state based on the respect for the rights of its citizens. Other articles in this section treat similar matters as the French Constitution: national emblem, national colours, national anthem and national flag. The Czech Constitution adds provisions about the capital, which shall be Prague. The Constitution of the Fifth Republic does not say anything about the capital of France.

Section 2 deals with the legislative power. This is different from the French Constitution, where President is mentioned in the first place, the government and the Parliament being mentioned later. The third section of the Czech Constitution treats the executive power, President and the government. The rest of the provisions deal with the following issues: judicial power, the Constitutional Court, the Supreme Auditing Office, the Czech National Bank and local authorities. The last section contains temporary and final provisions.

The order of the sections shows the conception of the Constitution. The Constitution does not contain provisions on fundamental rights, in this respect it is the same as the French Constitution. Nevertheless, this question is solved in the Charter of Fundamental Rights and Freedoms. This document was taken over from the former Constitution of the Czechoslovak Federation. We can see that both nations chose the same way, France added to the Constitution of the Fifth Republic the Declaration of 1789 and Preamble of 1946, Czech Republic took similar document from the Federal Constitution.

IV Changes in the Constitution, unchangeable constitutional provisions, hierarchical stratification of constitutional law

1 France

The Constitution of the Fifth Republic also belongs into the group of rigid constitutions. This does not mean that there are no possible ways to make changes in it. These ways exist, however, a special procedure is required. The common procedure of changing the Constitution is provided in Section 16, Art 89. President of the Republic on proposal of Prime Minister and Members of Parliament shall have the right to initiate an amendment to the Constitution. A governmental or a Member's bill to amend the Constitution shall be passed by both chambers of Parliament in identical terms. The amendment shall take effect after approval by referendum.

Members of Parliament can initiate an amendment to the Constitution since 1995 – until then it was practically impossible. The problem dwelled in Art 48. This article had empowered the government to control what Bills should be dealt with in Parliament. It is logical that if there had been any inconvenient proposals, the government could have changed the list of items to be dealt with, Art 48 serving as the reason. Today, it is not possible for the government to do this.

Nevertheless, there exists one exception to the standard procedure. It is related to President's proposal. For such proposal it is enough when it is passed through the Congress. The Congress is made of the two chambers of French Parliament and its meeting can be summoned only by President. These events mostly take place in Versailles. Congress has to pass the proposal by three fifths of the votes. In this case there is no referendum. This provision should be used only when it is really necessary.

Constitution of the Fifth Republic contains two unchangeable provisions. These provisions are found at the end of Art 89. The first of them states: No amendment procedure shall be commenced or continued where the integrity of the territory is jeopardized. This provision reflects the situation of World War II, when the northern part of France was occupied by Germans and the rest of the country was ruled by the collaborating government. The chief of this government was general Petain, French hero from World War I.

The second provision is as follows: The republican form of government shall not be the object of an amendment. Here we can see historic reminiscence of two French empires. It is interesting that when de Gaulle received the authority to create new Constitution and later became President, political parties in France were afraid of his possible will to change the form of government into an empire. I think that de Gaulle himself showed his qualities and deep respect for strong democracy.

The Constitution may be changed without any formal amendments. It is because of the influence of its interpretation and customs.

2 The Czech Republic

In the Czech Republic any change to the Constitution requires a special procedure. This procedure should prevent any possible conflict of regular laws with constitutional laws. There is a special group of subjects which are empowered to propose an amendment to the Constitution: Member of Parliament, group of Members of Parliament, Senate, government and representatives of higher local authorities.

We can see that the Czech President does not have the right to initiate a change in the Constitution while the French President does have such right. As to the manner of adoption, there is one difference in comparison to the procedure of passing regular laws. The proposal must go through a debate in the Senate. Another important difference is in the number of votes that are necessary for passing a proposal. In order to pass a proposal it is necessary to receive at least 3/5 of votes of all Deputies and 3/5 of votes of present Senators.

The Czech Constitution contains an unchangeable provision too. This provision is laid down in Art 9 Paragraph 2: The change of essential belongings of rule of law is inadmissible. This provision is a bit problematic because if some government manages to receive enough votes and changes this provision or simply deletes it, there is no way to question it.

V Form of state

1 France

During the very long historical development of France, almost all possible forms of state and of government had been applied. That is the reason why this state is sometimes called “a laboratory of constitutionalism”.

At first this country was a hereditary monarchy. In 1789 the hereditary monarchy changed for constitutional monarchy. This form of state existed in France only till 1792. Then the First Republic was established and was, in 1804, changed for monarchy and Napoleon Bonaparte became the Emperor. After his rule France became kingdom again (1814-1848). The kingdom changed for the Second Republic, the Second Republic for the Second Empire and the Second Empire for the Third Republic.

According to the Constitution France is a republic, the Fifth Republic, to be accurate. The form of state is defined in Art 1: France shall be an indivisible, secular, democratic and social republic. It shall ensure the equality of all citizens before the law, without distinction of origin, race or religion. It shall respect all beliefs.

2 The Czech Republic

Form of state and government had been changing in the Czech Republic as well. At first there was the empire of Great Moravia. This was replaced by the Czech Kingdom. After the accession of the Habsburgs to the throne the Czech lands became a part of a large empire and slowly started to change from an independent kingdom to a small part of a big empire. In 1918, this empire was replaced by the republic. After World War II the country became a socialist republic.

Today, the Czech Republic is, according to Art 1, a sovereign, unitary and democratic state of law based on the respect for the rights and freedoms of man and citizen.

VI System of government

1 France

The system of government in France is quite special. It is called a neo-presidential system, presidential parliamentarism or mixed system. Some authors call this system a semi-presidential system. I think that this system reflects the time it was created and also the political figure of president de Gaulle. He wanted to create a strong democracy which would be able to rule the country. This Constitution was designed to lessen the importance of political parties. De Gaulle claimed that their political games harm France and its democratic system. President became the most important body, then came the government and Parliament took the third place.

This system has four basic and characteristic features. The President is elected by direct universal suffrage. Potentially, he holds enormous power. The second feature is that if the government operates in the form of a ministerial board it is chaired by President instead of Prime Minister. Another very important feature that distinguishes this system from the classical parliamentary system is that the legislative power of Parliament is enumerated directly in the Constitution. Matters that are not mentioned are to be regulated by the government. The last important modification is referendum. Neo-presidential system uses this institute quite often. President de Gaulle himself used referendum very often when he wanted to prove that he was right and that he represented and knew the true will of his nation. De Gaulle resigned when the referendum, with the results of which he had connected his remaining in the function, was not successful.

I consider this is a very important thing; he managed to leave when the referendum was against him. He showed people the way how to join political life and showed respect to the will of people.

The neo-presidential system requires a strong political personality. This is a problematic area because the Constitution gives President too many powers and there is a danger that he/she will abuse them. Only a strong personality can handle this. The Constitution itself sets no limits for President.

2 The Czech Republic

The Czech Republic has parliamentary system of government. We can say that it is the country's tradition because the First Republic was parliamentary system as was the Czech and Slovak Federative Republic. The role of President is not as important as in the French system. He/she has a limited number of powers and in most cases a countersignature of Prime Minister or some minister is required.

Political parties hold the leading power in the system. They form coalitions and the chairman of the party winning elections becomes Prime Minister. Prime Minister is the chief of the executive branch. The referendum is not held as often as in France; it takes place only on some special occasions. Parliament is not limited in the issues to dealt with.

Another very important difference may be observed in the procedure of electing President; the Czech President is not elected by direct universal suffrage. President of the Czech Republic is elected by Senators and Deputies. There is also no government in the form of a ministerial board with President as its chairman.

VII Federation or unitary state

1 France

Traditionally, France is a unitary state. The country is organised into 36 771 municipalities. Other units are departments and regions. Until the 1980s France was a very centralist country but in 1982 the socialist government reformed the system and gave more power to local authorities. The Constitution regulates only municipalities and departments but there are also cantons and regions. The Constitution does not allow accumulation of offices on the central level. A completely different situation stands for the possession of local authorities. Politicians were used to have several different offices at the same time but now they can have only two.

In municipalities voters choose municipal councils for the term of six years. The council elects the mayor. The mayor can be removed by the municipal council. Each mayor has a secretary to help him/her handle all matters. Municipalities can form bigger units.

In departments citizens select a general council with a chairman who is responsible for the execution of decisions taken by the general council. Nowadays, there are 96 metropolitan departments and 4 overseas departments. These overseas departments are Martinique, Guadeloupe, Réunion and French Guayana. These departments also have a status of a region. The highest local authorities are regions. There are 22 metropolitan regions and 4 regions are overseas.

2 The Czech Republic

The Czech Republic is a unitary but a decentralised state; with a municipality („obec“) as the basic unit. Higher local units are regions („kraje“). There are no units with the features of a state. The Constitution says that: territory of the Czech Republic is an indivisible unit and state borders can be changed only by a constitutional law.

The representatives of these units are elected in a proportional system. Each municipality has a municipal council, which elects a mayor. The situation in regions is similar; the leading person is the chief executive officer of a Regional Authority („hejtman“).

According to the law every part of the Czech territory is a part of a municipality, unless a special law states otherwise. Example of special units that do not belong into this system are military districts.

GRUNDSTRUKTUREN DER VERFASSUNGEN GROßBRITANNIENS UND TSCHECHIENS

Beata Rošková

I Entstehungsgeschichte beider Verfassungen

Die Verfassung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (im folgenden Großbritannien) ist tief in seiner Geschichte verwurzelt und seine politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind das Ergebnis einer jahrhundertelangen, ununterbrochenen Entwicklung, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Diese nie unterbrochene Kontinuität der britischen Verfassung ermöglichte es, die gleichen Verfassungsregeln auf unterschiedliche politische und gesellschaftliche Verhältnisse über Jahrhunderte anzuwenden. Die britische Verfassung wurde niemals durch einen Konvent oder durch eine verfassungsgebende Versammlung formell verordnet oder beschlossen. Sie ist also nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt entstanden, sondern im Laufe der Jahrhunderte historisch gewachsen.

Für die tschechische Republik dagegen war das Jahr 1989 entscheidend. Nach der sog. „sanften Revolution“ entstand aus der kommunistischen eine demokratische Tschechoslowakische Republik, die auf den Prinzipien der sozialistischen Verfassung des Jahres 1960 fußte. Diese Verfassung galt weiterhin, sie wurde jedoch wesentlich verändert. Die Bezeichnung des Staates wurde geändert und der Artikel über die Führungsrolle der Kommunistischen Partei wurde ausgelassen. Die Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten wurde angenommen und das Verfassungsgericht wurde errichtet. Nach den Wahlen im Jahr 1992 kam es aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen den Slowaken und den Tschechen zum Zerfall des gemeinsamen Staates und zur Annahme neuer Verfassungen. Am 1. September 1992 wurde vom slowakischen Nationalrat die neue slowakische Verfassung verabschiedet, am 16. Dezember 1992 folgte die Verabschiedung der tschechischen Verfassung durch den tschechischen Nationalrat. Von 198 anwesenden Abgeordneten stimmten 172 für die neue Verfassung, die auf der tschechoslowakischen Verfassung des Jahres 1920 aufbaut. Am 1. Jänner 1993 trat die Verfassung der Tschechischen Republik in Kraft. Sie wurde symbolisch unter der Nummer 1/1993 verkündet.

Zusammenfassend kann man somit festhalten, dass die historische Entwicklung des Verfassungsrechts der beiden Länder sehr unterschiedlich verlaufen ist. Während in Groß-

britannien die Verfassung (nur zum Teil schriftlich fixiert) über Jahrhunderte „überlebte“ und angewendet wird, entstand die Verfassung der Tschechischen Republik zu einem bestimmten Zeitpunkt, und zwar in einem neuen Staat, der aus einem Staat hervorging, der sich friedlich in zwei Nachfolgestaaten aufteilte.

II Äußere Form der Verfassung Großbritanniens

1 Allgemeines

Großbritannien besitzt als einziger EU-Mitgliedstaat keine geschlossene Verfassungs-urkunde. Das heißt jedoch nicht, dass Großbritannien keine geschriebene Verfassung hätte. Denn Verfassung bedeutet nicht nur in einer Urkunde festgelegtes Recht (Verfassungsrecht im formellen Sinn), sondern die Verfassung stellt ein System von Prinzipien und Bestimmungen dar, die das Verhältnis der Bürger zum Staat sowie die Organisation und die Kompetenzen der Staatsorgane und ihre Beziehungen zueinander regeln (Verfassungsrecht im materiellen Sinn). Wenn man die Verfassung in diesem Sinne betrachtet, so besitzt auch Großbritannien eine Verfassung. Das Besondere an der britischen Verfassung ist, dass sie nur teilweise schriftlich fixiert ist und dass die Texte nicht in einem einzigen Dokument (in einer einzigen Urkunde) systematisch zusammengefasst sind. Die Verfassungsprinzipien, die das Verfassungsrecht Großbritanniens bilden, müssen daher aus verschiedenen Rechtsquellen herausgelesen werden.

2 Rechtsquellen der britischen Verfassung

Zu den Rechtsquellen der britischen Verfassung gehören das sog common law (Gewohnheitsrecht), historische Verfassungsdokumente, vom Parlament verabschiedete Gesetze (statutes and acts), das case law (Richterrecht), parlamentarische Verfahrensweisen und Gewohnheiten sowie verfassungspolitische Verfahrens- und Verhaltensregeln (constitutional conventions).

Die einzelnen Quellen des britischen Verfassungsrechts werden im folgenden näher beschrieben.

A) Common law (Gewohnheitsrecht)

Schon im mittelalterlichen England wurde das Rechtssystem durch das common law bestimmt. Ein Teil davon wurde auch in Dokumenten und Gesetzen konkretisiert und festgehalten. Die eigentlichen Grundfreiheiten der britischen Bürger sind durch common law gewährleistet, das nicht kodifiziert ist (seit dem Human Rights Act vom 9. November 1998 nur noch bedingt). Auch die Auslegung und Interpretation von Gerichtsentschei-

dungen ist nicht durch besondere Gesetze oder Auslegungsvorschriften fixiert. Allerdings ist durch Gesetz, zB durch die Habeas-Corpus-Akte (1679), die willkürliche Verhaftung von Personen ohne Haftbefehl und ohne rechtmäßigen Grund verboten worden. In vielen Fällen ist die Gewährleistung der Grundrechte in Großbritannien eher durch das politische Bewusstsein der Bevölkerung als durch konkrete Verfassungsnormen gegeben. Der politische Instinkt hinsichtlich der auf common law beruhenden Grundrechte und Grundfreiheiten ist im politischen Entscheidungsprozeß nahezu sprichwörtlich. In gleichem Maße wie die Grundfreiheiten nicht in einem konkreten Verfassungsdokument niedergelegt wurden, sind die verbleibenden Machtkompetenzen und Entscheidungsfunktionen des Monarchen bzw die königlichen Prerogative nicht vom Gesetzgeber festgelegt worden. Diese Entscheidungsfunktionen lassen sich nur in den Kommentaren von Verfassungsjuristen und Verfassungspolitikern herausfinden, wie zB in den „Commentaries and the Laws of England“ (1765) von Sir William Blackstone oder in Halsbury’s „Laws of England“ (1980).

B) Historische Verfassungsdokumente

Zu den wichtigsten historischen Verfassungsdokumenten zählen insbesondere die Magna Charta Libertatum, die Petition of Rights und die Bill of Rights.

Die Magna Charta Libertatum aus dem Jahre 1215 ist einer der Grundsteine der britischen Verfassung, in der die Macht der Krone der wirksamen Kontrolle des Rechts unterstellt wird. Die Petition of Rights aus dem Jahre 1628 war für Großbritannien von besonderer Bedeutung, denn in diesem Dokument wurde dem König durch das Parlament zum ersten Mal ein Katalog von Grundrechten vorgelegt. Die Bill of Rights (in Schottland Claim of Rights) aus dem Jahre 1689 bestätigte eine Anzahl von bürgerlichen Grundrechten, darunter auch das Petitions- oder Beschwerderecht des Bürgers, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie den Schutz vor unangemessener Behandlung und Bestrafung durch die Gerichte.

C) Vom Parlament verabschiedete Gesetze (statutes and acts)

Die für den politischen Entscheidungsprozeß entscheidenden verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Voraussetzungen sind grundsätzlich in Gesetzen konkretisiert und festgeschrieben worden. So sind die Staatsgrenzen und die Staatsorganisation Großbritanniens ua im Union with Scotland Act von 1706 festgelegt, die Thronfolge einschließlich der Unabhängigkeit der Richter im Act of Settlement von 1701 und das Verhältnis von Unter- und Oberhaus in den Parliament Acts von 1911 und 1949. Die Besoldung der Minister findet sich im Ministers of the Crown Act von 1937 und das Wahlsystem, die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit wird in verschiedenen Gesetzen geregelt, so zB

in den Representation of the People Acts der Jahre 1884, 1918, 1928, 1948, 1969, 1983, 1985 und 2000.

D) Case law (Richterrecht)

Im Unterschied zu anderen parlamentarischen Systemen besitzt Großbritannien kein System der Verfassungsgerichtsbarkeit. Die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes kann daher in Großbritannien nicht vom Gericht nachgeprüft werden. Die Gerichte in Großbritannien sind ausschließlich in der Lage, die vom Parlament verabschiedeten Gesetze im Sinne der Zielvorstellungen des Parlaments zu interpretieren. Vom Parlament verabschiedete Gesetze haben Vorrang vor allen anderen Formen und Quellen des Rechts. In den Fällen, in denen Gesetzestexte nicht eindeutig auszulegen sind, ist der Richter verpflichtet, überlieferte und bestehende Prinzipien und Grundsätze anzuwenden, welche sich aus bereits entschiedenen Fällen entwickelt haben. Für das Verfassungsrecht und für die Verfassungspolitik haben viele solcher Gerichtsentscheidungen besondere Bedeutung. So entschied zB das Gericht im Case of Proclamations (1611), dass der König nicht durch unilaterale Erklärung neue Straftatbestände schaffen dürfe; der Erlass von Strafgesetzen ist ausschließlich mit Zustimmung des Parlaments möglich, da die königlichen Prärogativen durch Gesetz eingeschränkt worden sind.

E) Parlamentarische Verfahrensweisen und Gewohnheiten

Die vom Parlament in Anspruch genommenen Rechte und Privilegien beruhen ausschließlich auf Gewohnheitsrecht und tradierten Verfahrensvorschriften, welche vom Speaker des Parlaments (Parlamentspräsident) zu Beginn einer jeden neuen Sitzungsperiode des Parlaments erneut bekannt gemacht und hervorgehoben werden. Zu den wichtigsten Privilegien zählen: die Redefreiheit (bereits in der Bill of Rights von 1689 festgeschrieben) und die Kompetenz, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben (Standing Orders of the House of Commons, Standing Orders of the House of Lords). Die Geschäftsordnung des Parlaments bildet gleichzeitig ein Element der Verfassungsordnung des britischen politischen Systems, und zwar im Sinne einer konkretisierenden Verfassungsnorm. Die Geschäftsordnung bestimmt nämlich die Aufgaben und Kompetenzen der Ausschüsse, den Gesetzgebungsprozess und das Gesetzgebungsverfahren. Gleichwohl stellt die Geschäftsordnung kein Verfassungsrecht im engeren Sinne dar.

F) Verfassungspolitische Verfahrens- und Verhaltensregeln (constitutional conventions)

Unter constitutional conventions sind Verhaltens- und Verfahrensregeln für den politischen Prozess zu verstehen, die weder durch Normen geregelt sind noch ihre Begründung

im Naturrecht finden. Ihr Geltungsgrund liegt in der Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit der politischen Entscheidungsprozesse und der Verfassung zu gewährleisten. Die Durchsetzung der Verfassungskonventionalregeln kann auch nicht eingeklagt werden, dh nicht durch Gerichte gegenüber den Entscheidungsträgern durchgesetzt werden. Vielmehr wird die Durchsetzung dieser Verfassungskonventionalregeln durch die Einsicht garantiert, dass deren Nichteinhaltung schwerwiegende oder zumindest kritische und unangenehme Folgen für den politischen Entscheidungsprozeß mit sich bringen würde.

In der britischen Verfassungstheorie unterscheidet man grundsätzlich zwei Arten von Verfassungskonventionalregeln:

- Zum einen existieren Verfassungskonventionalregeln, welche einerseits das Verhältnis der Staatsorgane (Krone - Kabinett - Parlament) untereinander und zueinander regeln, andererseits aber auch die Stellung dieser Organe zum Souverän, dh gegenüber dem Volk, regeln und festhalten.
- Zum anderen existieren Verfassungskonventionalregeln, welche sich qualitativ von den vorher genannten unterscheiden. Diese Verfassungskonventionalregeln dienen ausschließlich der reibungslosen Funktionsweise des politischen Entscheidungsprozesses. Ein Beispiel solcher Funktions- bzw Verfahrensregeln stellen die sog Kompromissabsprachen zwischen Regierung und Opposition dar, dh der Grundsatz, dass die Regierung der Opposition immer genügend Zeit zu einem Misstrauensvotum lässt, auch wenn die Regierung den Zeitplan der Gesetzgebung bestimmt.

Für den kontinentaleuropäischen Juristen ist das System der constitutional conventions ziemlich unverständlich. Gleichwohl liegt der Vorteil dieses Systems in der großen verfassungspolitischen Flexibilität, welche es ermöglicht, sich ständig neuen Entwicklungen anzupassen, ohne dabei auch nur einen Buchstaben der Verfassung ändern zu müssen. Darin liegt auch die Stabilität der Verfassung, welche gleichermaßen den Fortbestand des britischen politischen Systems gewährleistet.

3 Grundrechte in Großbritannien

Mit den Normen des Verfassungsrechts hängen insbesondere auch die Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen zusammen. In den meisten Verfassungen der modernen Staaten in Europa sind die Grundrechte entweder in den Verfassungsurkunden verankert oder in Verfassungsgesetzen zu finden, die Bestandteil der Verfassungsordnung des Staates sind. In Großbritannien dagegen gab es bis zum Jahre 1998 keine geschlossene schriftliche Regelung über die Grundrechte, es gab nur zahlreiche historische Dokumente, wie zB die Magna Charta Libertatum oder die Habeas-Corpus-Akte, die sich auf einzelne Grundrechte beziehen. Im Jahre 1998 wurde der Human Rights Act beschlossen, der im Jahr 2000 in Kraft trat. Mit diesem Dokument wurde die Europäische Menschenrechtskonvention in die Rechtsordnung des Vereinigten Königreiches übernommen und

somit ein umfangreicher Katalog von Menschenrechten für Großbritannien schriftlich festgelegt, der vom Staat gewährleistet und geschützt wird.

III Hierarchie der Rechtsnormen in Großbritannien

Was die hierarchische Schichtung der Rechtsnormen betrifft, ist festzuhalten, dass es in Großbritannien im Gegensatz zu anderen europäischen und nichteuropäischen Staaten keinen Unterschied zwischen einfachen Gesetzen und Verfassungsgesetzen gibt; man kann also nicht von einer Hierarchie der Gesetze in diesem Sinne sprechen. Wenn man jedoch die Gesetze und die anderen Quellen des Rechts in Großbritannien vergleicht, so haben die vom Parlament verabschiedeten Gesetze Vorrang vor allen anderen Quellen des Rechts.

IV Äußere Form der Verfassung der Tschechischen Republik

1 Die tschechische Verfassungsordnung

Für das Verfassungssystem der Tschechischen Republik ist der Terminus „Verfassungsordnung“ oder „verfassungsmäßige Ordnung“ sehr wichtig. Dieser Terminus bezeichnete früher sowohl alle Verfassungsgesetze als auch normale Gesetze, die zur Ausführung der Verfassung dienten (man kann vom Verfassungsrecht im materiellen Sinn sprechen). Heute bezeichnet man mit dem Terminus „Verfassungsordnung“ nur Verfassungsgesetze. Die Verfassungsordnung der Tschechischen Republik bilden gemäss Art 112 Abs 1 der Verfassung:

- die Verfassungsurkunde,
- die Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten,
- die gemäss der Verfassung verabschiedeten Verfassungsgesetze,
- die Verfassungsgesetze der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, der Föderativen Versammlung der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik und des Tschechischen Nationalrates, die die Staatsgrenze der Tschechischen Republik regeln, sowie
- die Verfassungsgesetze des Tschechischen Nationalrates, die nach dem 6.6.1992 verabschiedet wurden.

Das Verfassungssystem der Tschechischen Republik ist somit in viele Rechtsquellen zersplittert. Außerdem wurde die Verfassung mehrmals novelliert, so zB im Zusammenhang mit der Entstehung der höheren territorialen Selbstverwaltungseinheiten, mit dem Referendum zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union oder mit der sog Euronovelle.

2 Gliederung der tschechischen Verfassungsurkunde

Die Verfassung (Verfassungsurkunde) der Tschechischen Republik ist systematisch aufgebaut; sie enthält eine Präambel und lässt sich in acht Abschnitte gliedern:

- Präambel
- I. Abschnitt: Grundlegende Bestimmungen (Art 1-14)
- II. Abschnitt: Gesetzgebende Gewalt (Art 15-53)
- III. Abschnitt: Vollziehende Gewalt (Art 54-80)
- IV. Abschnitt: Rechtsprechende Gewalt (Art 81-96)
- V. Abschnitt: Das Oberste Kontrollamt (Art 97)
- VI. Abschnitt: Die Tschechische Nationalbank (Art 98)
- VII. Abschnitt: Territoriale Selbstverwaltung (Art 99-105)
- VIII. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art 106-113)

3 Grundrechte in der Tschechischen Republik

Schon vor der Entstehung der Verfassung wurde viel darüber diskutiert, ob die Charta der Grundrechte und -freiheiten Bestandteil der tschechischen Verfassungsordnung sein soll. Die Theoretiker argumentierten zB damit, dass die Verfassung einer demokratischen und rechtsstaatlichen Republik einen Grundrechtskatalog enthalten sollte, damit Grundrechtsgarantien und deren Schutz gewährleistet werden. Ein anderes Argument ging davon aus, dass nur Verfassungsgesetze Bestandteil der tschechischen Verfassungsordnung sein können; da die Charta der Grundrechte und -freiheiten laut Art 3 der Verfassung Bestandteil dieser Verfassungsordnung sei, wird die Charta als Verfassungsgesetz betrachtet. Die Charta der Grundrechte und -freiheiten wurde symbolisch unter der Nummer 2/1993 verkündet und besteht aus einer Präambel und sechs Abschnitten:

- Präambel
- I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (Art 1-4)
- II. Abschnitt: Menschenrechte und Grundfreiheiten
 - Erster Teil: Grundrechte und Grundfreiheiten (Art 5-16)
 - Zweiter Teil: Politische Rechte (Art 17-23)
- III. Abschnitt: Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten (Art 24-25)
- IV. Abschnitt: Wirtschaftsrechte, soziale und kulturelle Rechte (Art 26-35)
- V. Abschnitt: Das Recht auf gerichtlichen und anderen Rechtsschutz (Art 36-40)
- VI. Abschnitt: Schlussbestimmungen (Art 41-44)

Die Charta der Grundrechte und -freiheiten geht von den Bestimmungen der internationalen Verträge aus. Durch viele dieser Verträge ist die Tschechische Republik gebunden und sie sind Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung. Als Beispiele seien genannt: der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Internationale Pakt über Bürgerrechte und politische Rechte, die Europäische Menschenrechts-

konvention oder die Konvention über die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Die Verankerung der Grundrechte und -freiheiten in der tschechischen Verfassungsordnung war ein wichtiger Schritt zur Garantie der Grundrechte und Grundfreiheiten und deren Schutz in der Tschechischen Republik. Als Bestandteil der Verfassungsordnung wird die Verletzung der Grundrechte und -freiheiten durch das Verfassungsgericht beurteilt. Die Achtung der Menschenrechte und -freiheiten wird als Symbol der Rechtsstaatlichkeit bereits im Artikel 1 der Verfassung verankert.

V Hierarchie der Rechtsnormen in der Tschechischen Republik

Die Verfassung der Tschechischen Republik steht über allen Gesetzen und geht diesen vor. Andere Gesetze dürfen der Verfassung nicht widersprechen. Gemäss Art 10 der Verfassung der Tschechischen Republik sind internationale Verträge, die durch das Parlament ratifiziert wurden und welche die Tschechische Republik binden, Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung. Im Falle, dass der internationale Vertrag der Verfassungsordnung widerspricht, ist dies ein Hindernis zur Ratifizierung des internationalen Vertrags durch das Parlament. Über die Übereinstimmung des internationalen Vertrags mit der Verfassungsordnung entscheidet das Verfassungsgericht, und zwar vor der Ratifizierung.

VI Vergleich der bisher behandelten Grundstrukturen beider Verfassungen

Bei der Vergleichung der äußeren Form der Verfassung von Großbritannien und der Verfassung der Tschechischen Republik kann man als eine Gemeinsamkeit die Zersplitterung der Normen in viele Gesetze erkennen. Im Verfassungssystem der Tschechischen Republik sind jedoch wesentliche Fragen, welche die Organisation des Staates und die Gewaltenteilung betreffen, in einem einzigen Dokument (in der Verfassung) zusammengefasst, während man diesbezüglich im (geschriebenen) Verfassungssystem von Großbritannien nichts findet. Die zahlreichen Gesetze und historischen Dokumente erwähnen die Gewaltenteilung nicht. Die einzelnen „Mächte“ im Staat und viele Verfahren in den wichtigsten Institutionen beruhen nämlich auf Gewohnheitsrecht. Ein weiterer Unterschied betrifft die Rechtsquellen des Verfassungsrechts. Während in Großbritannien das Gewohnheitsrecht (common law) und das case law (Richterrecht) zu den verfassungsrechtlichen Quellen gehören, sind diese im tschechischen Verfassungssystem nicht als Rechtsquellen anerkannt. Bei der Vergleichung der Grundrechte ist festzuhalten, dass durch den in Großbritannien beschlossenen Human Rights Act vergleichbare Grundrechte wie in der Charta der Grundrechte und -freiheiten der Tschechischen Republik verankert wurden; im Gegensatz zur tschechischen Grundrechtscharta beinhaltet der Human Rights Act jedoch keine sozialen Rechte, wie zB das Recht auf materielle Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit (Art 30 der Charta der Grundrechte).

Ein wesentlicher Unterschied ist auch bezüglich der „hierarchischen Schichtung der Rechtsnormen“ zu erkennen: Während die Verfassung der Tschechischen Republik über allen anderen Gesetzen steht, kennt die britische Verfassung keinen Unterschied zwischen einfachen Gesetzen und Verfassungsgesetzen.

VII Verfassungsänderung

Die Rechtstheorie unterscheidet zwischen änderungsresistenten und flexiblen Verfassungen. Flexible Verfassungen können ohne schwierige Verhandlungen abgeändert werden und so auf den Fortschritt und die „Bedürfnisse des Staates“ reagieren, garantieren damit jedoch wenig Stabilität und Sicherheit. Demgegenüber bieten änderungsresistente Verfassungen mehr Stabilität, „veraltern“ aber aufgrund ihrer Änderungsresistenz mit der Zeit und bieten insofern wiederum keine Möglichkeit auf geänderte gesellschaftliche Verhältnisse oder gewandelte verfassungspolitische Vorstellungen zu reagieren.

Die Verfassung von Großbritannien kann durch ein Parlamentsgesetz, das mit einfacher Mehrheit beschlossen wird, geändert werden. Für diese Änderung ist kein weiterer Vorgang erforderlich. Diese „einfache Änderung“ verleiht der Verfassung Flexibilität und ermöglicht den Gesetzgebern, die Verfassung schnell an die veränderten Verhältnisse anzupassen.

In der tschechischen Verfassung ist festgelegt, dass die Verfassung nur durch ein Verfassungsgesetz geändert oder ergänzt werden kann (Art 9 Abs 1), wobei die Änderung der Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates unzulässig ist (Art 9 Abs 2). Zu den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates gehören zB die Souveränität des Volkes (vgl Art 2 der Verfassung, wonach alle Gewalt vom Volke ausgeht und durch Organe der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt ausgeübt wird – womit auch zugleich die Gewaltenteilung angesprochen wird) sowie die Gewährleistung und der Schutz von Grundrechten. Ausgeschlossen ist aufgrund der Verfassung auch eine Interpretation der Rechtsnormen, die zur Beseitigung oder Gefährdung der Grundlagen des demokratischen Staates führen würde (Art 9 Abs 3).

Somit kann rechtsvergleichend festgehalten werden, dass beide Länder das Thema „Verfassungsänderung“ unterschiedlich handhaben. Während die britische Verfassung leicht abänderbar ist (mit einer einfachen Mehrheit im Parlament), wird für die Verfassungsänderung in der Tschechischen Republik eine 3/5-Mehrheit benötigt (3/5-Mehrheit aller Abgeordneten und 3/5-Mehrheit der anwesenden Senatoren), wobei eine Änderung der Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates ausgeschlossen ist.

VIII Staatsform und Struktur des Staatsverbandes

Auch bezüglich der Staatsform und der Struktur des Staatsverbandes lassen sich mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten finden.

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland setzt sich aus den Ländern England (Königreich), Schottland (Königreich), Wales (Fürstentum) und Nordirland (Provinz) zusammen. Jedes dieser Länder hat sich spezifisch entwickelt und wird durch unterschiedliche Traditionen, die die Verfassung, die Politik oder die Religion betreffen, gekennzeichnet. Staatsorganisationsrechtlich ist Großbritannien als zentraler Einheitsstaat konzipiert. Man kann jedoch zur Zeit eher von einem dezentralisierten Einheitsstaat sprechen mit einigen Besonderheiten, denn Wales, Schottland und Nordirland besitzen seit den 1990er Jahren eigene Landesparlamente und -regierungen mit einem sog Ersten Minister als Vorsitzenden. England besitzt, mit Ausnahme Londons, (noch) keine Landesverwaltung.

Die Tschechische Republik ist ein dezentraler Einheitsstaat. Als „moderner“ Einheitsstaat ist er in Verwaltungsgebiete (Verwaltungseinheiten) gegliedert. Die kleinsten Verwaltungseinheiten bilden die Gemeinden, darüber stehen die Kreise. In diesen Verwaltungseinheiten wird nicht nur die Staatsverwaltung besorgt, sondern auch die territoriale Selbstverwaltung.

Die Staatsform von Großbritannien wird als konstitutionelle Monarchie bezeichnet. Staatsoberhaupt des Landes ist der regierende Monarch. Die Aufgaben des Monarchen sind repräsentativer, zeremonieller und integrativer Art. Er hat ua die Aufgabe, auf Vorschlag des Premierministers die Regierungsmitglieder, die Bischöfe der Anglikanischen Kirche (der englischen Staatskirche), oberste Richter und die Spitzen des Militärs zu ernennen. Die gegenwärtige Königin Elizabeth II. aus der Familie Hannover-Windsor-Mountbatten regiert seit 1952. In Großbritannien geht die Staatsgewalt, im Gegensatz zu den kontinentaleuropäischen Staaten, formal nicht vom Volke aus, auch wenn das Volk den wichtigsten Teil des Parlaments, das House of Commons, wählt, sondern vom „King (or Queen) in Parliament“ bzw vom Parlament selbst.

Die Tschechische Republik dagegen ist laut Art 1 der Verfassung ein souveräner, einheitlicher und demokratischer Rechtsstaat, der auf der Achtung der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger beruht. Art 2 der Verfassung besagt, dass das Volk Träger der Staatsgewalt ist und diese durch Organe der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt ausgeübt wird. Die Tschechische Republik ist eine Republik mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt. Der Präsident vertritt die Republik im In- und Ausland, er hat aber auch Kompetenzen im Rahmen der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt. Da er von Amts wegen nicht verantwortlich ist, unterliegen die meisten seiner wichtigsten Entscheidungen der Kontrasignation des Premiers.

IX Regierungssystem

Das Regierungssystem von Großbritannien wird als parlamentarisch bezeichnet. Die höchste und absolute Gewalt verkörpert das Parlament, welches aus dem Oberhaus (House of Lords) und dem Unterhaus (House of Commons) besteht. Auch der Monarch wird als Teil des Parlaments angesehen. Laut der geltenden Verfassung gibt es kein höheres

Organ als das Parlament. Das Parlament erlässt Gesetze und ist dabei souverän und es gibt auch keine Institution, die seine gesetzgeberischen Entscheidungen überwachen oder aufheben könnte. Wie schon früher erwähnt wurde, kann es die Verfassung mit einfacher Mehrheit ändern. Die Souveränität des Parlaments wird aber trotzdem beschränkt, denn es darf kein Gesetz verabschieden, das dem Grundsatz der „Rule of Law“ widersprechen würde.

Die Tschechische Republik wird als parlamentarische Demokratie bezeichnet. Eines der wichtigsten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung, ist auch in der tschechischen Verfassung verankert. Die einzelnen Gewalten sind voneinander getrennt, sie beeinflussen und beschränken sich aber gegenseitig.

Rechtsvergleichend lassen sich somit auch bezüglich der Regierungssysteme beider Länder wesentliche Unterschiede feststellen. Die britische Verfassung kennt keine Gewaltenteilung, wobei in der Tschechischen Verfassung die Gewaltenteilung als ein wichtiges Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bereits in den ersten Artikeln verankert ist. Der Monarch als Staatsoberhaupt von Großbritannien wird eher zur gesetzgebenden Gewalt gerechnet (zum Parlament), während der Präsident als Staatsoberhaupt der Tschechischen Republik zur vollziehenden Gewalt zählt und mehr Kompetenzen besitzt als der britische Monarch.

X Resümee

Abschließend ist rechtsvergleichend festzuhalten, dass die beiden Verfassungen mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Verfassung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat sich über Jahrhunderte entwickelt und ist nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt entstanden. Die Herrschaft von Gewohnheitsrecht und Verfassungskonventionalregeln ermöglicht es, die gleichen Gesetze über Jahrhunderte anzuwenden, ohne dass dabei Interpretationsprobleme auftreten. Die Verfassung der Tschechischen Republik dagegen ist in den 1990er Jahren entstanden, ist daher ziemlich „jung“ und weist insofern viele Aspekte und Prinzipien eines modernen Rechtsstaates auf. Hinsichtlich der äußeren Form der Verfassungen besteht eine Übereinstimmung in der Zersplitterung der Verfassungsnormen in viele Gesetze; ein Unterschied besteht aber insofern, als das britische Verfassungsrecht keine Verfassungsurkunde mit dem Namen „Verfassung“ enthält, was für die tschechische Verfassungsordnung charakteristisch ist. Ganz spezifisch ist das Verfassungsrecht von Großbritannien auch was die Verfassungsänderungen betrifft, denn die Verfassungsnormen können durch ein Verfassungsgesetz mit einer einfachen Mehrheit abgeändert werden, während die tschechische Verfassung dafür eine 3/5-Mehrheit vorsieht und eine Änderung der Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates für unzulässig erklärt. Beide Staaten werden als Einheitsstaaten bezeichnet, wobei man auch in Großbritannien in letzter Zeit eher von einem dezentralisierten Einheitsstaat sprechen kann, denn drei der Länder, aus denen sich das Vereinigte Königreich zusammensetzt, haben eigene Landesparlamente und -regierungen. Das Staatsoberhaupt

der Tschechischen Republik hat abgesehen von Aufgaben repräsentativer Art, die in etwa denjenigen des Staatsoberhauptes von Großbritannien entsprechen, mehr Kompetenzen gegenüber den einzelnen Staatsgewalten.

Das Verfassungsrecht des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland ist ganz spezifisch und unterschiedlich zu den kontinentaleuropäischen Ländern, zu denen auch die Tschechische Republik zählt, deshalb weist auch die Vergleichung der Verfassungen der beiden behandelten Länder mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf.

GRUNDSTRUKTUREN DER VERFASSUNGEN DER USA UND TSCHECHIENS

Markéta Slavičinská

I Entstehungsgeschichte der Verfassung der USA

Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ist die älteste noch gültige schriftliche Verfassung der Welt. Sie hat als Modell für viele andere staatliche Verfassungen gedient. Die Constitution of the United States besteht aus 7 Artikeln und 27 Verfassungszusätzen (amendments).

Die englischen Kolonien, die ab Ende des 16. Jahrhunderts gegründet wurden, sind die Vorfahren der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. Mitte des 18. Jahrhunderts hatten sich dreizehn englische Kolonien gebildet, die von New Hampshire im Norden bis nach Georgia im Süden reichten. An der Spitze der Exekutive stand ein Gouverneur, der von der Krone eingesetzt wurde, die Legislative bestand aus einem Oberhaus und einem Unterhaus. Gesetze unterlagen dem Veto des Gouverneurs bzw auch der Möglichkeit der Außerkraftsetzung durch die englische Krone, zum Teil bedurften die Gesetze zu ihrem Wirksamwerden der Zustimmung der Krone.

Zwischen den Kolonien und dem Königreich entwickelten sich Spannungen. Nach dem Krieg zwischen Frankreich und England von 1756 bis 1763 verlangte das Mutterland von den Kolonien eine finanzielle Beteiligung an den Kosten des Krieges. Höhere Steuern und die Einquartierung von Soldaten in Privathäusern stießen auf starken Widerstand der Kolonisten, die der Ansicht waren, solche Maßnahmen bedürften der Zustimmung der Kolonien selbst. Die Spannungen führten 1774 zum Ersten Kontinentalkongress in Philadelphia, einem Treffen von revolutionären Führern der Kolonien, die zum Widerstand gegen die englischen Zwangsmaßnahmen aufriefen. Im April 1775 begannen die kriegerischen Auseinandersetzungen, die im Mai zum Zweiten Kontinentalkongress führten, der die Funktion einer nationalen Regierung übernahm, eine Armee einrichtete, Geld druckte und die europäischen Staaten um Hilfe ersuchte.

Am 4. Juli 1776 verabschiedete der Kontinentalkongress die Unabhängigkeitserklärung der dreizehn Kolonien und in der Folge schlossen sich diese (New Hampshire, Massachusetts, Connecticut, Rhode Island, New Jersey, Maryland, Delaware, New York, Pennsylvania, Virginia, North Carolina, South Carolina, Georgia) zu einem losen Staatenbund

zusammen: Die „ewige Union“. Die Konföderationsartikel („Articles of Confederation“), die Vorläufer der heute geltenden amerikanischen Verfassung, wurden im November 1777 vom Kontinentalkongress angenommen.

Zehn Jahre später traten die Vertreter der ehemaligen Kolonien (bis auf Rhode Island, die ehemalige 13. Kolonie, das keine Delegation entsandte) zu einer verfassungsgebenden Versammlung, dem Konvent zu Philadelphia, zusammen. Ursprünglich beabsichtigte der Konvent, die bestehenden Mängel der Konföderationsartikel zu beheben. Zwar gab es einen gemeinsamen Kongress, der das Recht hatte, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Abgesehen davon hatte aber jeder Staat das Recht, eigene Gesetze und Steuern zu erlassen, wobei die Steuern durch ein kompliziertes Umlageverfahren teilweise mit der Zentralregierung geteilt wurden. Da bei allen Entscheidungen Einstimmigkeit vorgeschrieben war, erwies sich dieses Prinzip als ineffektiv. Diese Praxis bereitete umfassende wirtschaftliche Probleme, die durch den Krieg mit England noch verstärkt wurden. Insofern entschlossen sich die „Verfassungsväter“, eine neue Verfassung aufzusetzen.

Am 17. September 1787 nahm der Konvent den Verfassungsentwurf an, als Tag des offiziellen Inkrafttretens der Verfassung gilt der 4. März 1789. 1791 wurde die Verfassung durch die „Bill of Rights“ (zehn Zusatzartikel) ergänzt. Diese Zusatzartikel umfassen die Grundrechte, ua die Religionsfreiheit, die Rede- und Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, den Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Beschlagnahme, sowie das Recht auf Waffenbesitz. Bis heute wurden der Verfassung 27 Zusatzartikel hinzugefügt.

II Entstehungsgeschichte der tschechischen Verfassung

Die tschechische Verfassungsgeschichte ist im Vergleich zur amerikanischen eine kurze; dies hängt nicht zuletzt mit der kurzen Geschichte der selbstständigen Tschechischen Republik zusammen. Tschechien war lange Zeit Teil der österreich-ungarischen Monarchie. Nach deren Zerfall im Jahre 1918 wurde die Tschechoslowakische Republik, ein gemeinsamer Staat der Tschechen und der Slowaken, gegründet. Nach dem II. Weltkrieg wurde das politische System in der Tschechoslowakei stark durch ein kommunistisches Regime sowjetischer Machart geprägt, ebenso wie in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Im November 1989 begann die sog „sanfte Revolution“. In allen Landesteilen kam es zu machtvollen, aber friedlichen Demonstrationen gegen die kommunistische Regierung. Im Zuge dessen traten der Generalsekretär der KPC, Miloš Jakeš, der Ministerpräsident Ladislav Adamec sowie der Staatspräsident Gustáv Husák zurück.

Nach den revolutionären Ereignissen vom November 1989, die den Fall des kommunistischen Regimes zur Folge hatten, stand das gesamte Land vor der schwierigen Aufgabe, an seine Traditionen vor der kommunistischen Ära anzuknüpfen und ein demokratisches Regierungssystem aufzubauen. Die Nationalversammlung wählte Václav Havel zum Staatspräsidenten, der nicht nur die Grenzen nach Österreich und zur Bundesrepublik Deutschland öffnete und viele einstige Emigranten (und damit Kapital und Fachwissen)

in die alte Heimat zurückholte, sondern auch die Abkehr von der Planwirtschaft hin zur freien Marktwirtschaft einleitete. 1992 kam es zum Zerfall der Tschechoslowakei in zwei eigenständige Staaten; es entstanden die Tschechische Republik und die Slowakische Republik.

Die erste Verfassung der - damaligen - Tschechoslowakischen Republik stammt aus dem Jahre 1920. Diese wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Verfassung von 1948 ersetzt, der die sog „sozialistische Verfassung“ aus dem Jahre 1960 nachfolgte. Die revolutionären Ereignisse vom November 1989 und der darauffolgende Konflikt zwischen den beiden föderativen Republiken führte zur Annahme neuer Verfassungen. Die Verfassung der Slowakischen Republik wurde am 1. September 1992 verabschiedet, die Verfassung der Tschechischen Republik am 16. Dezember 1992. Am 1. Jänner 1993 trat die tschechische Verfassung in Kraft.

Die Verfassungsordnung der Tschechischen Republik besteht aber nicht nur aus der genannten Verfassung vom 16. September 1992, sondern auch aus der Charta der Grundrechte und -freiheiten, den Verfassungsgesetzen, die nach dieser Verfassung angenommen wurden, und den Verfassungsgesetzen der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, der Föderativen Versammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und des Tschechischen Nationalrates, die die Staatsgrenze der Tschechischen Republik regeln, sowie den nach dem 6. Juni 1992 vom Tschechischen Nationalrat verabschiedeten Verfassungsgesetzen (Art 112 der Verfassung).

III Die Prinzipien der amerikanischen Verfassung

Auch wenn die amerikanische Verfassung seit ihrem Bestehen mehrmals geändert wurde, die fundamentalen Prinzipien sind heute die gleichen wie im Jahre 1787.

Mit der Verfassung von 1787 wandelten sich die Vereinigten Staaten von einem losen Staatenbund zu einem republikanischen Bundesstaat mit einem repräsentativ-demokratischen, präsidentiellen Regierungssystem.

Die Staatsgewalten werden unterteilt in Legislative, Exekutive und Judikative. Jeder Bereich arbeitet unabhängig voneinander, aber sie kontrollieren sich gegenseitig, damit die Macht ausgeglichen bleibt. Somit stellt jede Staatsgewalt ein Hindernis für etwaige Auswüchse der anderen dar. Dieses System wird als Prinzip der „checks and balances“ bezeichnet.

Die Verfassung versteht sich selbst als „höchstes Recht im Land“. Alle Gesetze, sowohl die von den Bundesstaaten als auch die vom Kongress erlassenen, gelten daher als verfassungswidrig und nichtig, falls sie im Widerspruch zur Bundesverfassung stehen. Dieser Verfassungsvorrang gilt auch gegenüber den Verfassungen der Bundesstaaten.

Die politische und regierende Macht liegt nach der Verfassung beim amerikanischen Volk. Diese Macht wird natürlich nicht direkt ausgeübt. Die alltäglichen Aufgaben des Regierens werden an gewählte oder ernannte Beamte delegiert.

IV Gliederung der amerikanischen Verfassungsurkunde

Die Verfassung gliedert sich in die Präambel und in sieben Artikel.

Die Präambel stellt das Dokument und seinen Zweck vor und erklärt den Hintergrund und den Sinn der Verfassung. Sie besteht aus einem Satz und die ersten drei Worte: „We the people“ („Wir das Volk“) sind die am meisten zitierten Worte der Verfassung. Die Präambel betont den Demokratiedanken und formuliert übergreifende Staatsziele.

Der Rest der Verfassung gliedert sich in sieben Artikel. Die Aufteilung spiegelt im Allgemeinen die Idee der Gewaltenteilung wieder.

Der erste Artikel, der längste der sieben Artikel, befasst sich mit der Legislative, der gesetzgebenden Gewalt, die vom Kongress ausgeübt wird. Der Kongress setzt sich aus zwei Kammern (Häusern) zusammen, dem Repräsentantenhaus und dem Senat. Der Artikel beschreibt die Art und Weise der Wahlen und die Qualifikationen der Mitglieder beider Kammern. Dazu werden das Gesetzgebungsverfahren und die Aufgabenbereiche des Kongresses geregelt.

Die Mitglieder des Kongresses werden vom Volk gewählt, wobei die Amtszeit des Repräsentantenhauses zwei Jahre, die Amtszeit des Senates sechs Jahre beträgt. Wahlbarkeitsvoraussetzungen sind ein Mindestalter von 25 Jahren für das Repräsentantenhaus bzw von 30 Jahren für den Senat, eine mindestens siebenjährige Staatsbürgerschaft für das Repräsentantenhaus bzw eine neunjährige Staatsbürgerschaft für den Senat und ein Wohnsitz in dem Staat, in dem die Wahl abgehalten wird. Was das aktive Wahlrecht betrifft, so beträgt das Wahlalter 18 Jahre, rassische und geschlechtliche Diskriminierungen sowie Wahlsteuern sind verboten.

Einer der wichtigsten Kompromisse der Constitutional Convention betraf die Zusammensetzung dieser beiden Häuser. Um einen Ausgleich zwischen kleinen und großen Gliedstaaten herbeizuführen, war die Anzahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses nach der Bevölkerungszahl in den Einzelstaaten festgesetzt worden, und im Senat sollte jeder Gliedstaat – unabhängig von seiner Größe – mit gleich viel Senatoren vertreten sein.

Innerhalb der Staaten sind Wahlbezirke festzulegen. Die Wahlbezirke für das Repräsentantenhaus müssen annähernd gleiche Bevölkerungszahlen vorsehen. Dieses Erfordernis lockerte der Supreme Court für Wahlen auf Gliedstaaten- und Kommunalebene auf. Die Notwendigkeit der Festlegung der Wahlbezirke auf Gliedstaatenebene führt immer wieder zu Versuchen der regierenden Parteien, den Zuschnitt der Wahlbezirke so festzulegen, dass möglichst viele Kandidaten der eigenen Partei sichere Sitze erwerben.

Die Wahlen zum Repräsentantenhaus werden in „single-member-districts“ abgehalten: In jedem Wahlkreis wird nur ein Kandidat gewählt. Fast überall in den USA gilt das „winner-takes-it-all-system“. Jeder Wähler gibt eine Stimme ab, der Gewählte mit den meisten Stimmen gewinnt den Sitz, die anderen Stimmen verfallen. Die beiden Komponenten „single-member-districts“ und „winner-takes-it-all-system“ privilegieren Kandidaten von einflussreichen Parteien und haben wesentlich zur Vorherrschaft der beiden großen Parteien, den „Demokraten“ und den „Republikanern“, beigetragen.

Während somit das Repräsentantenhaus die legislative Vertretung aller Amerikaner im Kongress darstellt, bildet der Senat die legislative Vertretung der Einzelstaaten auf Bundesebene. Alle Bundesstaaten entsenden zwei Senatoren, wobei innerhalb der sechsjährigen Funktionsperiode des Senates alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren ausgetauscht bzw neu gewählt wird.

Verfassungszusätze, die den ersten Artikel verändern wollen, unterliegen bestimmten Beschränkungen. Außerdem kann der Kongress mittels Verfassungszusatz einem Bundesstaat das Recht der gleichwertigen Vertretung nur mit dessen Zustimmung entziehen. Dies steht im Kontrast zum Rest der Verfassung, der nach Belieben verändert werden darf. Damit gibt es in der amerikanischen Verfassung ähnlich dem deutschen Grundgesetz einen festen Verfassungskern, welcher jedoch in diesem Fall keine Menschenrechtsklauseln umfasst.

Der zweite Artikel befasst sich mit der Exekutive, der vollziehenden Gewalt. Diese liegt beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der in seiner Person die Funktion des Staatsoberhauptes und die des Regierungschefs vereint. Der Präsident wird für eine vierjährige Amtszeit gewählt, eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Der Artikel beschreibt die Macht des Amtes, die Qualifikationen für das passive Wahlrecht und die Art und Weise der Präsidentenwahl. Er legt auch die Aufgabe des Vizepräsidenten fest, die hauptsächlich darin besteht, das Amt des Präsidenten zu übernehmen, wenn dieser unfähig wird, es selbst auszuüben. Der Vizepräsident wirkt dazu als Präsident des Senats. Üblicherweise wird der Vizepräsident mit dem Präsidenten mitgewählt. Der Artikel enthält auch Bestimmungen zum Amtsenthebungsverfahren.

Das Wahlverfahren läuft indirekt über Wahlmänner ab. Jeder Staat stellt so viele Wahlmänner auf, wie er Abgeordnete und Senatoren im Kongress hat. Der District of Columbia, der zu keinem Staat gehört, hat drei Wahlmänner. Die bevölkerungsärmeren Staaten haben dadurch ein größeres Gewicht, als ihrer Bevölkerung entspricht. Ob die Wahlmänner in ihrer Stimmabgabe frei sind, ist unklar. Einige Bundesstaaten verpflichten sie, ihre Stimme zwingend für den Kandidaten abzugeben, der die meisten Stimmen erhielt – ob diese Regel allerdings verfassungskonform ist, ist bisher nicht entschieden. Einige wenige Staaten verteilen die Stimmen auf die Wahlmänner nach einem Proportionalverfahren.

Bei der Inauguration (Amtseinsetzung) schwört der Präsident auf den Stufen des Kapitols folgenden Eid:

„I, [name], do solemnly swear that I will faithfully execute the office of President of the United States, and will to the best of my ability, preserve, protect and defend the Constitution of the United States.“ Die deutsche Übersetzung lautet: „Ich, [Name], schwöre feierlich, dass ich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten getreulich ausüben und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften erhalten, schützen und verteidigen werde.“

Der Präsident kann in den USA im Gegensatz zu parlamentarischen Regierungssystemen das Parlament nicht auflösen, er hat auch nicht das Recht zur Gesetzesinitiative,

sondern kann lediglich gegen Gesetzesvorhaben sein Veto einlegen, das die beiden Häuser des Kongresses mit Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmen können.

Der dritte Artikel befasst sich mit der Judikative, der rechtsprechenden (richterlichen) Gewalt. Diese liegt beim Obersten Gerichtshof (Supreme Court). Der Kongress hat jedoch das Recht, untergeordnete Gerichte einzurichten. Die Entscheidungen dieser Gerichte müssen jedoch beim Supreme Court angefochten werden können.

In den USA gibt es ein föderalistisch aufgebautes Rechts- und Gerichtswesen. Das Zivilrecht, das Strafrecht und das Prozessrecht werden jeweils vom einzelnen Bundesstaat erlassen, der auch ein gegliedertes Gerichtswesen (State Courts) einrichtet. Parallel dazu gibt es die Bundesgerichte (Federal Courts).

Der vierte Artikel regelt die Beziehungen der Einzelstaaten untereinander, so etwa die Pflicht zur Anerkennung von Rechtsakten oder die Auslieferung von Verbrechern. Weiters gewährleistet dieser Artikel jedem Staat innerhalb dieses Bundes eine republikanische Regierungsform und legt fest, dass neue Staaten vom Kongress in den Bund aufgenommen werden können.

Der fünfte Artikel beschreibt die prozessualen Voraussetzungen für eine Verfassungsänderung: Jeweils zwei Drittel beider Häuser des Kongresses müssen zustimmen, danach drei Viertel der Parlamente der Einzelstaaten.

Der sechste Artikel legt fest, dass die Verfassung sowie die in ihrem Gefolge erlassenen Gesetze der Vereinigten Staaten und alle im Namen der Vereinigten Staaten abgeschlossenen und in Zukunft abzuschließenden Verträge das oberste Recht des Landes darstellen.

Der siebte und letzte Artikel bestimmt, dass die Zustimmung durch neun Staaten ausreichend ist um die Verfassung für die ratifizierenden Staaten in Kraft zu setzen und beinhaltet abschließend „zur Urkund dessen“ die Unterschrift der Vertreter aller dreizehn Gründungsstaaten.

V Gliederung der tschechischen Verfassungsurkunde und die Grundprinzipien der tschechischen Verfassung

Die Verfassung der Tschechischen Republik gliedert sich in die Präambel und in acht Kapitel, die wiederum in 113 Artikel geteilt werden.

Die Präambel betont den Willen des Staates und des Volkes zum friedlichen Zusammenleben aufgrund gemeinsamer Werte und Interessen.

Das erste Kapitel (Art 1 bis Art 14) enthält die grundlegenden Bestimmungen, die Grundprinzipien der Verfassung. Demnach ist die Tschechische Republik ein auf der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und Freiheiten beruhender souveräner, einheitlicher und demokratischer Rechtsstaat. Das politische System beruht auf der freien und freiwilligen Gründung und dem freien Wettbewerb politischer Parteien, die die demokratischen Grundprinzipien achten und die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen ablehnen.

Das zweite Kapitel (Art 15 bis Art 53) beschäftigt sich mit der gesetzgebenden Gewalt. Diese Staatsgewalt liegt beim Parlament. Das Parlament verabschiedet die für die Tschechische Republik geltenden Gesetze und billigt wichtige internationale Abkommen, insbesondere solche, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffen, sowie politische Verträge und Wirtschaftsverträge allgemeiner Art. Es entscheidet über die wichtigsten Handlungen des Staates wie zB über die Ausrufung des Kriegszustandes oder über die Teilnahme der Tschechischen Republik in Verteidigungssystemen einer internationalen Organisation, in der die Tschechische Republik Mitglied ist.

Das wichtigste Instrument zur Regierungskontrolle besitzt das Parlament mit dem Misstrauensvotum. Regierungen können mit der absoluten Mehrheit aller Abgeordneten gestürzt werden.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern, und zwar aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Das Abgeordnetenhaus hat 200 Abgeordnete, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus erfolgen in geheimer Abstimmung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts nach dem Prinzip der proportionalen Vertretung. Die Abgeordneten organisieren sich in Fraktionen, die im tschechischen Parlament Abgeordnetenklubs genannt werden. Der Senat hat 81 Senatoren, die für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Ein Drittel der Senatoren wird alle zwei Jahre gewählt. Die Wahlen zum Senat erfolgen in geheimer Abstimmung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts nach dem Prinzip des Mehrheitssystems.

Wahlberechtigt ist so wie in den USA jeder Bürger, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat. Die Wählbarkeitsvoraussetzungen sind jedoch anders als in den Vereinigten Staaten festgesetzt. In das Abgeordnetenhaus ist jeder Bürger der Tschechischen Republik wählbar, der das Wahlrecht besitzt und das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. In den Senat ist jeder Bürger der Tschechischen Republik wählbar, der das Wahlrecht besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

Der Präsident der Tschechischen Republik kann in den in der Verfassung taxativ aufgezählten Fällen das Abgeordnetenhaus auflösen. Der Senat kann nicht aufgelöst werden.

Das dritte Kapitel (Art 54 bis Art 80) befasst sich mit der vollziehenden Gewalt. Diese wird vom Präsidenten der Republik und der Regierung ausgeübt.

Der Staatspräsident wird vom Parlament in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Er darf höchstens zwei Wahlperioden hintereinander sein Amt ausüben. Die Macht des Präsidenten ist eingeschränkt, er verfügt primär über repräsentative und zeremonielle Kompetenzen. Sein wichtigstes Instrument ist das Vetorecht bei bereits vom Parlament verabschiedeten Gesetzen, ausgenommen bei Verfassungsgesetzen. Diese Macht ist in Zeiten von Verfassungs- oder politischen Krisen aufgehoben.

Die Regierung ist das oberste Organ der Exekutive. Sie setzt sich aus dem Ministerpräsidenten, seinem Stellvertreter und den Ministern zusammen. Sie koordiniert die Tätigkeit der Ministerien und der zentralen Organe der Staatsverwaltung und leitet diese.

Die Regierung legt den Entwurf des Gesetzes über den Staatshaushalt und den Entwurf des staatlichen Haushaltsabschlusses vor.

Als Kollegialorgan werden Regierungsentscheidungen durch Abstimmung unter den einzelnen Kabinettsmitgliedern herbeigeführt. Dazu ist eine absolute Mehrheit erforderlich. Dieser Modus trägt nicht unbedingt zur Stärkung des Ministerpräsidenten bei. Dennoch ist er die bestimmende Figur im Kabinett. Für die Arbeit der Ministerien sind die Minister dem Ministerpräsidenten gegenüber verantwortlich.

Das vierte Kapitel (Art 81 bis Art 96) beschreibt die rechtsprechende Gewalt, die im Namen der Republik unabhängige Gerichte ausüben. Das Gerichtssystem bilden das Oberste Gericht, das Oberste Verwaltungsgericht sowie die Ober-, Kreis- und Bezirksgerichte. Zum Schutze der Verfassungsmäßigkeit ist das Verfassungsgericht berufen.

Das fünfte Kapitel (Art 97) beschäftigt sich mit der Obersten Kontrollbehörde. Dabei handelt es sich um ein unabhängiges Organ, das zur Kontrolle über das Wirtschaften mit Staatseigentum und der Erfüllung des staatlichen Haushaltsplanes berufen ist.

Das sechste Kapitel (Art 98) befasst sich mit der Tschechischen Nationalbank. Das Hauptziel ihrer Tätigkeit besteht in der Wahrung der Preisstabilität.

Das siebente Kapitel (Art 99 bis Art 105) beschreibt die territoriale Selbstverwaltung. Die Republik gliedert sich in Gemeinden, den untersten territorialen Selbstverwaltungseinheiten und in Kreise, den höheren Selbstverwaltungseinheiten.

Das achte und letzte Kapitel (Art 106 bis Art 113) enthält die Übergangs- und Schlussbestimmungen.

VI Verfassungsänderungen

Zu den Besonderheiten des US-amerikanischen Verfassungsrechts zählt die Tatsache, dass der Wortlaut der im Jahre 1787 entstandenen Verfassungsurkunde weder durch einen parlamentarischen Gesetzgebungsakt noch auf plebiszitärem Weg geändert werden kann. Um das Verfassungsrecht neuen rechtlichen Gegebenheiten und politischen Zielen anpassen zu können, sieht Artikel V der USA-Verfassung die Möglichkeit vor, die Verfassung durch Verfassungszusätze (amendments) zu ergänzen, die an den Text der Verfassungsurkunde angehängt werden. Bis dato wurden, wie bereits erwähnt, der Verfassungsurkunde 27 amendments hinzugefügt.

Im Gegensatz dazu kann die Tschechische Verfassung durch Verfassungsgesetze geändert bzw. ergänzt werden (Art 9 Abs 1 der Verfassung). Unzulässig ist jedoch gemäß Art 9 Abs 2 der Verfassung eine Änderung wesentlicher Bestandteile des demokratischen Rechtsstaates. Zur Annahme eines Verfassungsgesetzes bedarf es der Zustimmung von drei Fünftel aller Abgeordneten und drei Fünftel aller anwesenden Senatoren (Art 39 Abs 4 der Verfassung).

VII Vergleich der Regierungssysteme

Die Verfassung der USA schreibt für den Bund als Regierungsform die präsidentielle Demokratie vor. Im Gegensatz dazu besteht in der Tschechischen Republik eine parlamentarische Demokratie.

In einem parlamentarischen Regierungssystem werden die wichtigsten Entscheidungen vom Parlament getroffen. Die Mitbestimmung des Volkes erfolgt durch Wahlen, die Grundrechte jedes Einzelnen werden garantiert. Das Parlament wählt den Regierungschef und kann ihm das Misstrauen aussprechen. Die Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich. Das Staatsoberhaupt hat hauptsächlich repräsentative Aufgaben.

Ein präsidentielles Regierungssystem ist dagegen eine Regierungsform, in der der Präsident als Staatsoberhaupt auch die Funktion des Regierungschefs ausübt. Der Präsident kann vom Parlament abberufen werden, nicht aber die vom Präsidenten eingesetzte Regierung. Der Präsident hat umgekehrt kein Recht, das Parlament aufzulösen oder Gesetzesvorschläge einzubringen. Der Präsident kann Gesetzesvorlagen nur durch sein Veto suspendieren. Die Fraktionsdisziplin in der parlamentarischen Regierungsfraktion ist durch das distanzierte Verhältnis von Präsident und Parlament gering. Die Konkurrenz zwischen Präsident und Parlament entspricht weitgehend der von Montesquieu angestrebten horizontalen Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

VIII Struktur des Staatsverbandes

Das Spannungsverhältnis von Zentralisierung und föderalem Aufbau hat die Entwicklung der USA geprägt. Die Vereinigten Staaten haben eine föderale Natur. Im Gegensatz dazu ist die Tschechische Republik ein Einheitsstaat (Zentralstaat), dh, die Tschechische Republik ist nicht in Einzelstaaten (Gliederstaaten/Bundesländer) gegliedert, sondern zentralistisch organisiert.

Im Verlauf der amerikanischen Geschichte ist die Stellung der Einzelstaaten im Bundesstaat schwächer geworden. Bestimmte, aufgezählte Aufgabenbereiche stehen gemäß der Verfassung dem Bund zu, alle anderen, nicht aufgelisteten fallen in die Zuständigkeit der Bundesstaaten. Alle Bundesstaaten sind gleich und keiner kann offiziell von der Bundesregierung besser behandelt werden als ein anderer. Innerhalb der verfassungsrechtlichen Beschränkungen müssen sie das Recht der anderen anerkennen und respektieren. Die Regierungssysteme der Bundesstaaten müssen, genauso wie die Bundesebene, eine republikanische Form haben, in der die ultimative Macht dem Volk gehört.

Die Kompetenzen der Gliedstaaten lassen sich, jedenfalls was die grundsätzliche Abgrenzung angeht, klar aus der föderalistischen Struktur erschließen. Die Zuständigkeiten des Bundes sind beschränkt, enumerativ aufgezählt, die Kompetenzen der Gliedstaaten dagegen sind grundsätzlich unbeschränkt, sie umfassen insbesondere die „police power“. Das sind Regelungen zum Schutz von Sicherheit, Gesundheit, Wohlfahrt und Moral der Bevölkerung.

Die Verfassung enthält in Art I Abschnitt 10 eine Aufzählung von Aktivitäten, die der Gliedstaatenkompetenz entzogen sind. Zu diesen Negativkompetenzen gehören auch die Grundrechte, die die Gliedstaaten binden; die moderne Rechtsprechung hat die meisten der in der Bill of Rights gegen die nationale Gewalt gerichteten Grundrechte inzwischen auf die Gliedstaaten ausgedehnt.

Trotz des Enumerationsprinzips hat sich das Schwergewicht der legislativen Kompetenzen von den Gliedstaaten auf die nationale Gewalt verlagert. Ursache dafür ist vor allem der weite Umfang der „interstate-commerce-“ und der „necessary and proper-Klausel“ des Art I Abschnitt 8, deren Inanspruchnahme durch den Kongress in Verbindung mit der in Art VI enthaltenen Vorrangklausel dazu führt, dass in vielen Bereichen nationale Regelungen vorherrschen.

Die Verfassung enthält einige teils explizit, teils implizit exklusive Kompetenzen der nationalen Gewalt, die die Staaten selbst bei Untätigsein der Bundesgewalt nicht ausüben können. Der bereits genannte Art I Abschnitt 10 enthält einige Bereiche, in denen Gliedstaatengesetze verboten sind, bzw deren exklusiv bundesrechtlicher Charakter daran deutlich wird, dass die Möglichkeit gliedstaatlicher Normierung von einer ausdrücklichen Ermächtigung durch den Kongress abhängig gemacht wird.

PARLAMENT, PARTEIEN UND WAHLRECHT IN FRANKREICH UND IN TSCHECHIEN

Peter Pářiš

I Einleitung

Das Parlament bezeichnet in demokratischen Staaten die Vertretung des Volkes, dessen wichtigste Aufgaben die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt, das Budgetrecht und die Kontrolle der Regierung sind. Das Parlament kann aus einem oder zwei Häusern bestehen (Einkammer- bzw Zweikammersystem), wobei die Abgeordneten zumindest einer Kammer aus freien Volkswahlen hervorgehen. Die wichtigsten Organe sind das Parlamentspräsidium, bestehend aus Präsident bzw Präsidentin und deren Stellvertretern sowie die Ausschüsse. Zu unterscheiden sind sog Arbeits- und Redeparlamente, wobei im Arbeitsparlament der wichtigste Teil der Abgeordnetentätigkeit in den Ausschüssen stattfindet, während beim Redeparlament die Reden im Plenum im Vordergrund stehen, somit die wichtigste Aufgabe darin gesehen wird, für politische Sachverhalte öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen.

II Das französische Parlament

1 Zusammensetzung und Funktion

Das französische Parlament besteht aus zwei Kammern, der Nationalversammlung und dem Senat.

A) Nationalversammlung

Die Nationalversammlung ist aus der verfassunggebenden Nationalversammlung entstanden, die 1789 dem Absolutismus des Königs ein Ende setzte und die Grundlagen für die Französische Revolution schuf. Seit mehr als zwei Jahrhunderten ist diese Kammer Ausdruck des Willens der Nation. Auch wenn sie unter der V. Republik einen Teil ihres

politischen Einflusses verloren hat, bleibt die Nationalversammlung ein wesentliches Element für das Funktionieren der Demokratie und die Tätigkeit der Regierung. Gegenwärtig setzt sich die Nationalversammlung aus 577 für eine Dauer von fünf Jahren gewählten Abgeordneten zusammen, die aus ebenso vielen Wahlkreisen kommen und im Durchschnitt jeweils 100.000 Einwohner repräsentieren. Die persönliche Stellung der Abgeordneten der Nationalversammlung wie auch des Senats ähnelt der in Parlamenten anderer vergleichbarer demokratischer Systeme. Die Abgeordneten üben ihr Amt frei aus und sind rechtlich an keinerlei Aufträge und Weisungen gebunden. Nach Art 27 der Verfassung ist jedes imperative Mandat nichtig. Die Abgeordneten dürfen ihr Amt weder mit dem Mandat eines Senators, noch mit dem Amt eines Mitglieds der Regierung, des Verfassungsrats oder des Wirtschafts- und Sozialrats kumulieren. Während der Dauer ihres Mandats ist es ihnen untersagt, eine von der Regierung übertragene Aufgabe wahrzunehmen, die länger als sechs Monate dauert. Sie dürfen weiters auch keine öffentlichen Ämter innehaben, für deren Besetzung keine Wahl vorgesehen ist (zivile oder militärische Beamte mit Ausnahme von Hochschulprofessoren) oder leitende Funktionen in staatlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen des Staates bekleiden. Daneben ist die Ausübung zahlreicher privater Tätigkeiten für die Abgeordneten reglementiert bzw. eingeschränkt, damit sie nicht Nutzen aus ihrer Position ziehen können.

Die Regelung, dass in Frankreich seit jeher ein parlamentarisches Mandat mit einem oder mehreren lokalen Mandaten kumuliert werden konnte, führte in der Vergangenheit zu Missbräuchen, weshalb im Jahre 1985 erste rechtliche Maßnahmen zur Begrenzung der Mandatshäufung getroffen wurden. Im Jahre 2000 kam es zu einer weiteren Verschärfung dieser Bestimmungen. Aufgrund dessen ist das Mandat eines Abgeordneten der Nationalversammlung (und eines Senators) mit dem Mandat eines Mitglieds des Europäischen Parlaments unvereinbar. Zudem ist das Abgeordnetenmandat mit mehr als einem der folgenden Wahlämter unvereinbar: Mitglied eines Regionalrates, Mitglied einer Departementversammlung, Mitglied eines Gemeinderates einer Kommune mit mindestens 3.500 Einwohnern, Mitglied der Territorialversammlung Korsikas, Mitglied des Pariser Stadtrates.

Was die Struktur der Arbeitsgremien der Nationalversammlung anbelangt, so ist auch diese nicht außergewöhnlich. Es gibt ein Leitungsgremium, somit einen Präsidenten, dem ein bedeutendes politisches Gewicht zukommt, sechs ständige Ausschüsse sowie Klubs, in denen die Abgeordneten nach ihrer politischen Richtung zusammengefasst sind. Wie in allen parlamentarischen Systemen stellt die Nationalversammlung die normale politische Stütze der Regierung dar. Wenngleich es in Frankreich eine tatsächliche Besonderheit aufgrund der sich vor allem aus seiner Direktwahl ergebenden Rolle des Staatspräsidenten gibt, zeigt die Erfahrung, dass eine effiziente Regierung nicht ohne dauernde Unterstützung einer stabilen, kohärenten und homogenen Mehrheit in der Nationalversammlung möglich ist.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht nimmt die Nationalversammlung an der Beschlussfassung über Gesetze teil und übt eine wichtige politische Kontrolle gegenüber der Regierung aus. Das französische Gesetzgebungsverfahren ist durch eine grundsätzliche Gleichstel-

lung von Senat und Nationalversammlung gekennzeichnet, die jedoch insofern ein Vorrecht für die Nationalversammlung vorsieht, als diese bei einem Konflikt zwischen beiden Kammern des Parlaments – nach den zwei Lesungen in beiden Häusern und der Sitzung einer gemischten paritätischen Kommission – das Recht hat, ein Gesetz auf Antrag der Regierung in letzter Lesung auch allein zu beschließen (Art 45 der Verfassung).

Was die Kontrolle der Regierung betrifft, so hat die Nationalversammlung traditionelle Vorrechte, die sie mit dem Senat teilt: etwa das schriftliche und mündliche Fragerecht, das Recht zur Einsetzung von Untersuchungskommissionen oder die Möglichkeit zur Beschlussfassung über Entwürfe für Rechtsakte der Europäischen Union.

Das wesentlichste Recht der Nationalversammlung liegt jedoch in der Geltendmachung der Regierungsverantwortlichkeit. Die Nationalversammlung kann von der Regierung bei ihrem Antritt oder während ihrer Funktionsperiode eine Erklärung zur allgemeinen Politik oder ihres Regierungsprogramms verlangen. Über dieses Regierungsprogramm oder die Regierungserklärung wird dann abgestimmt. Verliert die Regierung diese Abstimmung, dann ist sie zum Rücktritt verpflichtet. Außerdem haben die Abgeordneten die Möglichkeit, einen Misstrauensantrag einzubringen und darüber debattieren zu lassen. Schließt sich die absolute Mehrheit der Abgeordneten an, dann muss die Regierung zurücktreten, wie das 1962 der Fall war.

Schließlich kann die Regierung mit der Abstimmung über eine Gesetzesvorlage in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage verbinden. Diese sehr strikte Vorgehensweise zwingt die Abgeordneten, zwischen dem Sturz der Regierung und der Annahme eines Gesetzestextes, der nicht zur Gänze ihre Zustimmung findet, zu wählen. Das macht es beinahe unmöglich, dass ein Gesetz gegen die Meinung der Regierung beschlossen wird.

Die gesamte Logik dieser Verfahren stützt sich auf die Idee, dass man von einer Unterstützung der Regierung durch die Nationalversammlung ausgeht, diese jedoch die Möglichkeit besitzt, ihre Opposition zum Ausdruck zu bringen und damit die Regierung zu stürzen. Das ist in einem parlamentarischen System ein sehr wesentlicher Faktor.

B) Senat

Seit zwei Jahrhunderten bekennen sich die aufeinanderfolgenden Verfassungen Frankreichs zu einem Zweikammernsystem, das heißt zur Verbindung zweier Kammern der repräsentativen Demokratie: die eine, die Nationalversammlung, hat die Bevölkerung direkt zu vertreten, die andere, der Senat, dient zur „Vertretung der Gebietskörperschaften der Republik“.

Der Senat hat gegenwärtig 331 Mitglieder (die Zahl der Sitze erhöht sich bis 2010 progressiv auf 346), diese werden durch allgemeine indirekte Wahl, nämlich durch die aus gewählten Vertretern zusammengesetzten Departementversammlungen gewählt. Wahlmänner für den Senat sind derzeit in den einzelnen Departements die Bürgermeister und eine bedeutende Zahl von Gemeinderäten, die Abgeordneten, die Mitglieder des Departementrats und des Regionalrats. Das Senatsmandat wurde im Juli 2003 von

neun auf sechs Jahre verkürzt. Nach dem neuen Wahlzyklus wird künftig die Hälfte der Senatoren alle drei Jahre neu gewählt.

Der persönliche Status der Senatoren stimmt in jeder Hinsicht mit dem der Abgeordneten der Nationalversammlung überein, sowohl bezüglich der Immunitätsrechte als auch mit der aus dem Amt resultierenden Vorteile. Der einzige Unterschied betrifft das passive Wahlalter. Während man schon ab einundzwanzig Jahren zum Abgeordneten gewählt werden kann, muss man bis zum fünfunddreißigsten Lebensjahr warten, um Kandidat für den Senat sein zu können.

Im Bereich der Legislative bestimmt Art 45 der Verfassung das Prinzip der gleichen Rechte für Nationalversammlung und Senat bei der Annahme von Gesetzen, sieht aber gleichzeitig – wie bereits erwähnt – vor, dass im Fall eines Konflikts zwischen beiden Kammern des Parlaments auf Antrag der Regierung die Nationalversammlung aufgefordert werden kann, das Gesetz in letzter Lesung auch gegen die Meinung des Senats allein zu beschließen.

Was die parlamentarische Kontrolle betrifft, so hat der Senat dieselben Befugnisse wie die Nationalversammlung, mit einer einzigen – allerdings bedeutenden – Ausnahme: der Geltendmachung der Regierungsverantwortlichkeit. Die Verfassung bestimmt in Art 49 ausdrücklich, dass aufgrund des allgemeinen indirekten Wahlsystems und der Unmöglichkeit, den Senat aufzulösen, diese Kammer nicht die Regierungsverantwortung geltend machen darf. Daher besteht für eine neue Regierung keine Verpflichtung, nicht einmal stillschweigender Natur, eine Vertrauensabstimmung im Senat zu beantragen, und die Senatoren können auch keinen Misstrauensantrag stellen. Der Premierminister hat die Möglichkeit, nach eigenem Gutdünken vom Senat die Billigung einer Erklärung zu den allgemeinen Grundsätzen seiner Politik zu verlangen, wenn er meint, dass das nützlich sein könnte.

Alles in allem gehört der französische Senat zu jener Gruppe von zweiten Parlamentskammern, die eine Vertretung aller Gebietskörperschaften sicherstellen sollen. Seine politische Kontinuität und seine Rolle, die immer wieder in Diskussion geraten, verleihen ihm ein ganz eigenes Erscheinungsbild.

2 Gesetzgebungsverfahren

A) Die einzelnen Etappen des Gesetzgebungsprozesses

Die Gesetzesinitiative liegt sowohl bei den Abgeordneten als auch bei der Regierung. Die Gesetzesinitiativen der Regierung heißen Gesetzentwürfe, diejenigen der Abgeordneten Gesetzesvorschläge.

In der Regel wird jeder Gesetzentwurf und jeder Gesetzesvorschlag zwecks Beratung in der Sache an einen der sechs ständigen Ausschüsse oder, was seltener ist, an einen Sonderausschuss überwiesen. Wird ein ständiger Ausschuss als federführender Ausschuss befasst, können ein oder mehrere andere ständige Ausschüsse beantragen, ebenfalls als

mitberatende Ausschüsse befasst zu werden. Jeder befasste Ausschuss benennt einen Berichterstatter, der nach Prüfung des Textes seinen Kollegen je nach Fall den Entwurf eines Berichtes oder einer Stellungnahme mit seinen Schlussfolgerungen vorlegt. Nach Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht oder die Stellungnahme an, in dem bzw in der dann empfohlen wird, dem Text zuzustimmen, wobei dieser in den meisten Fällen durch Änderungsanträge modifiziert wurde, oder ihn abzulehnen.

Die Gesetzentwürfe werden auf der Grundlage des von der Regierung eingebrachten Textes und die Gesetzesvorschläge auf der Grundlage des vom Ausschuss vorgeschlagenen Textes behandelt.

Die Beratung beginnt mit der Anhörung der Regierung in der Person des zuständigen Fachministers und manchmal des Premierministers sowie mit der Erörterung des Berichts des federführenden Ausschusses und gegebenenfalls der Stellungnahme eines oder mehrerer anderer Ausschüsse. Im Anschluss daran wird die allgemeine Aussprache eröffnet, in deren Verlauf die Redner, die sich zuvor in die Rednerliste eingetragen haben, zu Wort kommen. Die Konferenz der Präsidenten hat die allgemeine Aussprache zu organisieren und ihre Gesamtdauer festzulegen. Die Annahme bestimmter Verfahrensträge (Unzulässigkeitseinrede, Vorabablehnung) kann jedoch dazu führen, dass ein Text noch vor der Eröffnung der allgemeinen Aussprache abgelehnt wird. Die Annahme eines weiteren Verfahrensanges, nämlich der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss, der nach der allgemeinen Aussprache gestellt werden kann, hat eine zusätzliche Prüfung durch den ständigen Ausschuss und damit die Vertagung der Beratung zur Folge. Nach dem Schluss der allgemeinen Aussprache prüft die Nationalversammlung die einzelnen Artikel des Textes. Der Sitzungspräsident stellt die zu jedem Artikel eingebrachten Änderungsanträge und danach den Artikel selbst zur Beratung und zur Abstimmung. Nachdem die verschiedenen Artikel nacheinander beraten worden sind, lässt der Präsident über den gesamten Gesetzentwurf bzw Gesetzesvorschlag abstimmen.

Damit ein zur Beratung stehender Text vom Parlament endgültig angenommen werden kann, müssen beide Kammern über ein und dieselbe Fassung abstimmen. Wenn der Senat den ihm von der Nationalversammlung zugeleiteten Text abändert, prüft diese erneut die Artikel des Textes, die abgeändert worden sind. Das gleiche Verfahren kommt, allerdings in umgekehrter Reihenfolge, zur Anwendung, wenn die erste Prüfung des Textes im Senat stattfindet. Bei diesen aufeinanderfolgenden Lesungen, die man „Pendelverfahren“ nennt, wird ein Text so lange zwischen beiden Kammern hin- und hergeschickt, bis sie eine übereinstimmende Fassung angenommen haben.

Die Regierung kann dieses „Pendelverfahren“ allerdings durch die Einberufung eines paritätisch besetzten Ausschusses, dem jeweils sieben Abgeordnete und sieben Senatoren angehören, unterbrechen. Aufgabe dieses Ausschusses ist es dann, einen Text für die Bestimmungen auszuarbeiten, die zwischen beiden Kammern strittig sind. Die Einberufung eines solchen Ausschusses kann verlangt werden, nachdem in jeder Kammer zwei Lesungen stattgefunden haben. Bei den Haushaltsgesetzen, den Gesetzen zur Finanzierung der Sozialversicherung oder den Gesetzen, die die Regierung als dringlich erklärt hat, ist dies bereits nach der ersten Lesung möglich. Wenn der paritätisch besetzte Ausschuss

keinen Konsens herbeiführen kann bzw die beiden Kammern seinen Text nicht in ein und derselben Fassung annehmen, hat die Nationalversammlung auf Ersuchen der Regierung und nach einer erneuten Lesung in jeder Kammer endgültig über den Text zu befinden.

Nach seiner endgültigen Annahme verkündet der Präsident der Republik das Gesetz innerhalb von fünfzehn Tagen. Vor Ablauf dieser Frist kann er allerdings das Parlament auffordern, das Gesetz oder bestimmte Artikel daraus erneut zu beraten. Der Verfassungsrat kann schließlich auf Ersuchen des Präsidenten der Republik, des Premierministers, des Präsidenten der Nationalversammlung, des Präsidenten des Senats oder auf Initiative von sechzig Abgeordneten oder sechzig Senatoren mit einem Gesetz vor dessen Verkündung befasst werden. Gesetze oder Bestimmungen, die vom Verfassungsrat als verfassungswidrig erklärt worden sind, dürfen weder verkündet noch angewandt werden.

Die Mitglieder der Regierung haben Zugang zur Nationalversammlung und können während der Aussprache das Wort ergreifen, wann immer sie dies wünschen. Wie die Abgeordneten können sie zu jeder Zeit Änderungsanträge einbringen.

B) Handlungsmöglichkeiten der Regierung

Wenn ein Gesetzesvorschlag oder ein Änderungsantrag nach Ansicht der Regierung in den Verordnungsbereich und nicht in den Gesetzgebungsbereich fällt, kann sie dessen Zulässigkeit anfechten (Unzulässigkeitseinrede legislativer Art gem Art 41 der Verfassung). Der Präsident der Nationalversammlung kann dann nach etwaiger Beratung mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses die Unzulässigkeit als gegeben erklären. Andernfalls hat er den Verfassungsrat anzurufen, der dann nach freiem Ermessen hierüber befindet.

Die Regierung kann sich aber auch jedem Gesetzesvorschlag, Bericht oder Änderungsantrag widersetzen, der eine Verringerung der öffentlichen Einnahmen oder die Begründung oder Erhöhung öffentlicher Ausgaben zur Folge hätte (Unzulässigkeitseinrede finanzieller Art gem Art 40 der Verfassung). Über die Zulässigkeit eines Textes im Hinblick auf Art 40 der Verfassung hat der Präsident der Nationalversammlung nach Beratung mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses zu entscheiden.

Wenn die Regierung dies wünscht, kann sie eine Gesamtabstimmung verlangen, dh sie kann die Nationalversammlung mit einem einzigen Votum über mehrere oder alle Teile eines Gesetzentwurfs oder Gesetzesvorschlags abstimmen lassen.

Die Regierung verfügt gegenüber der Nationalversammlung schließlich über ein wichtiges Druckmittel, mit dem sie die Verabschiedung der Textvorlagen erreichen kann, die sie für die Umsetzung ihrer Politik als erforderlich erachtet. Der Premierminister kann in der Nationalversammlung die politische Verantwortung der Regierung für die Abstimmung über einen Gesetzentwurf oder einen Gesetzesvorschlag übernehmen. In diesem Falle gilt der Text als angenommen, ohne dass über ihn abgestimmt wurde, wenn innerhalb der darauffolgenden vierundzwanzig Stunden kein Misstrauensantrag eingebracht und angenommen wird (Art 49 Absatz 3 der Verfassung). Es wird davon ausgegangen, dass die

Abgeordneten, die dem Misstrauensantrag nicht zugestimmt haben, den Text, mit dem die Regierung die politische Verantwortung verbunden hat, implizit angenommen haben.

III Parteien in Frankreich

Das französische Parteienspektrum ist traditionell in ein rechtes und ein linkes Lager aufgeteilt. Im bürgerlichen Lager kam es im November 2002 mit der Gründung der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) aus Rassemblement pour la République (RPR), Démocratie Libérale (DL) und Union pour la Démocratie Française (UDF) zu einer einschneidenden Veränderung. Die UMP stellt derzeit die Mehrheit im Parlament. In der Opposition sitzen die Sozialisten (PS), die Grünen (Les Verts), die Kommunistische Partei (PCF) und die Linksliberale Partei (PRG).

Parteien des linken Spektrums:

- Parti Socialiste (PS): formierte sich 1969 aus den Vorgängerorganisationen SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) und den sozialistischen Klubs. 1971 trat die Convention des Institutions Républicaines (CIR) unter François Mitterrand bei. 1981 bis 1986 erstmals Regierung unter Führung der PS. Weitere Regierungseteiligungen von 1988 bis 1993 und ab 1997 zusammen mit anderen Linksparteien. 2002 musste die PS die Regierungsmacht an die bürgerliche Mehrheit abtreten.
- Parti Communiste Français (PCF): gegründet 1920. Die am besten organisierte kommunistische Partei Frankreichs war lange durch eine orthodoxe, moskautreue Linie mit wenig innerparteilicher Demokratie gekennzeichnet. Dies änderte sich erst Anfang der 1970er Jahre. Sie war zuletzt von 1997 bis 2002 an der Regierung beteiligt.

Bürgerliches Lager:

- Union pour un Mouvement Populaire (UMP): im November 2002 aus der RPR (Neogaullisten), der DL (Liberale) und prominenten Vertretern der UDF (Zentralisten) gegründet. Sie erzielte bei den Wahlen 2002 die Mehrheit. Alain Juppé musste als Vorsitzender der UMP nach einer Verurteilung wegen illegaler Parteienfinanzierung im Jahr 2004 zurücktreten. Nachfolger und derzeitiger UMP-Vorsitzender ist Nicolas Sarkozy.
- Rassemblement pour la République (RPR): Nachfolgepartei der von General Charles de Gaulle gegründeten Partei Rassemblement du Peuple Français (RPF). 1976 von Jacques Chirac gegründet. Die RPR vertrat eine eher nationalistische Politik, die sich klar von der Linken abgrenzte. 2002 ging sie zusammen mit der DL in der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) auf.
- Démocratie Libérale (DL): Die DL ging 1977 aus einem Zusammenschluss der Fédération Nationale des Républicains Indépendants (FNRI) und dreier giscardistischer Gruppen hervor. Damals hatte sie den Namen Parti Républicain (PR). Rechtsliberale Partei, die 2002 in der UMP aufging.

- Union pour la Démocratie Française (UDF): Die UDF entstand vor den Parlamentswahlen 1978 als lockeres Bündnis nicht-gaullistischer, bürgerlicher Parteien. 1998 trat die DL aus dem Bündnis aus und aus dem bisher lockeren Verbund bildete sich eine Partei. Bei den Wahlen 2002 erreichte sie 4,9 Prozent der Stimmen.
- Rassemblement pour la France (RPF): 1999 erzielte der frühere Innenminister Charles Pasqua bei den Europawahlen mit einer EU-kritischen Position ein gutes Ergebnis. Damals war er noch Mitglied im RPR. Er gründete daraufhin den RPF.
- Chasses Peche Nature Traditions (CPNT): Populistische Partei mit ländlicher Anhängerschaft.

Extreme Rechte:

- Die bekannteste Partei der Extremen Rechten ist der Front National (FN) mit seinem Präsidenten Jean Marie Le Pen. Gegründet 1972. FN konnte in den 80er Jahren mit seiner stark nationalistischen und einwandererfeindlichen Haltung Erfolge erzielen. Bei den Parlamentswahlen 2002 bekam die Partei 11,3 Prozent der Stimmen. Mit Jean Marie Le Pen schaffte es bei den Präsidentschaftswahlen 2002 erstmals ein Rechts-extremist in die Endrunde um das höchste Amt im Staat (in der Stichwahl unterlag Le Pen klar gegen Jacques Chirac). Der FN hat seine Wählerschaft hauptsächlich im Süden des Landes und im Elsass.
- Mouvement National Républicain (MNR): 1998/99 als Abspaltung der FN vom ehemaligen Stellvertreter Jean Marie Le Pens, Bruno Mégret, gegründet. Bei den Wahlen 2002 blieb sie mit 1,1 Prozent der Stimmen chancenlos.

IV Wahlrecht in Frankreich

Wahlberechtigt für die Wahlen zur Nationalversammlung ist die gesamte in den Wahllisten eingetragene Wählerschaft. In den Wahllisten sind alle Franzosen verzeichnet, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung werden in allgemeiner und direkter Wahl nach dem romanischen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen in unterschiedlich großen Wahlkreisen (ein Abgeordneter für ca. 100.000 Einwohner) für fünf Jahre gewählt. In der Praxis bedeutet das, dass jedes Departement mindestens aus 2 Wahlkreisen besteht. Um im ersten Wahlgang gewählt zu sein, muss man neben der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen mindestens 25% der Stimmen der Wahlberechtigten im Wahlkreis erhalten. Im Normalfall fällt die Entscheidung im zweiten Wahlgang. An ihm nehmen die beiden bestplatzierten Kandidaten und die Kandidaten, die mindestens 12,5% der Stimmen aller Wahlberechtigten des Wahlkreises erhalten haben, teil. In der Regel einigen sich die Parteien eines politischen Lagers zwischen beiden Wahlgängen darauf, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen.

Für die Wahl in die Nationalversammlung wurde das Mindestalter auf 23 Jahre festgelegt. Der Bewerber muss außerdem im Besitz des aktiven und passiven Wahlrechtes sein. Dafür sind die französische Staatsbürgerschaft, die Eintragung in die Wahlliste und der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte entscheidend.

Nicht wählbar sind Bewerber, die ihre Wehrpflicht noch nicht erfüllt haben. Da Frankreich die Wehrpflicht im Herbst 2001 faktisch abgeschafft hat, kommt dieser Anforderung keine praktische Bedeutung mehr zu. Nicht wählbar sind außerdem: Hohe Beamte und Präfekte in ihren Regionen bzw Departements während ihrer Amtsausübung sowie drei Jahre danach, Unterpräfekte, Generalsekretäre von Präfekturen während und bis zu einem Jahr nach ihrer Amtszeit, Polizeidirektoren, Richter und Staatsanwälte auf Departementebene und durch die Regierung beauftragte Generalinspektoren. Die französische Verfassung verbietet außerdem Ministern, Generaldirektoren eines Staats- oder eines vom Staat abhängigen Privatbetriebs und Mitgliedern des Verfassungsrats (Conseil constitutionnel) die Wahrnehmung eines Abgeordnetenmandats. Sollte ein Abgeordneter ein Ministeramt antreten, übernimmt automatisch der bei den Wahlen mitgewählte Stellvertreter den Sitz im Parlament.

V Das tschechische Parlament

1 Zusammensetzung und Funktion

Auch das tschechische Parlament besteht aus zwei Kammern, nämlich dem Abgeordnetenhaus und dem Senat.

A) Abgeordnetenhaus

Die Parlamentarier der ersten Kammer werden für vier Jahre auf Grundlage des Verhältniswahlrechts gewählt. Es gibt eine 5%-Sperrklausel (für Parteien) bzw eine 7%-Sperrklausel (für Wahlbündnisse) und das Prinzip der sogenannten Präferenzstimmen, die es dem Wähler ermöglichen, auf der Kandidatenliste einer Partei vier Namen zu kennzeichnen. Entscheiden sich mindestens 10% der Wähler eines Wahlkreises für diese Option, so werden die Mandate nicht nach der Parteiliste, sondern nach den Präferenzstimmen vergeben.

Die Kammer basiert auf den gleichen Grundprinzipien wie alle anderen Parlamente in der demokratischen Welt, wie zB auf dem freien Mandat oder der Unvereinbarkeit des Mandates mit anderen verfassungsmäßigen Tätigkeiten (Staatspräsident, Senator, Richter usw). Das Abgeordnetenhaus verrichtet die üblichen legislativen Aufgaben in einer Reihe von Ausschüssen. Es muss internationalen Verträgen zustimmen und kann den Kriegszustand erklären. Die Kammer kann ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung als Ganzes in die Wege leiten; dazu sind mindestens 50 Abgeordnete nötig.

Für die Annahme des Misstrauensantrages ist die Zustimmung der absoluten Mehrheit aller Abgeordneten notwendig. Das Misstrauensvotum ist das wichtigste Kontrollelement des Abgeordnetenhauses gegenüber der Regierung. Das Abgeordnetenhaus wiederum kann in Krisensituationen vom Präsidenten aufgelöst werden. Das Abgeordnetenhaus dominiert eindeutig das parlamentarische Verfahren, da es einen vom Senat abgelehnten Gesetzesentwurf in zweiter Abstimmung mit absoluter Mehrheit beschließen kann.

B) Senat

Der Senat setzt sich aus 81 Mitgliedern zusammen, die für sechs Jahre direkt und nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden. Abgestimmt wird in 81 Wahlbezirken des Landes. Abgeordnetenhaus- und Senatswahlen finden zu unterschiedlichen Wahlterminen statt. Die Besonderheit beim Wahlsystem des Senats besteht im sogenannten Rotationsprinzip, alle zwei Jahre wird ein Drittel der Senatoren ausgewechselt. Das bedeutete bei der ersten Wahl, dass 27 Senatoren für die volle Amtsdauer, 27 Senatoren für vier Jahre und 27 Senatoren für nur zwei Jahre gewählt wurden. Gemäß dem Mehrheitswahlrecht findet eine Stichwahl statt, sollte keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht haben.

Die innere Organisation erstreckt sich auf drei Bereiche: Die Klubs, die Ausschüsse und die Kommissionen. Daneben gibt es noch die Senatskanzlei, die vornehmlich Verwaltungsaufgaben übernimmt. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wie auch die Senatoren haben das Recht, sich in Klubs, gemäß ihrer parteipolitischen Richtung zusammenzufinden. Diese Einrichtung kommt der Fraktionsbildung nahe. Ein Senator oder Abgeordneter darf nicht Mitglied mehrerer Klubs sein.

Auch dem tschechischen Senat obliegen verschiedene Aufgaben und Funktionen. Im Folgenden soll daher kurz die Gesetzgebungs-, Wahl-, Kontroll-, Rekrutierungs-, Repräsentations- und Ersatzfunktion des Senats dargestellt werden. Wie schon angedeutet, liegt seine Hauptaufgabe im gesetzgebenden Bereich. Doch er verfügt auch über nennenswerte Kompetenzen, was die Wahlfunktion und insbesondere seine Rolle in Ausnahmesituationen betrifft. Die Teilnahme des Senats am Gesetzgebungsprozess ist, im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus, optional. Die Wahlfunktion des Senats zeigt sich in der Wahl des Staatsoberhauptes der Tschechischen Republik sowie in der Ernennung der Richter des Verfassungsgerichtes. Die Kontrollfunktion des Senats ist deutlich geringer ausgebildet, als die des Abgeordnetenhauses. Einzig die Anklage des Präsidenten der Republik auf Hochverrat obliegt nur dem Senat. Die wohl wichtigste Funktion des tschechischen Senats bestimmt Art 33 der Verfassung. Demnach obliegt es dem Senat, bestimmte gesetzliche Maßnahmen zu treffen, falls das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird. Diese Maßnahmen können ausschließlich von der Regierung dem Senat vorgeschlagen werden. Ausgenommen davon sind die Verabschiedung von Maßnahmen in Fragen der Verfassung, des Staatshaushalts, der staatlichen Schlussbilanz, des Wahlgesetzes oder internationaler Verträge. Sobald die Abgeordnetenkammer ihre Funktionen wieder selbst ausüben kann,

überprüfen ihre Mitglieder die vom Senat erlassenen Maßnahmen. Sollten sie nicht gebilligt werden, verlieren sie ihre Gültigkeit. Diese Ersatzfunktion umfasst noch eine weitere Ausnahmesituation, wenn beispielsweise Staatspräsident, Parlamentspräsident und Regierungschef gleichzeitig ihren Aufgaben nicht nachkommen können.

2 Gesetzgebungsverfahren

Auch in der Tschechischen Republik liegt die gesetzgebende Gewalt beim Parlament, genauer gesagt beim Abgeordnetenhaus und Senat. Das Gesetzesinitiativrecht haben Abgeordnete, Abgeordnetengruppen, die Regierung, die Zweite Kammer als gesamte Körperschaft, sowie die Vertretung eines höheren territorialen Selbstverwaltungskomplexes.

Jeder Gesetzesentwurf wird dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorgelegt, der diesen an den zuständigen Ausschuss übergibt. Falls die Regierung nicht der Entwurfssteller ist, muss sie sich binnen 30 Tagen zu dem Entwurf äußern, eine Nichtäußerung gilt als Zustimmung. Der ausformulierte Gesetzesentwurf wird dann den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt. Jeder Gesetzesentwurf bedarf dreier Lesungen. In der ersten Lesung findet eine allgemeine Debatte über den Entwurf statt; in der zweiten Lesung findet eine ausführliche Debatte über den eigentlichen Entwurf statt und in der dritten Lesung geht es nur mehr um technische bzw. grammatikalische Angelegenheiten. In dritter Lesung kann nicht mehr über den eigentlichen Inhalt abgestimmt werden.

Prinzipiell muss jede angenommene Gesetzesvorlage dem Senat vorgelegt werden, ausgenommen davon sind Gesetze, die den Staatshaushalt oder die staatliche Schlussbilanz betreffen; diese beschließt das Abgeordnetenhaus allein. Der Senat hat nach Übermittlung des Gesetzesentwurfs 30 Tage Zeit um sich dazu zu äußern; ansonsten gilt das Gesetz als angenommen. Der Senat verfügt dabei über vier Möglichkeiten: Er kann den Gesetzesentwurf entweder im Ganzen annehmen oder ablehnen, er kann Änderungsvorschläge unterbreiten oder den Willen äußern, sich damit nicht beschäftigen zu wollen. Treten der erste bzw der letzte Fall ein, so gilt ein Gesetz als verabschiedet. Lehnt der Senat einen Gesetzesvorschlag ab, so stimmt das Abgeordnetenhaus erneut ab. Es genügt eine einfache Mehrheit, um den Senatsbeschluss zu überstimmen. Ebenso wird mit etwaigen Änderungsempfehlungen des Senats verfahren. Entweder nimmt die Abgeordnetenkammer die Änderungen in den Gesetzestext auf und stimmt über den neuen Wortlaut ab oder die Umgestaltungen werden abgelehnt; diesfalls wird der Gesetzesvorschlag in der bisherigen Fassung verabschiedet.

VI Parteien im tschechischen Parlament

Das tschechische Parteiensystem wird seit der Eigenständigkeit 1993 von zwei Parteien beherrscht. Auf der einen Seite des politischen Spektrums befindet sich die liberal-konservative Bürgerpartei ODS. Sie dominierte in den Anfangsjahren der tschechischen Repu-

blik und hatte in Václav Klaus einen markanten Parteivorsitzenden und Regierungschef, dessen wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen die 1990er Jahre bestimmten. Auf der anderen Seite finden sich die tschechischen Sozialdemokraten, die zwar ebenfalls einen Reformkurs der marktwirtschaftlichen Liberalisierung befürworteten (nicht zuletzt eines der Aufnahmekriterien zur Europäischen Union), diesen Kurs aber im Gegensatz zur ODS durch soziale Maßnahmen langsamer und für die Bürger erträglicher gestalten möchten.

Aus den Wahlen 1998 gingen die tschechischen Sozialdemokraten (CSSD) als Wahlsieger hervor, ohne allerdings eine Regierungsmehrheit zusammenstellen zu können. Aus diesem Grund vereinbarten sie mit der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) einen in Europa wohl einmaligen Oppositionsvertrag, mit dem die kleineren Parteien an den Rand gedrängt wurden. Diese schlossen sich zum Zweck des politischen Überlebens in Wahlbündnissen oder sogar als Parteien zusammen. In der aktuellen Legislaturperiode ist nach den Wahlen von 2002 das Wahlbündnis „Koalition“ im Parlament vertreten und gleichzeitig Mitglied der Regierungsmehrheit. Dieses Bündnis besteht aus den Christdemokraten und der Partei US-DEU, die ihrerseits ein Zusammenschluss der beiden Parteien Freiheitsunion und Demokratische Union ist. Als Wahlsieger der Wahl 2002 kann sich jedoch die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens verstehen, die ihre Mandate im Vergleich zu 1998 fast verdoppeln konnte.

VII Wahlrecht in Tschechien

Wahlberechtigt ist jeder tschechische Staatsbürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Um für das Amt eines Abgeordneten kandidieren zu dürfen, muss das 21. Lebensjahr abgeschlossen sein. Andererseits muss ein Senator mindestens das 40. Lebensjahr vollendet haben, in Anlehnung an die tschechoslowakische Verfassung von 1920. Zur Wahl stellen können sich Kandidaten von Parteien, Wahlbündnissen und Unabhängige, wobei jede Partei bzw jeder Kandidat mindestens 10.000 Mitglieder bzw Unterstützer vorweisen muss. Darüber hinaus muss jeder Kandidat 60.000 Kronen hinterlegen, die zurückerstattet werden, wenn er mindestens sechs Prozent der Stimmen auf sich vereinen kann. Prinzipiell gilt nach Art 21 der Verfassung, dass die gleichzeitige Mitgliedschaft im Abgeordnetenhaus und im Senat untersagt ist. Ferner ist das Parlamentsmandat nicht vereinbar mit dem Präsidenten- oder Richteramt.

Die tschechischen Bürger wählen die Abgeordneten nach dem Verhältnisprinzip und die Senatoren nach dem Mehrheitsprinzip. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden alle vier Jahre statt. Von den Senatoren stellt sich dagegen nach amerikanischem Vorbild jeweils ein Drittel alle zwei Jahre zur Wahl.

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird das Land in 14 Wahlkreise aufgeteilt. Die Mandate werden über die Listenstimmen auf Wahlkreisebene verrechnet. Die Bürger haben dabei die Möglichkeit, mit vier Präferenzstimmen konkrete Kandidaten auf der Liste zu wählen. Dies hat dann einen Einfluss auf die Reihenfolge der Liste, wenn mehr

als 10% der abgegebenen Stimmen Präferenzstimmen sind. Nur dann verändert sich die Listenreihenfolge gemäß den Präferenzstimmen. Zudem muss eine Sperrklausel von 5% für Parteien und 7% für Wahlbündnisse überwunden werden, um an der Verteilung der Mandate beteiligt zu werden.

Bei den Senatswahlen wird das Land in 81 Wahlkreise aufgeteilt, in denen jeweils ein Mandat nach dem Mehrheitsprinzip vergeben wird. Um im ersten Wahlgang zu gewinnen, ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Erreicht kein Kandidat die Stimmenmehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten statt. Hier genügt die einfache Mehrheit.

VIII Vergleichende Zusammenfassung

Frankreich und die Tschechische Republik sind beide demokratische Staaten, deswegen arbeiten beide Parlamente nach den gleichen Grundprinzipien. Unterschiede sind hauptsächlich im legislativen Bereich, im Konzept der Beziehung zur Exekutive sowie bezüglich der Gleichstellung beider Kammern zu finden. Im tschechischen Parliamentsystem ist die Exekutive dem Parlament eindeutig unterstellt; im Gegensatz dazu ist der französische Präsident nur dem Volk verantwortlich. Im tschechischen System dominiert noch dazu das Abgeordnetenhaus im normalen Falle über den Senat, jedoch hat der Senat eine eigene Funktion als eine Bremse im Legislativprozess und als Sicherung des Parliamentsystems im Falle einer Auflösung des Abgeordnetenhauses.

PARLIAMENT, POLITICAL PARTIES AND ELECTIONS IN GREAT BRITAIN AND IN CZECHIA

Marek Bukovský

I Introduction

Parliament, political parties and elections belong to the most important institutes of each democratic system. The way in which they are codified, understood and implemented is the basis, on which the whole society and its democratic form of government are formed. All of these institutes are very important for ensuring functional democracy within a state as well as in the process of inter-state relations and cooperation.

The aim of this work is to compare the above mentioned institutes in two distinct countries - the Czech Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (in the following United Kingdom or Great Britain). It should be an interesting “attempt”, mainly in view of two most important points arising from very different conditions of democratic form of these states. These points are:

The democratic systems of the Czech Republic and of the United Kingdom have fundamentally different historical roots. Great Britain is considered a “homeland” of modern democracy, with Parliament and political parties having the longest tradition in the World. Democracy has evolved over centuries. It were actually disputes between noblemen and the King that eventually gave rise (throughout many centuries) to a democratic form of Parliamentary government. This special historical development is the main reason why the political system of Great Britain is so different from the rest of the “old continent”. In the Czech Republic, the shift from authoritative rule to a democratic society had a fundamentally different course. Until 1918, the territory of the current Czech Republic was a part of the Austrian-Hungarian Empire and was therefore under the rule of the Austrian Emperor. After World War I, democratic form of government arised solely of the will of victorious world powers and of the will of the founders of the free Czechoslovak state. This means that the democratic government in the Czech Republic was established without any long-term historical development, without any base that would have served as a starting point for building true democracy and democratic political and social system itself. Moreover, the first free Czechoslovak state existed for only a short time which disabled a stable form of democratic system embed its roots deep

inside the society. A new attempt to found a democratic order in the Czech Republic (Czechoslovakia until 1993) began after the fall of the “iron curtain” in 1989. The same as in 1918, the Czech Republic did not create any “new type of democratic and political form”. It copied the existing types of governments of the western world and applied it to home conditions. Thus, the political system in the Czech Republic is a blend of a variety of the existing political systems, while the United Kingdom developed its own political system and form of government.

From what has been stated above it is obvious that the political systems of the Czech Republic and the United Kingdom are two different systems. The political system (or democratic system) of Great Britain is called the “Anglo-American system” while the Czech system is a typical “Continental system”. These systems differ in a few aspects. The most important differences that are relevant to our topic may be noticed between Parliaments and their functions and powers. The structure of political parties in the state is also very different, the difference deriving from their electoral systems.

Now, I will make an attempt to describe the main differences between Parliaments, political parties and elections of these two democratic countries.

II Parliament of Great Britain

1 History and basic information

As mentioned before, Great Britain is a homeland of democracy. As such, it also has one of the oldest representative bodies in the modern world – Parliament. This institute developed from disputes between nobility and the King, namely Henry III, in the first half of thirteenth century. Nevertheless, it was just a predecessor of today’s Parliament. It served only as an institute for nobility – common people were not represented there.

In the fourteenth century, Parliament was divided into two houses. Commons now had their representation too but they gained equal law-making powers with the Lords later, in the fifteenth century. In the seventeenth century, tensions increased again between Parliament and the Monarch, leading to an outbreak of the Civil War the following year and execution of King Charles I in January 1649. Following the restoration of the Monarchy in 1660, the role of Parliament was enhanced by the events of 1688 – 89 (the “Glorious Revolution”) and by the issue of the Bill of Rights which established the authority of Parliament over the King, and enshrined the principle of freedom of speech in parliamentary debates into law.

However, Parliament as we know it today was established by two important Parliament Acts of 1911 and 1949 that confirmed the legislative primacy of the House of Commons over the House of Lords.

This was a short introduction to the development of Parliament, today considered the central institution of democracy and representing the supreme legislative body of Great Britain. Its lower chamber, the House of Commons, constitutes the British Government

which is responsible to it. It consists of two Houses – the House of Lords and the House of Commons. This two-chamber parliamentary system is called bicameral system.

2 Function of the Houses

The House of Commons is the lower chamber of Parliament of the United Kingdom. The House of Commons consists of 646 elected members. Of the 646 seats, 529 represent constituencies in England, 40 in Wales, 59 in Scotland and 18 in Northern Ireland.

The chief officer of the House of Commons is the Speaker. The Speaker has a very important role in the legislative process and in the organization of work of Parliament. As to the structure of House of Commons, mainly the two biggest parties of Great Britain are represented there (so called two party system). That is a consequence of simple majority electoral system that I will mention later. It is quite important to note that no coalitions are necessary to be made after elections (or at least they are very rare) and so there is usually one party that governs alone and practically controls the House of Commons.

The main function of the House of Commons is to legislate, of course. It is mainly this chamber (or government itself) that proposes Bills, passes (or rejects) Bills and discusses the most important Bills (eg financial ones).

The House of Lords is the second chamber of Parliament. This House consists of four main types of members (also called together “peers”) appointed by the Monarch: Lords Spiritual (senior bishops), Lords Temporal (they divide into “hereditary peers” and “life peers”) and Law Lords (12 senior judges).

In the past the House of Lords, because of its special system of representation, consisted of more than two thousand members. However, in 1999, the House of Lords Act was passed and nowadays there are only 92 peers who sit by virtue of hereditary peerage. The majority of members are now life peers and the Government has been consulting proposals and attempting to legislate for further reform of the Lords. There were 706 peers in total on 1st March 2005.

There are three main functions of the House of Lords: review legislation passed by the House of Commons; propose its own legislation (but just in undisputed matters!); it is also the Court of Appeal.

As we can see, the functions of the House of Lords are quite different from the functions of the House of Commons. In legislation, there are two important exceptions: members of the House of Lords do not represent constituencies, and they are not involved in matters of taxation and finance.

Since the Parliament Act of 1911, the House of Lords has no power to reject an Act of Parliament passed by the House of Commons, it can only delay the submission of this Act for Royal Assent for one year (again with exception of the financial Bills).

The House of Lords is also the final Court of Appeal for civil cases in the United Kingdom and for criminal cases in England, Wales and Northern Ireland. This power belongs just to Law Lords I mentioned above.

For taxpayers the most important information may be that members of the House of Lords do not get paid for their parliamentary work.

3 Legislative process

The process of legislation is determined by the bicameral system of Great Britain. An absolute majority of Bills are issued by the House of Commons and a vast majority of these are governmental Bills.

At first, before the Bill makes its way to the first chamber, it is usually discussed with some pressure groups and lobbying parties. Then it is passed to the House of Commons where it goes through three hearings, during which the Bill is discussed in detail and can be changed. When this Bill is passed by the House of Commons, it is sent to the upper chamber – to the House of Lords. If this Bill is passed by the House of Lords too, it is sent to the Queen for Royal Assent. When given the Royal Assent, it becomes an Act of Parliament. Today, Royal Assent is a mere form. It has not been refused since 1907.

The function of the House of Lords in the legislative process is mainly revisory. The upper chamber acts as a control body for legislation passed by the House of Commons. Nevertheless, it can also propose its own Bills but only in politically undisputed matters. Its powers as to financial Bills are very restricted too. Bills authorizing taxation or national expenditure are passed without amendment as a matter of form. A Bill dealing only with taxation or expenditure must become law within one month from being sent to the upper chamber.

If no agreement is reached between the two Houses on a non-financial Commons Bill, the Lords can delay the Bill for a maximum period of one year, after which it is presented to the Queen for Royal Assent. There is one important exception: any Bill proposed in order to lengthen the life of a Parliament needs the full assent of both Houses.

III Parliament of the Czech Republic

1 History and basic information

In contrast to Parliament of Great Britain, history of Parliament of the Czech Republic is actually very short, although we can see its historical origins in the representative bodies of the Middle Ages. The development of Czech parliamentarism was difficult because the territory of the Czech lands was for a long time under the rule or at least under a strong influence of foreign powers. At first, it was an Austro-Hungarian Empire for about 300 years, then it was German “Third Reich” for about 7 years and finally it was under the influence of Communist Russia for about 40 years. Between these periods, there were attempts to establish democracy and some type of functioning parliament as

well, but these periods were too short to allow the establishment of some significant and long-lasting institutions.

Today's Parliament has its legal basis in the Constitution of 1993, which was issued after the division of Czechoslovakia into free Czech and Slovak Republics. This bicameral Parliament consists of the Chamber of Deputies (lower chamber) and the Senate (upper chamber). It was inspired, during the course of its formation, by many parliaments in Western Europe, mainly by those in countries with proportional electoral system.

2 Function of the Houses

As in all bicameral systems, in the Czech Republic too, the more important part of Parliament is the lower chamber, the Chamber of Deputies. It consists of 200 representatives elected for 4 years in proportional electoral system (mentioned later). Because of that, forming coalitions after elections is not only typical, it is necessary.

The Chamber of Deputies performs typical functions of a lower chamber. It mainly proposes Bills, it discusses and votes on main financial Bills (state budget, state final account) and votes on confidence in the government. The chief of lower chamber is the Chairman of the Chamber of Deputies and has some organizational functions.

Senate is the upper chamber of Parliament. It consists of 81 senators elected for 6 years in absolute majority electoral system. Elections are held every two years to replace one third of mandates and thus Senate is never dissolved. That is an important information because in case the lower chamber is dissolved for some reason, the Senate is always prepared to take over the majority of powers (except of those relating to the main financial and constitutional laws) from the Chamber of Deputies. In that case, the Senate can propose and pass Bills on its own (those laws are called legal measures of the Senate), but those are valid only if several conditions are fulfilled. The main condition is that when the Chamber of Deputies is summoned again, it has to reaffirm all the legal measures of the Senate on its first session without any changes in text, otherwise these would be no more valid.

Under regular circumstances, the main function of the Senate is to control and revise Bills passed by the Chamber of Deputies.

The most important function of these two chambers together is the election of President of the Czech Republic. He or she is elected during a common session of both chambers every five years.

3 Legislative process

The power to propose a Bill is held by the government, a representative, a group of representatives, the Senate and higher self-governing territorial units. Most of the Bills are governmental Bills as it is usual in parliamentary democracies. Before a Bill is submitted

to the Chamber of Deputies, it usually goes through a stage during which it is changed and discussed with pressure groups and lobbying parties.

After this preliminary procedure, a Bill is passed by the lower chamber first. As in Great Britain, there are three hearings. During these hearings the Bill can be changed through proposals of representatives. After a Bill is passed by the lower chamber, it is assigned to the Senate.

When the Senate acquires a Bill that has been passed by the Chamber of Deputies, the following can take place:

- Senate votes on the Bill and passes it without changes;
- Senate rejects the Bill;
- Senate proposes some changes and returns the Bill back to the Chamber of Deputies;
- Senate can declare that there is no will to debate the Bill (so the Bill is passed without debate and voting);
- Senate can ignore the passed Bill for a period of thirty days and after this period the Bill is passed.

When the Bill is returned with changing amendments, the Chamber of Deputies can accept changes proposed by the Senate by absolute majority of representatives present and the Bill is passed. If the changes are not accepted or the Bill was rejected by the Senate, the Chamber of Deputies can still pass the Bill by absolute majority of all representatives.

It is important to note that when the Senate starts discussing a Bill according to Art 40 of the Constitution of the Czech Republic or a proposal of a constitutional law, there is no legal term within which such Bill has to be discussed and within which the Senate has to decide! This means that the Senate can theoretically block nearly every Bill of this kind. Nevertheless, this question is more theoretical than practical – such case is not known, it has not happened since the Parliament started its operation. It is probably more a mistake of the legislator than his intention.

The Senate does not discuss and vote on the most important financial laws – state budget and state final account. These laws are approved or rejected only by the Chamber of Deputies.

After the Bill is passed (by both or in certain cases just by one of the chambers) it is submitted to president for his or her signature. President can reject signing the Bill but must give reason for doing that. This rejection can be outvoted by absolute majority of all representatives and the Bill is then passed.

Under regular circumstances, president, chairman of the Chamber of Deputies and prime minister are supposed to sign the Bill passed.

IV Party system of Great Britain

For this topic, electoral system is again a very important issue. The consequence of simple majority electoral system is that in Great Britain for about 150 years there has been a system called “two-party system”. Nevertheless, in recent years some experts in political science have started to call the party system in Great Britain “two and half party system” due to the increasing role of Liberal Democratic Party.

The two dominant parties in Great Britain are The Labour Party and The Conservative and Unionist Party.

Political parties originated in the aftermath of the English Civil War with the creation of the Court Party and the Country Party, soon known as the Tories (now the Conservative Party) and the Whigs (now the Liberal Democrats). The two remained the main political parties until the 20th century. The ideological positions of the major parties can be demonstrated on a left-right scale, where Labour Party is on the left wing and the Conservative Party is more to the right. Liberal Democratic Party is somewhere in the middle.

In short, these parties have the following programs:

- Labour Party: bigger state control of social and economic policy and guarding social and economic equality, more reluctant support of NATO and alliance with the United States, can accept more autonomy for Scotland and Wales; in history they support anti-colonialist movements. An interesting thing is that they do not reject an idea of codifying the constitution of Great Britain.
- Conservative Party: less state control in the society and economy, in favour of a strong unitary state, emphasis on traditional British discipline and morality. In contrast to Labour Party, they oppose the attempts to codify the constitution.
- Liberal Democratic Party: concern for individual freedom that can be achieved just under some level of social and economic control by the state, they agreed with integration into the European Union much more than other two parties, they support written constitution and changing the electoral system into a proportional one.

Since last elections held on 5th May 2005, Labour Party remains the strongest party. More detailed information is stated in section VI (elections in the United Kingdom).

Except for these three parties which are active in whole Great Britain, there are also lots of regional parties. The most important are located in Scotland and Northern Ireland because these are the most separatist regions of Great Britain. There exist for example Ulster Unionist Party, Democratic Unionist Party, Scottish National Party, Plaid Cymru, Sinn Féin and many others. Because of simple majority electoral system, these parties have very small chance to succeed in Parliamentary elections. But they are much more successful in the regional elections.

V Party system of the Czech Republic

As a consequence of the complex historical development of the Czech Republic as a free, sovereign state political parties have a long tradition in this country. First political parties were founded under the Austro-Hungarian Empire at the end of the 19th century. During the period of German and Soviet occupation (and partly under Austrian ruling), most of the freely founded political parties were forbidden. Nevertheless, there were always tendencies to keep those parties operating, at least in foreign countries where Czech emigrants founded extensions of these forbidden parties. That is why some of the most important parties have their tradition lasting from the end of the 19th or the very beginning of the 20th century.

Due to proportional electoral system to the Chamber of Deputies, as opposed to Great Britain, we can see more political parties significantly represented in the lower chamber. We can divide all political parties in the Czech Republic into two groups: parliamentary parties and non-parliamentary parties. We will describe only the main parliamentary parties, because non-parliamentary parties are not so important for our topic.

Present parliamentary parties include:

- Czech Social Democratic Party (CSSD): it may be found somewhere between the left and the center of the political spectrum. Its main ideas cover a bigger role of the state in social and economic questions, emphasis on social equality, medical care and education system under the control of state, integration into the European Union and full cooperation with NATO, and in the past they were in favour of decentralization of the state.
- Civic Democratic Party (ODS): it is oriented towards the right in the political spectrum, giving emphasis on individual freedoms and free market economy, equal taxes, it supports cooperation with NATO, but is critical of the current form of European integration, they defend basic national interests and the role of nation-states in foreign policy.
- Communist Party of Bohemia and Moravia (KSČM): this party may be placed to the very left side of the political axis. They are attempting to establish “full spectrum social state” with economy fully under the rule of the state, put emphasis on full employment rate, progressive taxation of rich people, more frequent use of referendum and they are against membership of the Czech Republic in NATO and in the EU.
- Christian Democratic Union: Czech People’s Party (KDU-ČSL) oriented towards the middle of the political spectrum, it is a classical Christian party with emphasis on Christian morality and tradition and the role of family in a society, they agreed on liberal economy with some social security for people, they agreed with membership in NATO as well as in the EU.
- Union of Freedom: Democratic Union (US-DEU) is a right-centre-oriented party, the smallest one in the Parliament. It seems that this party will be no more represented in Parliament after next elections.

I should also mention other parties that are not represented in the Chamber of Deputies of the Czech Republic but are represented in the European Parliament and these are the European Democrats and the Independents. There are also many other political parties, but they do not have a big significance in the political life of state and are only small regional groupings.

The present electoral system makes building coalitions after elections a necessity. It is a source of many problems and it is one of the reasons why the Czech society is so frustrated by politics as a whole. Today, the government covers a coalition of CSSD, KDU-ČSL and US-DEU. The percentage of representation and mandates are shown in part VII (electoral system of the Czech Republic).

VI Electoral system in Great Britain

Great Britain has, as mentioned above several times, a simple majority electoral system to the House of Commons. This system is also called “single-member” or “single-plurality” electoral system but is more known as “first past the post” electoral system. General elections are held at least every five years. However, not all Parliaments run all five years. A general election may be held before the end of this period. In between the general elections, by-elections are held if it is necessary to elect a new Member of Parliament in an individual constituency. The House of Commons had in 2004 659 Members of Parliament (MPs), each representing an individual constituency. Of the 659 seats, 529 are for England, 40 for Wales, 72 for Scotland and 18 for Northern Ireland. Today’s (2005) number of members is 646.

General elections are held at one time in each constituency in the United Kingdom. In each constituency only one candidate is elected through secret ballot by a simple majority system in which each elector can cast. Constituencies should have same number of voters. In 1997 there were 659 constituencies. The average size of constituency electorate over the UK as a whole is around 68.000 voters.

First past the post electoral system is non-proportional. Of the candidates standing in a given constituency, just the one who receives the highest number of votes is elected. In practice in the vast majority of constituencies there will be more than two parties standing candidates. As such, candidates do not have to receive 50 or more percent of the votes to win. This lack of proportional representation means it does not give parties a parliamentary party size directly related to the percentage of votes they received. Thus, larger parties have an advantage at the expense of smaller parties.

As a consequence, this system naturally leads to two-party system. This is weakened by the existence of the third party, the Liberal Democrats, as I mentioned above. For example, last elections were held on 5th May 2005 with the following results:

Party	% of votes	seats gained
Labour Party	35.2	356
Conservative Party	32.3	197
Liberal Democrats	22.0	62
United Kingdom Independence Party	2.3	-
Scottish National Party	1.5	6
Green Party of England and Wales	1.0	-
Democratic Unionist Party	0.9	9
British National Party	0.7	-
Plaid Cymru	0.6	3
Sinn Fein	0.6	5
Ulster Nationalist Party	0.5	1
Social Democratic and Labour Party	0.5	3
Respect	0.2	1
Scottish Socialist Party	0.2	-
KHHC	0.1	1
Non-partisan	0.1	1
Vacant		1

I included these results because this is the best way to illustrate the first past the post electoral system in practice. You can see that there is quite a huge disproportion between the number of votes and the number of gained seats among political parties. Maybe the most important fact is that some parties are represented in Parliament even if they gain less votes than parties that are not represented in Parliament. These are probably the most criticized aspects of this electoral system.

The same as other electoral systems, also this one deepens regional contrasts in electoral support. Conservatives have electors in the South East of England and Labour Party in the West and the North including Wales and Scotland. Local minorities are rarely represented.

VII Electoral system of the Czech Republic

Besides bicameral system the Czech Republic has also a “bi-electoral system”. For the Chamber of Deputies proportional electoral system is used, mixed majority electoral system is used in elections to the Senate.

1 The Chamber of Deputies elections

Elections to the Chamber of Deputies are held every four years. 200 members are elected in a proportional electoral system with a 5% electoral threshold. The same as in

every democratic system elections may be held earlier in case of political instability or unsuccessful government. When a seat in the Chamber of Deputies becomes vacant between the terms of elections, no by-elections are held. Instead, an alternate member of that political party is inducted into Parliament and serves there till the end of term of office.

Elections are held in 14 constituencies. Electors can choose from the slates issued by political parties. They can also prefer concrete persons by using priority vote (marking the name of a concrete candidate). Seats in the Chamber of Deputies are then divided between political parties according to the percentage of achieved votes. Results of last elections held on 14th and 15th June 2002 were as follows:

Party	% of votes	seats gained
CSSD	30.2	70
ODS	24.5	58
KSCM	18.5	41
Coalition (KDU-CSL, US-DEU)	14.3	31
Independents	2.8	-
Green Party	2.4	-
Republican Party of Miroslav Sladek	1.0	-

The main consequence of proportional electoral system is that it is necessary to form coalitions. This need should be diminished by the means of electoral threshold (5%). However, it cannot be too high because the system has to keep its proportional principle.

2 Senate elections

The term of office of Senators is six years. Nevertheless, elections to Senate are held every two years as every two years one third of Senators is replaced. There are 81 members of Senate altogether. When a seat in Senate becomes vacant, new by-elections are held just in that constituency where the seat became vacant.

In Senate elections, mixed majority system is used. This means that elections can have two rounds. In the first round, people choose a particular person out of several candidates. If some of them gains more than 50% of votes, than he or she is elected (this situation is extremely rare). If not, the second round is held. In this round people choose just from the two candidates who were the most successful in the first round. The candidate who gains simple majority of these votes is the winner. Last Senate elections were held on 5th and 6th November 2004 with these results:

Party	Total seats
ODS	18
KDU-CSL	3
Green party	1
Coalition of US-DEU and ODA	1
KSCM	1
Independents	1
European Democrats	1
Union of Independents (SNK)	1

An important fact is that electoral turnout is extremely low during Senate elections. Usually 20–25% of electors come to vote to the Senate. This can be explained by the fact, that quite a lot of people perceive Senate as needless and useless and that in most cases two rounds are held.

VIII Conclusion

As we can see, political systems of the United Kingdom and the Czech Republic are quite different, although both states are democracies. In my opinion we can state that both systems are fundamentally different and belong to different models of political system. As I have already mentioned in the introduction, the United Kingdom is a part of “Anglo-American political system” and the Czech Republic is a part of “Continental political system”.

These systems are different in three main areas (important for our topic):

- Electoral system (majority vs proportional);
- Representation of parties in Parliament (two-party vs multi party system, hereditary representatives);
- Composition of Parliament (but not functions of its chambers!).

We can also determine two main reasons for these differences. In my view, those are history (traditions, development of state and its system) and electoral systems. These institutes give rise to other differences that form the whole system, both on the political but mainly the social level.

The objective of this paper was to demonstrate that two countries can have different political institutions and political rules and in spite of that both can be called democracies. As Winston Churchill said: “Democracy is not a perfect form of government, but it is the best form of government that we know.” Evidently, this form of government has a lot of versions.

PARLIAMENT, POLITICAL PARTIES AND ELECTIONS IN THE USA AND IN CZECHIA

Ondřej Svaček

I Introduction

The objective of this paper is to examine chosen institutes within the domain of Constitutional Law of the United States and see how these are regulated in the Czech Republic. We shall focus our attention subsequently to issues concerning legislative bodies and legislative process, to elections of members of the legislative bodies and finally to questions dealing with political parties. With respect to his constitutional position, we shall not forget to mention the status of the US President and the regulation of presidential elections, which are without any doubt the most important of all elections in the United States.

II Legislature in the USA

1 The Congress

The US Constitution states that all legislative powers shall be vested in a Congress of the United States, which shall consist of the Senate and the House of Representatives. The United States are therefore a typical example of legislative bicameralism.

When the first Congress met in 1789, there were 59 representatives in the House of Representatives. As the number of states increased and as the population grew, the number of representatives increased significantly too. A law passed in 1911 fixed the number of seats in the House of Representatives at 435. The number of persons representing each state depends upon its population as reported in the nation's decennial census counts. According to the Constitution, no person shall be a representative, who shall not have attained to the age of twenty five years, and been seven years a citizen of the United States, and who shall not, when elected, be an inhabitant of that state in which he shall be chosen. Originally, the House of Representatives was designed to deal with international affairs,

later, this role was assumed by the Senate. Nowadays, the Lower Chamber is focused especially on domestic affairs.

The Upper Chamber is made up of 100 Senators, where every state of the American federation has two Senators. The Vice-President of the United States shall be the President of the Senate. Nevertheless, in majority of cases, the Vice-President is unable to affect the final decision – he may cast his vote only if the vote is tied. The Senate has the sole power to try all impeachments. When President of the United States is tried, the Chief Justice of the Supreme Court shall preside over the trial. We should remind the “consultative power” of the Senate: according to Art II, Section 2, Clause 2 of the US Constitution, president has power to make treaties, nominate and appoint ambassadors, judges and all other officers of the US only on the advice and with consent of the Senate.

2 Legislative Process

Members of the House of Representatives or the Senate introduce bills for consideration by the Congress. President, a member of the Cabinet or head of a Federal Agency can also propose legislation.

A bill is debated upon in the Congress and then sent to committees for revision. Hearings are held with comments presented by interested parties. Once revised, a bill is brought again before the House of Representatives or the Senate for approval. The bill may then be referred to a conference committee to reconcile differences in similar bills in both chambers. Conference committees are composed of members of both the Senate and the House of Representatives. The revised bill is brought again before the House of Representatives and the Senate for approval. Debate on the floor of Congress is transcribed in the Congressional Record. The legislative process is thanks to political disaffection of the Congressmen often called “obstacle race”.

A bill approved by the Congress is sent to the President. The President may comment on the bill and then sign or veto it. If he signs it, the bill becomes a law. If he vetoes it, it may go back to Congress for redrafting or Congress may override the veto with a two-thirds majority vote in both chambers.

III Elections in the USA

1 Presidential Elections

A) General Information

Presidential election traditionally attracts the most extensive worldwide attention and therefore we should focus on it quite in detail. Nevertheless, as we know that the road to the White House cannot be traversed in a day – it takes months, often years, to travel – we

will not attempt to map out the whole process and we shall content ourselves with introducing general and the most important information.

The process by which Americans select a president has changed dramatically over the course of nation's history. The process of selecting candidates is a typical example. In the early days of the United States, candidates were nominated by the Congress, since 1824 they were nominated by an inner circle of party leaders (party conventions), the next major change shifted the selection process from the party conventions to direct primary elections, in which voters themselves determined, which delegates would attend the national party convention.

In the beginning, for better orientation in the complicated system of elections, it is quite suitable to mention the US Constitution, where the primary legal regulation is contained. In this 219 year old instrument we can find quite detailed rules concerning presidential election. Each elected constitutional office has different requirements and so the presidency does. To run for the President of the United States the candidate must be a natural-born citizen of the United States, be at least 35 years of age and be a resident of the United States for at least 14 years. It is quite interesting to notice that the Constitution speaks about the president using only masculine gender (...he shall hold his office...) - if Hillary Clinton or any other woman would run for the presidential office, a constitutional amendment would probably have to be approved. We should also mention the legislative initiative of US Senator Orrin Hatch - according to his bill anyone who has been a citizen of the United States for 20 years would be allowed to run for the highest office. In this regard it is often referred to current governor of California, Arnold Schwarzenegger.

B) Outdated Federal Law

The Constitution says that the Congress may determine the time of choosing the Electors, and the day on which they shall give their votes; which day shall be the same throughout the United States. There are very old-fashioned federal laws, which set exact dates (deadlines) for electoral and post-electoral activities. According to these laws, elections are held on the first Tuesday after the first Monday of November in even-numbered years.

In order to explain the reason why that is so let us put the above mentioned statement in historical context. For much of the US history, America was an agrarian society. Therefore, lawmakers took into account that November was perhaps the most suitable month for farmers and rural workers to be able to travel to the polls. The fall harvest was over, but in the majority of the nation the weather was still mild enough to permit travel over unimproved roads. The explanation of why the election takes place on Tuesday is similar and simple as well: most residents of rural America had to travel a significant distance to the county seat in order to vote. If the elections had been on Monday, a lot of people would have begun to travel on Sunday and this would, of course, have conflicted with church services. Finally, the election should have been prevented from the falling on the

first of November because of two reasons. First, November 1st is All Saints Day, a Holy Day of Obligation for Roman Catholics. Second, most merchants were in the habit of doing their books from the preceding month on the 1st. Apparently, Congress was worried that the economic success or failure of the previous month might prove an undue influence on the vote. The exact date also ensues from the above stated jigsaw. Similarly, according to the other federal regulation, on the first Monday after the second Wednesday in December, Electoral College shall elect the President.

These were some practical reasons which led the legislators to adopt this casuistic regulation. Nevertheless, there arises the question whether such regulation is still relevant. Are not these more than 150 years old arrangements already obsolete? American people are proud of their Constitution and of everything connected with it but at times it proves a bit counterproductive. The presidential election 2000 is one example. The controversy around it is well known. As we do not have space enough to carry out a detailed analysis of the issue, let us mention only a few words in this regard.

With certain simplification we can summarize the situation as follows: the Bush vs Gore case, still unresolved, ended up before the US Supreme Court, which argued that the recount required by the Democrats can not be finished until the deadline set by federal laws – Democrats put up with their loss. Personal attitude, preferences and political opinion of the Justices are not important – we have to believe that judicial independence had won over personal opinion – but what is more serious: the so called “Florida Case” evidently showed the weakness of the current regulation.

C) Electorate College

It is suitable to mention another constitutional regulation which concerns the activity of Electorate College. The single method of selecting president was the subject of a long debate and is a compromise between electing president by Congress or by direct popular vote. The US Constitution states that the electors shall meet in their respective states, and vote by ballot for two persons (the 12th amendment of 1804 is speaking about president and vice-president – originally, no distinction was made between ballots for president and vice-president, which led to confusion, tight ballots and Congress participation) of whom one at least shall not be an inhabitant of the same state as the electors. The result of their vote is then sent to the seat of the government of the United States and submitted to the President of the Senate. The person having the biggest number of votes shall be the President, if such number be a majority of the whole number of electors appointed. If there is more than one candidate who have such majority and have an equal number of votes, then the House of Representatives shall immediately choose by ballot one of them for President; and if no person have a majority, then from the five highest on the list the House shall choose the President. Initially, the authority to elect president was given to the Senate, but that had met with strong opposition – the critics feared that the Senate, which already had been given treaty ratification powers, might become too powerful.

And what does history say? Due to Electorate's inability to elect the president, the House of Representatives elected president only two times - and we must admit that both of them were good choices - when Thomas Jefferson and John Quincy Adams stood elections.

Finally, it should be emphasized that nothing in the Constitution or federal law requires that electors vote along with their state's popular vote. Nevertheless, it is a "constitutional convention" that electors vote according to the state's results. In my opinion, president is elected directly and the activity of the Electorate College is only of a formal character.

The principle of US presidential elections (first past the post formula) is well known: every state has a number of electors equal to its number of congresspersons. In addition, there are three electors for the District of Columbia. At the last presidential election there were 538 electors. Although laws vary by state, electors are usually chosen by popular vote. All the electoral votes from a particular state go to the candidate who leads the popular vote in that state. A candidate can therefore win millions of popular votes but no electoral votes and so lose the presidency.

This circumstance is strongly criticised. It has been argued that the Electoral College system effectively takes the power to select the American President out of the hands of American people and gives it to the hands of the states - is this not the evidence of a lack of democracy? Under the Constitution, the highest-ranking US officials elected by direct popular vote of the people are the governors of the states.

This arrangement has historical roots again but it is still relevant today. The Founding Fathers feared that placing unlimited power to elect the president into the politically naive hands of the people could lead to a "tyranny of the majority" - electors were the manifestation of Montesquieu's separation of powers. Moreover, there were only two cases in history (and from this point of view it is only a curiosity), when a presidential candidate lost the nationwide popular vote, but was elected in the Electoral College (1876, 1888 - Hayes and Harrison).

2 Elections to the House of Representatives

As we have already mentioned the number of representatives, let us only add that, after last elections in 2004, the majority in the House of Representatives is occupied by the Republicans, who are of course furtherance for major president G. W. Bush. The number of persons representing each state depends upon its population as reported in the nation's decennial census counts. We have also stated that each state is divided into congressional districts accordingly. There is a representative for every congressional district and every state has at least one congressional district.

Most states have primary elections to decide which candidates will be on the November general election ballot. Some states' parties hold conventions in conjunction with the primary. If a candidate is unopposed, there may not be a primary election. Those who represent a major political party are automatically placed on a state's primary ballot.

Minor party candidates are chosen by their party's rules while independent candidates nominate themselves. Independent candidates and those representing minor parties must meet various state requirements to be placed on the general election ballot. An example of this would be to submit a petition with signatures of a certain number of registered voters.

Election winners are decided by the majority rule (first past the post), that is, the person who receives the highest number of votes wins.

3 Elections to the Senate

Each state has two Senators who are elected to serve six-year terms. Every two years one third of the Senate is up for reelection. To be able to run in an election for the Senate, a person must have attained to the age of thirty years, been nine years a citizen of the United States, and shall not, when elected, be an inhabitant of that state for which he/she shall be chosen. These qualifications were established in Art I, Section 3 of the US Constitution.

The Constitution states that the times, places and manner of holding elections for Senators and Representatives, shall be prescribed in each state by the legislature thereof, but the Congress may at any time by law make or alter such regulations, except as to the places of choosing Senators.

IV Political parties in the USA

Contrary to the Czech constitutional text American Constitution does not speak about political parties and their free political competition. Nevertheless, that does not imply that American party and political system is non-democratic.

The United States have a typical two-party system – there have been of course many political parties other than the two dominant ones, but most third parties are generally considered to be of only minor and short-lived political significance. On the other hand, it is suitable to remind Sartori's black-mail potential as a criterion of a relevant party and therefore briefly mention the best known third party candidate, leader of the Green Party (in 2004 as the Independent), Ralph Nader. Third parties can produce dramatic results, as in 2000. In 2000 Nader appeared on the ballot in 43 states (plus Washington DC) and although he garnered only 2,7 % of the vote, Bush's victories in Florida and New Hampshire were so narrow, that had Gore received the portion of Nader's votes in those states, Democrats would have won the general elections.

The gist of American bipartism is well known and must be sought in the above mentioned first past the post election system. Let us now focus on another characteristic trait: according to the Czech political scientist Miroslav Novák, a significant attribute of American parties (Democratic Party and Republican Party) is their stratarchical organi-

sation which is diametrically different from classical hierarchical structure of European political parties. Every organizational component has autonomy *sui generis* in its decision making and is not subordinated to any higher level (general partial guidelines are of course accepted).

The most important role in party organisation is played by National Conventions, which nominate a party candidate for president and vice president every four years – from this point of view, primary elections can be interpreted as a contest for votes at National Conventions, where state delegates cast votes to the person who will represent the political party in November general election. In order to become a party's nominee, a candidate must receive a majority of votes from the delegates. Basically, American parties primarily seek to occupy presidential office and only then the seats in the legislative body.

Without any hyperbola, we can conclude that there are basically no big distinctions between Republicans and Democrats.

V The Czech Republic

As stated in the introduction, the main task of this paper is to compare the observed institutes with regulations contained within the Czech constitutional system.

The same as the United States, the Czech Republic has a bicameral legislative body (Parliament). Art 15 and 16 of the Constitution state that Parliament shall have two chambers, which shall be the Chamber of Deputies and the Senate. The Chamber of Deputies shall have 200 Deputies, who shall be elected for a term of four years. The Senate shall have 81 Senators, who shall be elected for a term of six years. One third of the Senators shall be elected every two years. Every citizen of the Czech Republic, who has the right to vote and who has attained the age of twenty-one years, may be elected to the Chamber of Deputies. Senators must be at least 40 years old.

Now let us outline the legislative process. Bills are introduced in the Chamber of Deputies by a Deputy, a group of Deputies, the Senate, the Government, or the representative body of a superior self-governing territorial unit. A Bill passed by the Chamber of Deputies is referred by it to the Senate; before this, the government participates in the process and may express its opinion. After the approval of both chambers, the President of the Republic may return an enacted law to the Parliament, with the exception of Constitutional Acts, within fifteen days after the day the law was referred to him. In such case, the Chamber of Deputies shall take a new vote on the returned law and if it upholds it by the majority vote of all Deputies, the law shall be promulgated. If not, the law shall be considered defeated.

The process of elections is different from the US constitutional regulation in many respects. First, let us focus on electoral systems. Art 18 states that elections to the Chamber of Deputies shall be held by secret ballot on the basis of universal, equal and direct suffrage and under the principles of proportional representation – proportional electoral system is not applied in the countries of Anglo-American legal system (often referred

to as the Westminster system). On the other hand, elections to the Senate shall be held under the principles of majority system, or more exactly under the principles of two round majority system – the candidate must be awarded at least 50% of votes to be elected in the first round. In case that no candidate meets the required limit in the first round, the two most successful candidates proceed to the second round.

Another fundamental distinction between the United States and the Czech Republic may be found in the system of presidential election. As mentioned above, the US presidential election is in fact direct and the status of the Electoral College is only of a formal character. Therefore, we cannot ignore the significant differences between the regulation of presidential election in the Czech Republic and the United States.

Legal framework for it is contained in Art 58 of the Czech Constitution. Nomination of a candidate for the presidency may be introduced by not less than ten Deputies or ten Senators. The candidate who wins the majority of votes of all Deputies and the majority of votes of all Senators is elected President of the Republic. If no candidate wins the majority of votes of all Deputies and of all Senators, a second round of the election shall be held within fourteen days.

The candidate who wins the largest number of votes in the Chamber of Deputies and the candidate who wins the largest number of votes in the Senate shall pass to the second round of the election. If several candidates win an equal highest number of votes in the Chamber of Deputies or several candidates win an equal highest number of votes in the Senate, the votes cast for such candidates in both chambers are added up. The candidate who has thus obtained the largest number of votes shall pass to the second round. The candidate who wins the majority of votes of the Deputies present and the majority of votes of the Senators present is elected. If the President of the Republic is not elected in the second round either, a third round of the election shall be held within fourteen days, in which the candidate from the second round, who wins the majority of votes of the Deputies and Senators present, is elected. If the President of the Republic is not elected even in the third round, a new election shall be held. We can see that the required majority is gradually getting more restricted. Nowadays, we are witnesses of the political friction between the government and president Václav Klaus, who is seeking to increase his power by extensive interpretation of the Constitution.

Finally, let us pay attention to political parties. The Czech Republic is a typical example of multipartism. According to Italian political scientist Giovanni Sartori, we speak about polarized multipartism. The parties of governmental coalition are the Social Democratic Party, the Christian Democratic Union – the Czech People's Party, the Union of Freedom. Due to the proportional system of election to the Lower Chamber of Parliament it is necessary to form coalitions in order to create government; another possibility is the creation of a minority government. These parties have 101 seats in the Chamber of Deputies, ie more than a half of all votes. The leading party is the Social Democratic Party which obtained 70 seats in the Chamber of Deputies in the last election.

Opposition is represented by the right wing Civic Democratic Party, which has 58 mandates. Special position is held by the Communist Party – we claim it an anti-systemic

party but it does not mean that the Communist Party is irrelevant. In the last election communists gained 41 mandates and thus they must be taken into account. What is more, the current political development indicates that the contemporary Prime Minister Jiří Paroubek is open to cooperation with the Communist Party in certain questions.

FUNDAMENTAL RIGHTS IN FRANCE AND IN CZECHIA

Jiří Hajduk

I Human rights in France

1 Introduction

Fundamental rights, also called human rights, may be placed among the most important issues of the present day. In the world there are still many countries where human rights are not observed. Every human being has its own rights that no institution or power can deny. In my paper I intend to deal with human rights protection in France, one of the oldest democracies in Europe and also in the world. Human rights in France are based in the first place on international agreements ratified by French Parliament, for example the Universal Declaration of Human Rights adopted by the United Nations in 1948 under the leadership of Eleanor Roosevelt. Other examples are International Covenant on Civil and Political Rights, International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and Charter of Fundamental Rights (all protect rights such as freedom of speech, religion, press, right to adequate education, food and other rights).

2 Important documents

The most important documents and sources of human rights in France are the Declaration of Rights of Man and of the Citizen of 1789 and the Preamble to the Constitution of 27th October 1946. Ideas and wording contained of these two documents may be found in the contemporary Constitution. First, let us have a closer look at the Declaration.

A) The Declaration of Rights of 1789

The Declaration of Rights of Man and of the Citizen of 1789 was inspired by the American Declaration of Independence of 1776. The French Declaration marked the end of the Ancien Régime and the dawn of a new era.

a) History

The Declaration of Rights of Man and of the Citizen, along with the decrees of August 4 and 11, 1789, abolishing feudal rights, was one of the fundamental texts adopted by the Constituent Assembly formed in the wake of the meeting of the Estates General. Although adopted in principle before July 14, 1789, several drafts of the Declaration were discussed before deputies voted for the final text, after lengthy debate, on August 26.

It consists of a preamble and 17 articles containing various provisions pertaining to the individual and the Nation. It spells out such “natural and inalienable rights” as liberty, property, security, and the right to resist oppression. The Declaration also recognizes equality, notably before the law and justice. Finally, it asserts the principle of the separation of powers.

Louis XVI did not ratify it until October 5, and then under pressure of the Assembly and the people, who had marched out to Versailles. The Declaration served as the preamble to the first constitution of the French Revolution, adopted in 1791. Although the Revolution itself subsequently reneged on certain of its principles and framed two further Declarations of the Rights of Man (in 1793 and 1795), only the August 26, 1789 text has remained in posterity. It is now one of the founding documents of French institutions, and notably the constitutions of 1852, 1946 and 1958.

The declaration was written by Marquis de Lafayette, with help from his friend and neighbour, American envoy to France, Thomas Jefferson. Lafayette had come to the Colonies at age of 19, been commissioned a Major General, and was instrumental in the defeat of the British during the American Revolutionary War. French King Louis XVI signed this document, under duress, but never intended to support it. Indeed, the Revolution in France soon followed, leading to the tyrannical rule of Napoleon Bonaparte.

During the 19th century, the 1789 Declaration inspired similar documents in several European and Latin American countries. The French Revolutionary tradition also inspired the European Convention on Human Rights signed in Rome on November 4th, 1950.

b) The Preamble

The representatives of the French People, formed into a National Assembly, considering ignorance, forgetfulness or contempt of the rights of man to be the only causes of public misfortunes and the corruption of Governments, have resolved to set forth, in a solemn Declaration, the natural, unalienable and sacred rights of man, to the end that this Declaration, constantly present to all members of the body politic, may remind them unceasingly of their rights and their duties; to the end that the acts of the legislative power and those of the executive power, since they may be continually compared with the aim of every political institution, may thereby be the more respected; to the end that the demands of the citizens, founded henceforth on simple and incontestable principles, may always be directed toward the maintenance of the Constitution and the happiness of all.

B) The Preamble to the Constitution of 27th October 1946

The Preamble to the Constitution of 27th October 1946 where social, economic and cultural rights are protected.

In the morrow of the victory achieved by the free peoples over the regimes that had sought to enslave and degrade humanity, the people of France proclaim anew that each human being, without distinction of race, religion or creed, possesses sacred and inalienable rights. They solemnly reaffirm the rights and freedoms of man and the citizen enshrined in the Declaration of Rights of 1789 and the fundamental principles acknowledged in the laws of the Republic.

3 The division of human rights

In general we can divide human rights into three main groups:

A) Personal rights and freedoms

First group contains inviolability of person and residence, freedom of movement, religion and residence, right to own property and right against unreasonable search.

a) In the Declaration of Rights of 1789

In the Declaration of Rights of Man and of the Citizen of 1789 the following Articles cover rights belonging in the first group:

Art 1: Men are born and remain free and equal in rights. Social distinctions may be based only on considerations of the common good.

Art 2: The aim of every political association is the preservation of the natural and imprescriptible rights of man. These rights are Liberty, Property, Safety and Resistance to Oppression.

Art 4: Liberty consists in being able to do anything that does not harm others: thus, the exercise of the natural rights of every man has no bounds other than those that ensure to the other members of society the enjoyment of these same rights. These bounds may be determined only by Law.

Art 5: The Law has the right to forbid only those actions that are injurious to society. Nothing that is not forbidden by Law may be hindered, and no one may be compelled to do what the Law does not ordain.

Art 7: No man may be accused, arrested or detained except in the cases determined by the Law, and following the procedure that it has prescribed. Those who solicit, expedite, carry out, or cause arbitrary orders to be carried out must be punished; but any citizen

summoned or apprehended by virtue of the Law, must give instant obedience; resistance makes him guilty.

Art 9: As every man is presumed innocent until he has been declared guilty, if it should be considered necessary to arrest him, any undue harshness that is not required to secure his person must be severely curbed by Law.

Art 17: Since the right to Property is inviolable and sacred, no one may be deprived thereof, unless public necessity, legally ascertained, obviously requires it, and just and prior indemnity has been paid.

b) In the French Constitution of 4th October 1958

Art 1: It shall ensure the equality of all citizens before the law, without distinction of origin, race or religion. It shall respect all beliefs.

c) In the Preamble to the Constitution of 27th October 1946

- France shall form with its overseas peoples a Union founded upon equal rights and duties, without distinction of race or religion.

- The French Union shall be composed of nations and peoples who agree to pool or coordinate their resources and their efforts in order to develop their respective civilizations, increase their well-being, and ensure their security.

- Faithful to its traditional mission, France desires to guide the peoples under its responsibility towards the freedom to administer themselves and to manage their own affairs democratically; eschewing all systems of colonization founded upon arbitrary rule, it guarantees to all equal access to public office and the individual or collective exercise of the rights and freedoms proclaimed or confirmed herein.

B) Political rights and freedoms

Second group contains freedom of press, speech and dissemination of ideas, right of citizens to meet peacefully and right to vote.

a) In the Declaration of Rights of 1789

Art 3: The source of all sovereignty lies essentially in the Nation. No corporate body, no individual may exercise any authority that does not expressly emanate from it.

Art 6: The Law is the expression of the general will. All citizens have the right to take part, personally or through their representatives, in its making. It must be the same for

all, whether it protects or punishes. All citizens, being equal in its eyes, shall be equally eligible to all high offices, public positions and employments, according to their ability, and without other distinction than that of their virtues and talents.

Art 10: No one may be disturbed on account of his opinions, even religious ones, as long as the manifestation of such opinions does not interfere with the established Law and Order.

Art 11: The free communication of ideas and opinions is one of the most precious rights of man. Any citizen may therefore speak, write and publish freely, except what is tantamount to the abuse of this liberty in the cases determined by Law.

b) In the French Constitution of 4th October 1958

Art 3: National sovereignty shall belong to the people, who shall exercise it through their representatives and by means of referendum. All French citizens of either sex who have reached their majority and are in possession of their civil and political rights may vote as provided by statute.

Art 4: Political parties and groups shall contribute to the exercise of suffrage. They shall be formed and carry on their activities freely. They must respect the principles of national sovereignty and democracy.

C) Social, economic and cultural rights and freedoms

The third group guarantees right to work, safe working conditions, adequate salary, right to education, social support and protection, right to join labour union.

This category of human rights is codified in the Preamble to the Constitution of 27th October 1946. Each person has the duty to work and the right to employment. No person may suffer prejudice in his work or employment by virtue of his origins, opinions or beliefs.

- All men may defend their rights and interests through union action and may belong to the union of their choice.
- The right to strike shall be exercised within the framework of the laws governing it.
- All workers shall, through the intermediary of their representatives, participate in the collective determination of their conditions of work and in the management of the work place.
- All property and all enterprises that have or that may acquire the character of a public service or de facto monopoly shall become the property of society.
- The Nation shall provide the individual and the family with the conditions necessary to their development.
- It shall guarantee to all, notably to children, mothers and elderly workers, protection of their health, material security, rest and leisure. All people who, by virtue of their

- age, physical or mental condition, or economic situation, are incapable of working, shall have the right to receive suitable means of existence from society.
- The Nation proclaims the solidarity and equality of all French people in bearing the burden resulting from national calamities.
 - The Nation guarantees equal access for children and adults to instruction, vocational training and culture. The provision of free, public and secular education at all levels is a duty of the State.

II Human rights in the Czech Republic

1 Introduction

Human rights are stipulated in a different way in the Czech Republic. They are written in a single document, the Charter of Fundamental Rights and Freedoms adopted by Federal Assembly of the Czech and Slovak Federal Republic and re-promulgated for the Czech Republic by presidium of the Czech National Council. This document is inspired by many constitutions and also by French Constitution. It was enacted in 1992 and became into force in 1993. The Charter is divided into six chapters, namely General Provisions; Human Rights and Fundamental Freedoms (consisting of Fundamental Human Rights and Freedoms and Political Rights); Rights of National and Ethnic Minorities; Economic, Social and Cultural Rights; Right to Judicial and Other Legal Protection and Common Provisions.

2 The Charter of Fundamental Rights and Freedoms

A) Fundamental human rights and freedoms

For example: Everybody has the capacity to possess rights. Everybody has the right to live. Human life deserves to be protected already before birth. There shall be no capital punishment. Personal freedom is guaranteed. Any person accused or suspected of having committed a criminal offence may be detained only in cases specified by law.

B) Political rights

For example: Freedom of expression and the right to information are guaranteed. Everybody has the right to express freely his or her opinion by word, in writing, in the press, in pictures or in any other form, as well as freely to seek, receive and disseminate ideas and information irrespective of the frontiers of the State. Censorship is not permitted. The right of petition is guaranteed; everybody has the right to address himself or

herself, or jointly with other individuals, organs of the State or of local self-government with requests, proposals and complaints in matters of public or other common interest. The right to assemble peacefully is guaranteed. The right to associate freely is guaranteed. Everybody has the right to associate with others in clubs, societies and other associations. The right to vote is universal and equal, and shall be exercised by secret ballot. The conditions under which the right to vote is exercised are set by law. Citizens have the right to resist anybody who would do away with the democratic order of human rights and fundamental freedoms, established by the Charter, if the work of the constitutional organs and an effective use of legal means would be frustrated.

C) Rights of national and ethnic minorities

For example: The national or ethnic identity of any individual shall not be used to his or her detriment. Citizens who constitute national or ethnic minorities are guaranteed all-round development, in particular the right to develop with other members of the minority their own culture, the right to disseminate and receive information in their language, and the right to associate in ethnic associations. Detailed provisions in this respect shall be set by law.

Citizens constituting national and ethnic minorities are also guaranteed under conditions set by law:

- The right to education in their language,
- The right to use their language in official contact,
- The right to participate in the settlement of matters concerning the national and ethnic minorities.

D) Economic, social and cultural rights

For example: Everybody has the right to choose freely his or her profession and the training for such profession, as well as the right to engage in enterprise and other economic activity. The conditions and limitations for the exercise of certain professions or activities may be set by law. Everybody has the right to associate freely with others for the protection of his or her economic and social interests. Trade unions are established independently of the State. There shall be no limit placed on the number of trade unions and similar organizations, nor shall any of them be given preferential treatment in an enterprise or economic branch. The right to strike is guaranteed under conditions set by law; this right does not appertain to judges, prosecutors, and members of the armed forces and of security corps. Women, adolescents, and handicapped persons are entitled to increased protection of their health at work and to special working conditions. Citizens are entitled to material security in old age and during incapacitation for work, as well as in the case of loss of their provider. Everybody who suffers from material need is entitled

to such assistance as is essential for securing his or her basic living conditions. Everybody has the right to live in a favourable living environment. In exercising his or her rights nobody may endanger or cause damage to the living environment, natural resources, the wealth of natural species, and cultural monuments beyond limits set by law.

E) Right to judicial and other legal protection

For example: Everybody may assert in the set procedure his or her right in an independent and unbiased cerate of justice and in specified cases with another organ. He, who claims that his or her rights have been violated by a decision of a public administration organ, may turn to a court for a review of the legality of such decision, unless the law provides differently. However, review of decisions affecting the fundamental rights and freedoms listed in the Charter may not be excluded from the jurisdiction of courts. Everybody has the right to legal assistance in proceedings held before courts, other organs of the State, or public administration organs from the beginning of such proceedings. All parties are equal in the proceedings. Nobody shall be denied his or her statutory judge. The jurisdiction of the court and the competence of the judge are set by law. Everybody is entitled to have his or her case be considered in public without unnecessary delay and in his or her presence, and to expressing his or her opinion on all the submitted evidence. The public may be excluded only in cases specified by law. Only a court shall decide on guilt and on the penalty for criminal offences. Anybody who is accused of a crime in penal proceedings shall be considered innocent until proven guilty in a final verdict issued by a court. The question whether an act is punishable or not shall be considered and penalties shall be imposed in accordance with the law in force at the time when the act was committed. A subsequent law shall be applied if it is more favourable for the offender.

III Who protects human rights in France? In particular, which institutions?

1 The Constitutional Council

Firstly, it is the Constitutional Council. The role of this institution is to protect society against laws which are not in conformity with the Constitution.

According to the French Constitution:

Art 56: The Constitutional Council shall consist of nine members, whose term of office shall be nine years and shall not be renewable. One third of the membership of the Constitutional Council shall be renewed every three years. Three of its members shall be appointed by the President of the Republic, three by the President of the National Assembly and three by the President of the Senate. In addition to the nine members provided for above, former Presidents of the Republic shall be ex officio life members

of the Constitutional Council. The President shall be appointed by the President of the Republic. He shall have a casting vote in the event of a tie.

Art 61: Organic Acts, before their promulgation, and the rules of procedure of the parliamentary assemblies, before their entry into force, must be referred to the Constitutional Council, which shall rule on their conformity with the Constitution. To the same end, Acts of Parliament may be referred to the Constitutional Council, before their promulgation, by the President of the Republic, the Prime Minister, the President of the National Assembly, the President of the Senate, or sixty deputies or sixty senators.

2 The Council of State

The second one is the Council of State. It is the highest administrative judicial body and it keeps watching that international treaties are observed and applied, especially treaties on human rights.

3 The Ombudsman

The third one is an institution known as Ombudsman. The Ombudsman is known in many states in Europe. This institution was developed in Nordic countries, especially in Sweden. He or she is usually established and appointed by parliament and acts like a mediator between government and people. Everyone has a right to send him/her a complaint if he/she thinks that his rights were violated.

4 The European Court of Justice

Another institution protecting human rights is the European Court of Justice (as France is a member of the European Union). Actions on any matter covered by community law may be brought before the court by European institutions, governments, businesses or individual citizens. According to case-law of the European Court of Justice human rights are also a part of European Law. For example, discussion on human rights held by the European Council in Nice in 2000 resulted in a Charter stipulating human rights such as:

Right to an effective remedy and to a fair trial, right to a fair and public hearing within a reasonable time by an independent and impartial tribunal, presumption of innocence and right of defence, principles of legality and proportionality of criminal offences and penalties, the severity of penalties must not be disproportionate to the criminal offence and others.

5 The European Court of Human Rights in Strasbourg

The final instance for those seeking redress of human rights violation is The European Court of Human Rights in Strasbourg.

6 Ordinary courts

Important role in the protection of human rights is also played by ordinary courts.

IV Who protects human rights in the Czech Republic? Which institutions?

The most important position in protection of human rights is held by the Constitutional Court.

The Constitutional Court is a judicial body charged with protection of constitutional rule. The Constitutional Court shall consist of fifteen Justices appointed for a term of ten years. Justices of the Constitutional Court shall be appointed by the President of the Republic and shall be confirmed by the Senate. Any citizen of full integrity who is eligible for election to the Senate, is the graduate of a university law school and has been active in the legal profession for at least ten years may be appointed Justice of the Constitutional Court. A Justice of the Constitutional Court shall assume his office by taking the official oath administered by the President of the Republic. A Justice of the Constitutional Court may not be subjected to criminal prosecution without the consent of the Senate. If the Senate refuses to grant its consent thereto, criminal prosecution of the Justice shall be precluded for all times.

Among other matters, the Constitutional Court shall rule on:

- Repeal of laws or individual provisions thereof should they contravene the constitutional order,
- Repeal of other legal regulations or individual provisions thereof should they contravene the constitutional order or the law,
- Constitutional complaints filed by territorial self-government bodies against illegal interventions by the State,
- Constitutional complaints filed against final decisions and other interventions by agencies of public authority, violating constitutionally guaranteed fundamental rights and freedoms,
- Appeals against decisions in matters of confirmation of the election of a Deputy or Senator,
- Reservations on loss of eligibility and on incompatibility of holding the office of Deputy or Senator according to Art 25,
- Whether a decision on the dissolution of a political party, or another decision regarding the activity of a political party, conforms to constitutional or other laws.

DIE GRUNDRECHTE IN GROßBRITANNIEN UND IN TSCHECHIEN

Veronika Plešková

I Einleitung

In dieser Arbeit werden die rechtlichen Regelungen bezüglich der Grundrechte im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (im folgenden Großbritannien) mit denen in der Tschechischen Republik verglichen. Am Beginn der Ausführungen werden die Grundrechte allgemein beschrieben, um den Vergleich verständlicher zu machen. Da die Tschechische Republik zu den europäischen Staaten mit geschriebener Verfassung gehört, Großbritannien dagegen eine weithin ungeschriebene Verfassung besitzt und beide Länder unter ganz anderen Bedingungen existierten und sich entwickelten, wird dann kurz die geschichtliche Entwicklung beschrieben. Anschließend wird der Frage nachgegangen, welche Arten von Grundrechten es in Großbritannien und in der Tschechischen Republik gibt und welches Staatsverständnis sich darin spiegelt. Abschließend wird auf die Möglichkeit des Schutzes gegen die Verletzung der Grundrechte eingegangen.

II Grundrechtsbegriff

Wenn man von Grundrechten spricht, denkt man an die Menschenrechte, die einerseits die Grundrechte an und für sich sind, andererseits aber auch die Grundprinzipien aller anderen Rechte bilden. Diese Prinzipien wurden im euroamerikanischen Raum allgemein angenommen und sind für jeden demokratischen Staat bindend.

Die Grund- bzw Menschenrechte sind von den natürlichen Rechten abgeleitet. Als natürliche Rechte werden bestimmte natürliche und qualitative Ansprüche eines Menschen an das Leben angesehen. Der Begriff der natürlichen Rechte hängt damit eng zusammen mit dem elementaren Recht auf Leben selbst. Notwendigkeit und Erfahrung sind somit die Urgrundlagen der natürlichen Rechte. Diese Theorie geht von der naturrechtlichen Auffassung aus.

Auf dieser philosophischen Einsicht, dass jeder Mensch von Natur aus unveräußerliche Rechte besitzt, beruhen letztendlich auch die Grundrechte der modernen Verfassungsordnungen. Diese Auffassung spiegelt sich nicht nur in den Verfassungsbestimmungen

über die Menschenrechte in der Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776 oder in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der französischen Republik von 1789 wieder, sondern findet sich auch in den grundrechtlichen Bestimmungen der Verfassungsordnungen neuerer Zeit, wie zB in der Verfassung der italienischen Republik (1947), dem Grundgesetz der BRD (1949) oder der Verfassung Portugals (1976). Die zuletzt erwähnten drei Länder verankerten die Grundrechte in ihren Verfassungsordnungen nach der Annahme von verschiedenen internationalen Konventionen über Menschenrechte, ähnlich wie Großbritannien und die Tschechische Republik.

Die Durchsetzung und Verankerung der Grundrechte ist mit der Existenz eines Parlaments verbunden, das die Macht anderer Gewalten beschränkt und so die Einhaltung der Menschenrechte ermöglicht. Im Folgenden wird daher kurz auf die historische Entwicklung in Großbritannien und der Tschechischen Republik eingegangen.

III Historische Entwicklung in Großbritannien und in der Tschechischen Republik

Die Wurzeln des englischen Parlaments liegen in der angelsächsischen Zeit. Die Tradition, dass der König den Rat der Großen seines Reiches einholte, bestand in England lange vor der normannischen Eroberung im Jahre 1066.

Eine erste Einschränkung der königlichen Macht brachte die Magna Charta Libertatum aus dem Jahre 1215, ein Vertrag zwischen dem König und den englischen Baronen, der als Grundstein der englischen Freiheitsrechte gilt. Im Jahre 1628 wurde die Magna Charta durch die Petition of Rights untermauert, was eine weitere Beschränkung der Macht der Krone bedeutete. Denn mit der Petition of Rights wurde dem König durch das Parlament erstmals ein Katalog von Grundrechten vorgelegt und der damalige König Karl I. verpflichtete sich, verschiedene Rechte und Freiheiten der Untertanen anzuerkennen. Eine weitere wichtige Urkunde war die Habeas-Corpus-Akte, das Gesetz zur besseren Sicherung der Freiheit der Untertanen und zum Schutz vor Einkerkерung in Übersee von 1640 und 1679 (Ergänzung des Dokuments). Hier wurde va die Tatsache verankert, dass keiner ohne Verfahren vor einem unabhängigen Richter und gegen seinen Willen länger als drei Tage festgehalten werden darf. Die Bill of Rights aus dem Jahre 1689, das Gesetz zur Erklärung der Rechte und Freiheiten der Untertanen und zur Festlegung der Thronfolge, bestätigte eine Anzahl von bürgerlichen Grundrechten, darunter auch das Petitions- oder Beschwerderecht des Bürgers, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie den Schutz vor unangemessener Behandlung und Bestrafung durch die Gerichte. Im Laufe der Geschichte gab es in Großbritannien noch weitere rechtliche Regelungen, die einzelne Grundrechte zum Inhalt hatten, wie zB das Römisch-Katholische Emanzipationsgesetz aus dem Jahre 1829.

Das Jahr 1998 brachte eine Wende in der historischen Entwicklung der Grundrechte in Großbritannien. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in Großbritannien, wie aus den vorhergehenden Ausführungen ersichtlich, keine geschlossene schriftliche Regelung über die Grundrechte, sondern nur zahllose historische Dokumente, die sich auf einzelne

Grundrechte bezogen. Am 9. November 1998 wurde der Human Rights Act beschlossen, der im Jahre 2000 in Kraft trat. Mit diesem Dokument wurde die Europäische Menschenrechtskonvention in die Rechtsordnung Großbritanniens übernommen und damit erstmals ein umfangreicher Katalog von Grundrechten in einer geschlossenen schriftlichen Urkunde festgelegt.

In Tschechien verlief die Entwicklung aus mehreren Gründen ganz anders. Einer davon ist die geographische Lage, denn Tschechien liegt in der Mitte Europas. Weiters spielt auch die Fläche des Landes bzw die Zahl der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Tschechien war fast immer ein kleines Land. Deswegen wurde Tschechien im Jahre 1526 ein Teil der Habsburger Monarchie, was bis 1918 andauerte.

Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie im Jahre 1918 wurde ein selbstständiger Staat, die Tschechoslowakische Republik, gegründet. In diesem entwickelte sich die Demokratie und es wurden auch bestimmte Grundrechte verankert, wie zB das Wahlrecht für Frauen im Jahre 1920. Nach dem zweiten Weltkrieg gelang es nicht die demokratische Entwicklung fortzusetzen, denn die kommunistische Partei gewann die Wahlen. Im Februar 1948 kam es zum Putsch und in den folgenden vierzig Jahren wurden die Grundrechte nicht angewendet. Zum Wandel kam es erst im November 1989 nach der sog „sanften Revolution“.

Da es im Jahre 1993 zur Teilung der Tschechoslowakei in zwei eigenständige Staaten kam, mussten neue Verfassungen und Verfassungsgesetze erlassen werden. Die Verfassung der Tschechischen Republik wurde am 16. Dezember 1992 vom tschechischen Nationalrat beschlossen und trat mit 1. Jänner 1993 in Kraft. Die Verfassung der Tschechischen Republik steht über allen anderen Gesetzen und geht diesen vor. In Art 3 der Verfassung ist festgelegt, dass die bereits 1991 verabschiedete Urkunde der Grundrechte und -freiheiten Teil der Verfassungsordnung ist. Seit 1993 hat also die Tschechische Republik ihren eigenen Grundrechtskatalog wie es in allen demokratischen Staaten üblich ist.

IV Arten von Grundrechten

Genauso wie in Großbritannien werden auch in der tschechischen Rechtsordnung bestimmte Rechte als Grundrechte bezeichnet. Aus dem Namen ergibt sich, dass es hier vor allem um Rechte des Einzelnen geht bzw um Freiheiten und Ansprüche, die ihm zustehen, nicht um Pflichten, Gebote oder Verbote. Dagegen ist es aber möglich, die Grundrechte zu beschränken. So normiert zB Art 15 Human Rights Act, dass die Einschränkung der Rechte und Freiheiten in Kriegs- und anderen Notstandsfällen möglich ist. Art 9 der tschechischen Urkunde der Grundrechte und -freiheiten verankert grundsätzlich das Recht nicht zu Arbeiten oder Dienstleistungen gezwungen zu werden, lässt aber auch eine Beschränkung dieses Rechts in bestimmten Fällen zu und zwar dann, wenn es um gesetzlich erforderliche Dienste im Falle von Naturkatastrophen, Unfällen oder anderen Gefahren, die das Leben, die Gesundheit oder große materielle Werte bedrohen, geht.

Der Begriff Grundrechte umfasst zwei Rechtskategorien und zwar einerseits Menschenrechte, die jedermann zustehen und andererseits Bürgerrechte, die ausschließlich den Staatsbürgern zustehen.

In Großbritannien wurde die Mehrzahl der Regelungen der Menschenrechte vor Annahme des Human Rights Act im Jahre 1998 durch case law (Richterrecht) gebildet. Als Präjudizienrecht haben viele dieser Gerichtsentscheidungen verfassungsrechtliche Bedeutung, vor allem wenn es dabei um die Abgrenzung der Rechte der Bürger gegenüber den Staatsbehörden ging.

Seit dem Human Rights Act gibt es nunmehr, wie bereits erwähnt, einen geschlossenen umfangreichen Grundrechtskatalog, der insbes folgende Freiheitsrechte und politische Rechte umfasst: Recht auf Leben; Verbot der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe; Verbot der Sklaverei oder Leibeigenschaft, der Zwangs- oder Pflichtarbeit; Diskriminierungsverbot; Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person; Schutz des Briefgeheimnisses, Achtung des Privat- und Familienlebens; Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; das Recht, sich innerhalb des Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen; das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben; die Pressefreiheit; das Wahlrecht; das Recht, als unschuldig zu gelten, solange die Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren gemäß dem Gesetz nachgewiesen wurde; das Recht auf Bildung.

Es ist wichtig dabei festzuhalten, dass solche Gerichtsentscheidungen, die im Vergleich zum Human Rights Act für den Einzelnen günstiger sind, von der Konvention unberührt bleiben, dh case law, das die Rechte des Einzelnen besser schützt, geht der Konvention vor.

Der Human Rights Act steht auf der gleichen Stufe wie alle anderen Gesetze in Großbritannien. Das bedeutet, dass die Konvention durch ein einfaches Gesetz abgeändert werden könnte. Da der Human Rights Act aber grundlegende Menschen- und Bürgerrechte enthält, die einen unverzichtbaren Teil jeder demokratischen Verfassungsordnung darstellen, kann man davon ausgehen, dass der Inhalt des Human Rights Act unveränderlich sein soll und die Konvention insofern eine höherrangigere Rechtsnorm darstellt.

Die tschechische Urkunde der Grundrechte und -freiheiten enthält einen umfangreichen Katalog von Rechten und ist in sechs Kapitel gegliedert. Das I. Kapitel enthält die „Allgemeinen Bestimmungen“. Gleich am Beginn wird dabei festgehalten, dass die Grundrechte und Grundfreiheiten unveräußerlich, unverletzlich und unantastbar sind. Weiters wird hier ua normiert, dass Pflichten nur aufgrund eines Gesetzes und in dessen Grenzen auferlegt werden dürfen und dies nur unter Einhaltung der Grundrechte. Das II. Kapitel verankert unter dem Titel „Menschenrechte und Grundfreiheiten“ im ersten Teil die grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten, ähnlich der britischen Regelung, und im zweiten Teil die politischen Rechte. Das III. Kapitel beinhaltet die „Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten“ (individuelle als auch kollektive), das IV. Kapitel normiert die „Wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ und das V. Kapitel „Das Recht auf gerichtlichen und sonstigen Rechtsschutz“. Abschließend enthält die Urkunde im VI. Kapitel „Gemeinsame Bestimmungen“.

Hinzuweisen ist darauf, dass die Urkunde der Grundrechte und -freiheiten aufgrund der angenommenen internationalen Verträge ausgearbeitet wurde. Es handelt sich dabei insbesondere um die Europäische Menschenrechtskonvention (1950) sowie ua um das Internationale Übereinkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966) und das Internationale Übereinkommen über bürgerliche und politische Rechte (1966). Vor der Annahme der Urkunde hatten diese Vereinbarungen Vorrang vor den Gesetzen und waren unmittelbar bindend.

In der Existenz und Durchsetzung der Grundrechte spiegelt sich das Rechtsstaatsprinzip wieder, das für jedes demokratische Land charakteristisch ist. So definiert auch die tschechische Verfassung in Art 1, dass die Tschechische Republik ein souveräner, einheitlicher und demokratischer Rechtsstaat ist, beruhend auf der Achtung der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger.

Neben den klassischen Grundrechten, die dem Einzelnen einen Freiraum gegenüber staatlichen Eingriffen gewähren („status negativus“), gibt es die sozialen Grundrechte, die die soziale Lage des Einzelnen verfassungsrechtlich absichern sollen („status positivus“). Diese sozialen Rechte entwickelten sich in Europa va nach dem zweiten Weltkrieg.

In Großbritannien sind die sozialen Rechte nicht auf der Ebene der Verfassung bzw als Grundrechte gewährleistet. In der Tschechischen Republik dagegen sind die sozialen Rechte in der Urkunde der Grundrechte und -freiheiten verankert. Sie stellen somit Rechte im Verfassungsrang dar. Die sozialen Rechte werden in der Urkunde im IV. Kapitel im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und kulturellen Rechten normiert und umfassen vor allem das Recht auf Arbeit sowie die Versorgungspflicht des Staates, wenn der Bürger unverschuldet dieses Recht nicht ausüben kann; das Recht des Arbeitnehmers auf gerechte Entlohnung und befriedigende Arbeitsbedingungen; das Recht von Frauen, Jugendlichen und Behinderten auf erhöhten Schutz ihrer Gesundheit bei der Arbeit und auf besondere Arbeitsbedingungen; das Recht auf angemessene materielle Versorgung im Alter sowie das Recht auf Gesundheitsschutz.

Im Katalog der Grundrechte des IV. Kapitels findet sich darüber hinaus auch das Recht auf eine gesunde Umwelt sowie das Recht auf rechtzeitige und vollständige Informationen über den Zustand der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Dabei ist auch die Pflicht verankert, dass niemand die Umwelt, den Artenreichtum der Natur und die Kulturdenkmäler über das gesetzlich festgelegte Maß hinaus gefährden oder beschädigen darf.

V Geltendmachung der Grundrechte

Die Grundrechte können gegen den Staat geltend gemacht werden. Es geht dabei zum Beispiel um das Verbot der Folter, das Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit, das Diskriminierungsverbot usw. Dies gilt für Großbritannien als auch für Tschechien, denn diese Grundprinzipien sind in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert

und beide Länder haben diese Konvention, zwar zu verschiedenen Zeiten, in ihre Verfassungsordnungen aufgenommen.

VI Schutz der Grundrechte

In jedem demokratischen Staat muss auch die Möglichkeit bestehen, sich gegen den unberechtigten Eingriff in die Menschenrechte zu schützen. In beiden Ländern existiert die Möglichkeit sich gegen den Eingriff auf nationaler Ebene zu wehren. Nicht nur in Großbritannien sondern auch in Tschechien gibt es die Möglichkeit sich an den sog Ombudsmann zu wenden oder eine Beschwerde bei Gericht zu erheben.

In Großbritannien normiert der Human Rights Act in Verbindung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention den Schutz der Grundrechte. Im Falle der Verletzung von Grundrechten kommt somit Art 13 der Konvention zum Tragen, der das Beschwerderecht bei Verletzung der Rechte oder Freiheiten der Konvention verankert. Die Beschwerde kann jedoch nicht beim Verfassungsgericht eingebracht werden, weil es hier kein Verfassungsgericht als solches gibt. Die Beschwerde kann entweder bei einem spezifischen Gericht – wie zB im Falle der Diskriminierung bei der Arbeit wegen des Geschlechts oder der Religion oder wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz entweder vom Betroffenen selbst, vom Chef oder von Kollegen beim Arbeitsgericht – oder in anderen Fällen bei einem Ombudsmann erhoben werden. Der Ombudsmann ist zuständig für Beschwerden über Missstände in der Verwaltung. Der Ombudsmann wird für seine Funktion ernannt, ist völlig unabhängig und von Berufs wegen meistens ein Jurist. Im Gegensatz zu Tschechien gibt es in Großbritannien eine große Zahl von Ombudsmännern. Der Grund liegt in der Größe des Landes als auch in der großen Bevölkerungszahl. Deswegen spezialisieren sich die Ombudsmänner auch auf verschiedene Rechtsgebiete. Der Ombudsmann ermittelt, ob ein bestimmtes Staatsorgan rechtmäßig vorgegangen ist. Er ermittelt bei Beschwerden von Einzelnen (oder in bestimmten Fällen von Gruppen), die behaupten, dass ihnen aufgrund des Tuns oder Nichttuns der Behörde Unrecht, Leid oder finanzielle Verluste entstanden sind. Der Ombudsmann ist auch zuständig zur Lösung von Korruptionsfällen. Er ist jedoch nicht zuständig für Fälle, die in die Zuständigkeit der Gerichte fallen.

Zur Verfügung stehen Ombudsmänner für folgende Bereiche:

- parlamentarischer Ombudsmann, für Beschwerden über Ministerien und andere Staatsorgane;
- Landesregierungsombudsmann, für Beschwerden über Landesregierungen und lokale Staatsorgane (nur für England und Wales zuständig; in Nordirland übt diese Funktion der nordirische Ombudsmann aus);
- Ombudsmann für Gesundheitsfürsorge (nur für England und Wales zuständig);
- Ombudsmann für Gelddienste;
- Europäischer Ombudsmann;

- Ombudsmann für Rechtssachen (nur für England und Wales zuständig; in Nordirland wird diese Aufgabe von der Law Society of Northern Ireland ausgeübt);
- Ombudsmann für Realitätenmakler;
- Ombudsmann für das Wohnungswesen;
- Gefängnis- und Bewährungsombudsmann;
- Beerdigungsombudsmann;
- nordirischer Ombudsmann (nur für Nordirland zuständig);
- walisischer Administrationsombudsmann (nur für Wales zuständig);
- Polizeiombudsmann (nur für Nordirland zuständig).

In der Tschechischen Republik haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Beschwerden beim Verfassungsgericht oder beim Ombudsmann zu erheben. Das Verfassungsgericht entscheidet unter anderem über die Beschwerden gegen eine rechtskräftige Entscheidung oder einen anderen Eingriff der Organe der öffentlichen Gewalt in die von der Verfassung garantierten Grundrechte und Freiheiten.

In allen anderen Fällen haben Personen, die sich in ihren Rechten verletzt fühlen, das Recht, sich an den Ombudsmann zu wenden. In der Tschechischen Republik gibt es nur einen Ombudsmann, der auch als „Bürgerrechtsbeauftragter“ bezeichnet wird und seinen Sitz in Brünn hat. Laut § 1 des Gesetzes über den Ombudsmann (Nr 349/1999 Slg) ist dieser zuständig für den Schutz von Personen vor Handlungen der Behörden und sonstiger Institutionen, die die Staatsverwaltung ausüben, falls solche Handlungen entweder rechtswidrig oder anderswie unrichtig oder fehlerhaft sind und somit im Widerspruch zu den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaats und einer ordnungsgemäßen Verwaltung stehen, sowie auch für den Schutz vor Untätigkeit dieser Organe.

Der Wirkungsbereich des Ombudsmannes erstreckt sich vor allem auf die Ministerien und sämtliche Verwaltungsbehörden des Staates sowie auf den Rat für Rundfunk- und Fernsehen, die Polizei der Tschechischen Republik, die Armee der Tschechischen Republik, die Justizwache, die Burgwache und noch einige Institutionen mehr.

Der Ombudsmann hat im Rahmen seiner Kontrolltätigkeit umfangreiche Befugnisse; so kann er in einzelnen Fragen unabhängige Ermittlungen führen, er hat aber nicht das Recht, die Tätigkeit der Verwaltungsorgane zu ersetzen, er darf also nicht ihre Beschlüsse ändern oder annullieren.

Aufgrund des gesetzlich vorgegebenen Wirkungsbereiches ist es dem Ombudsmann verwehrt, in privatrechtliche Verhältnisse oder Streitigkeiten einzugreifen. Er ist nicht zuständig für Entscheidungstätigkeiten der Gerichte.

Rechtsvergleichend kann somit zusammenfassend festgehalten werden, dass sowohl in Großbritannien als auch in Tschechien der Tätigkeitsbereich des Ombudsmannes sich im Wesentlichen auf die Kontrolle der Verwaltung bezieht, dass er seine Tätigkeit unabhängig und unparteiisch ausübt und dass er dem Bürger unbürokratisch bei Verletzung seiner Rechte helfen soll.

VII Programmnormen und institutionelle Garantien

Vielfach werden auf verfassungsrechtlicher Ebene neben den Grundrechten auch Programmsätze oder Staatszielbestimmungen verankert. Im Gegensatz zu den Grundrechten gewähren sie aber keine Individualrechte, sondern richten sich an die Staatsorgane, bei Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben die in den Programmnormen vorgegebenen „Ziele“ zu berücksichtigen. Solche „Ziele“ oder „Bekanntnisse“ betreffen zB den Umweltschutz, den Minderheitenschutz, den Tierschutz, die Gleichstellung von Mann und Frau, die Gleichbehandlung von Behinderten, die Vollbeschäftigung und vieles mehr.

Unter der institutionellen Garantie versteht man, dass bestimmte Grundrechte nicht nur ein Individualrecht gewähren, sondern auch bestimmte Institute oder Institutionen garantieren („Einrichtungsgarantien“). So garantiert zB das Grundrecht der Eigentumsfreiheit nicht nur ein Individualrecht, sondern sichert auch das Rechtsinstitut des Privateigentums vor Beseitigung bzw grundsätzlicher Veränderung grundrechtlich ab.

FUNDAMENTAL RIGHTS IN THE USA AND IN CZECHIA

Martin Struna

I Fundamental rights in the USA

1 Introduction

The principal legal document which governs fundamental rights in the USA on federal level is the so-called Bill of Rights. The constitutional regulation of fundamental rights, embodied in the US Constitution, is one of the earliest codices of the democratic era. Naturally, it cannot provide for all interests of the society. Nevertheless, federal courts, especially the US Supreme Court, currently attempt to improve applicability of the Bill of Rights through their broader interpretation. In the sixties and seventies of the 20th century almost every state of the USA enacted amendments to the federal regulation of these principles and some states even introduced new Charters of Fundamental Rights and Freedoms (for example Michigan in 1964, Florida in 1968, California in 1977). Some more states joined them in the 80's and 90's (for example Utah or New Hampshire). In my paper I am going to speak only about the federal regulation, especially the Bill of Rights and other amendments.

2 The Bill of Rights

What is actually the Bill of Rights? In fact, this apparently separate document is a part of the US Constitution, as it is formed by the first 10 amendments to the US Constitution that were ratified in 1791.

The 1st Amendment to the Constitution of the United States is the best-known provision of the Bill of Rights. As to its content, it prevents the US Congress from infringing six human rights in that it guarantees that the Congress shall not:

- Establish a state religion or prefer a particular religion,
- Prohibit the freedom of religion (the "free exercise of religion"),
- Infringe the freedom of speech,

- Infringe the freedom of press,
- Limit the right to a peaceful assembly,
- Limit the right to petition the government for redress of grievances.

In spite of the apparent absolute prohibition worded in the amendment as “Congress shall make no law” the Congress has, in fact, many times passed laws “in the public interest” that restrict freedom of speech and press. Among the most famous of these acts belong the Alien and Sedition Acts (1798), the Smith Act (1940) and the McCarran Act (1950).

The 2nd Amendment prevents federal government from infringing the right to keep and carry firearms. In the USA there exist two opinions on this provision – one is represented by the so-called “gun control advocates” and the other by the so-called “gun rights advocates”. Judicial decisions on the 2nd Amendment are rare, so its meaning is a matter of dispute. The term “well regulated militia” is interpreted by the gun control advocates as empowering states to maintain armed militia for defense and order. In their opinion the 2nd Amendment does not grant an individual right to own firearms to private persons. Gun rights advocates point out that all the first 10 amendments grant individual rights. The phrase “the people” used in the 1st, 4th, 9th and 10th Amendments refers only to individual rights. From the context we may say that “the people” in the 2nd Amendment has the same meaning. I would like to mention one real example from the US (which has been mentioned in the movie *Bowling for Columbine* as well) – some banks in North Dakota offer a gun as a present when one opens an account in their bank.

The 3rd Amendment is among the least cited (and some would say the most dated) pieces of the US Constitution. Its relevance has greatly declined since the revolutionary times. It prevents quartering of soldiers in homes without the owner’s consent in time of peace. In the war time, quartering may occur, but only if it is in accordance with the law. The Founding Fathers’ intention when writing this amendment was to prevent the recurrence of soldiers living in the citizens’ houses (which was the case of British soldiers before the American Revolution).

The 4th Amendment guarantees protection from unreasonable searches and seizures. Under common law, all evidence, no matter how seized, could be admitted in court, however, the Supreme Court adopted the “exclusionary rule”, whereby evidence seized unlawfully was declared inadmissible in court. A defendant may ask for evidence to be excluded only if its seizure violated his own 4th Amendment rights.

The 5th Amendment guarantees several protections related to legal procedure. Many of these guarantees stem from English common law.

Grand jury clause: Grand juries, which return indictments in criminal cases, are composed entirely of laymen and operate in secret; they are directed, but not controlled, by prosecutors. Many constitutional restrictions do not apply during grand jury proceedings. The 5th Amendment’s grand jury clause does not protect those serving in the Armed Forces, whether during wartime or peacetime.

Double jeopardy: Generally, individuals may be tried only once for a particular offense under the double jeopardy clause. Originally, the protection against double jeopardy did not extend to prosecutions in state courts. The clause, it has been held, does not prevent separate trials by different governments, and the state and federal governments. Thus, one may be prosecuted for a crime in a state court, and also prosecuted for the same crime in another state, a foreign country or (most commonly) in a federal court. Once acquitted, a defendant may not be retried for the same offense. Acquittals by both juries and judges are generally deemed final. The defendant may not be punished twice for the same offense.

Self-incrimination: The 5th Amendment protects witnesses from being forced to incriminate themselves. The 5th Amendment guarantees apply wherever and whenever an individual is compelled to testify. The 5th Amendment's protection often relates to police interrogations and confessions by suspects. *Miranda v. Arizona* (1966) was a landmark case involving confessions. Ernesto Miranda had signed a statement confessing the crime, but the Supreme Court held that the confession had been inadmissible because the defendant had not been warned of his rights. Prior to any questioning, the person must be warned that he/she has a right to remain silent, that any statement he/she makes may be used as evidence against him/her, and that he/she has a right of the presence of an attorney, either retained or appointed. The warning Chief Justice Earl Warren referred to is now called the Miranda Warning, and is delivered by police before interrogations.

Due process: The 5th Amendment contains a guarantee of the basic due process applicable only to actions of the federal government - "No person shall be ... deprived of life, liberty or property, without due process of law ..." The 14th Amendment contains the same phrase, but it is applied expressly to the States. The Supreme Court has interpreted the two clauses identically, therefore under the federal Constitution, there is no substantial difference in protection from the federal or state action. However, state constitutions also have their own guarantees of due process that may, by their own terms or by the interpretation of that State's judiciary, provide even more protection to individuals than the federal law.

Eminent domain: The federal government and each state have an eminent domain, that is so to say, the power to take private property. The 5th Amendment provides that private property may only be taken for public use if just compensation is paid. The provision did not, originally, apply directly to the States. Nevertheless, the same as all clauses except the grand jury clause, the Supreme Court has extended the eminent domain clause to the States under the 14th Amendment.

The 6th Amendment to the United States Constitution guarantees rights related to criminal prosecutions in federal courts. The Supreme Court has ruled that these rights are so fundamental and important that they are protected in state courts by the 14th Amendment's due process clause. It contains right to speedy trial, public trial (but the requirement that trials be public is not absolute), right to a trial by jury (of course it depends on the nature of the offense with which the defendant is charged), the right to be informed of the nature and cause of the accusation against defendant. The defense,

under the 6th Amendment, must have an opportunity to “confront” and cross-examine witnesses. Finally, the 6th Amendment guarantees the right of defendants to procure the assistance of a counsel.

The 7th Amendment to the United States Constitution guarantees juries in certain civil trials. The Supreme Court has not extended the amendment to the states under the 14th Amendment, as it has in many other components of the Bill of Rights.

The 8th Amendment to the United States Constitution protects against excessive bail or fines, as well as against cruel and unusual punishment. It is often asserted that capital punishment is unconstitutional, nevertheless, until the latter part of the twentieth century, the Supreme Court upheld capital punishment.

The 9th Amendment says: “The enumeration in the Constitution, of certain rights, shall not be construed to deny or disparage others retained by the people.” The 9th Amendment emphasizes that the Bill of Rights is not a grant of rights from the government to the people, but a reminder that it merely enumerates some of the most important powers not granted to the government. For example, the Constitution does not state the right to eat one’s food, but the Constitution does not grant the government the power to deny people that right. The 9th Amendment recognizes that such natural rights are retained by the people and cannot be abridged by the government.

The 10th Amendment says: “The powers not delegated to the United States by the Constitution, nor prohibited by it to the States, are reserved to the States respectively, or to the people.” It makes explicit the idea that the federal government is limited only to the powers granted to it by the Constitution.

3 Other important amendments in connection with fundamental rights

Now I will mention some other important amendments that are not a part of the Bill of Rights. The first is the 13th Amendment, which provided for the abolition of slavery. It was a direct result of the American Civil War.

Another is the 14th Amendment. It has five sections but only the first one is important for us as it defines who a citizen of the United States is and establishes that no state can enact laws that abridge certain rights of its citizens or persons within the jurisdiction of the United States. In this context, we may remind the reversal by the Congress of that portion of the *Dred Scott v. Sanford* decision that declared that African Americans were not and could not become citizens of the United States or enjoy any of the privileges and immunities of citizenship. The Congress also passed the 14th Amendment in response to the Black Codes that southern states had passed in the wake of the 13th Amendment, which ended slavery in the United States. Those laws attempted to return free slaves to their former condition by, among other things, limiting their right to leave the plantations on which they had previously been held and by preventing them from suing or testifying in court. The 14th Amendment also contains Equal Protection Clause providing that “No State shall ... deny to any person within its jurisdiction the equal protection of the laws.”

In the broadest view, the Equal Protection Clause is a part of the United States' continuing attempt to determine what its professed commitment to the proposition that "all men are created equal" should mean in practice.

The 15th Amendment guarantees the right of citizens of the United States to vote regardless of race, color or previous condition of slavery. But it was not really until the Voting Rights Act in 1965, almost a century later, that this guarantee was actually achieved in all states. The first person to vote under the provisions of the amendment was Thomas Mundy Peterson.

The 19th Amendment grants women the right to vote. It reads: "The right of citizens of the United States to vote shall not be denied or abridged by the United States or by any State on account of sex." The interesting thing is that it was passed in 1919 and finally ratified in 1920!

The 24th Amendment of the United States Constitution prevents both the Congress and the States from conditioning the right to vote in federal elections on payment of a poll or other type of tax. The amendment was proposed by the Congress to the States in 1962 and was ratified by the States in 1964. Poll taxes had been enacted in eleven Southern states after Reconstruction as a measure to prevent poor black people from voting. At the time of this amendment's passage, only five states still retained a poll tax.

The 26th Amendment grants suffrage to citizens of eighteen years of age or over. Until that time only 21-year-olds and over could vote. It was ratified in 1971 after the Vietnam War in which many young men who were ineligible to vote were conscripted to fight, and died.

II Fundamental rights in the Czech Republic

1 Introduction

The principal legal document which governs fundamental rights in the Czech Republic is the Charter of Fundamental Rights and Freedoms. Formally, it is a separate constitutional act, but in fact it is considered a part of the Czech Constitution. Contrary to the US Bill of Rights, the Czech Charter of Fundamental Rights and Freedoms is quite a recent document. It was enacted in 1992 and it came into force in 1993. Since the year 1989, after the breakdown of the Communist regime, the Czech Republic has made much effort to promote protection of human rights. The Czech Republic is now a free country guaranteeing equal rights for all its citizens. In 1998, it was given grade 1.25 in "Freedom in the World Annual Survey" rating for political process, which is one of the highest ratings of all the former Soviet satellite countries.

In spite of the fact that more than 200 years passed in between the ratification of the US Bill of Rights and the Czech Charter of Fundamental Rights and Freedoms, both documents are similar in many aspects (of course there are also some differences between them).

2 The Charter of Fundamental Rights and Freedoms

The Charter begins with a solemn declaration and it is followed by Chapter I. General Provisions (Art 1-4). This part includes the basic principles of the Charter. It says for example that “all people are free and equal in their dignity and in their rights. Their fundamental rights and freedoms are inherent, inalienable, illimitable and irrepealable.”

I think that one of the most important provisions is the one which says that “fundamental human rights and freedoms are guaranteed to everybody irrespective of sex, race, color of skin, language, faith, religion, political or other conviction, ethic or social origin, membership in a national or ethnic minority, property, birth or other status.” That is why the legal order has to apply to everybody in the same way; if duties and other disadvantages as for example punishments are to be imposed, they must be imposed on all persons under equal conditions. The Charter also does not allow the state to assert only one exclusive world-view or religion. “The State is founded on democratic values and must not be bound either by an exclusive ideology or by a particular religion.”

The Charter distinguishes a number of different types of rights and freedoms. Firstly, there are the so-called “Basic human rights and freedoms” (Chapter II, Division 1, Art 5 - 16) which include right to live; personal freedom; prohibition of torture or inhuman or degrading treatment or punishment; prohibition of forced labor or service; right to own property; freedom of movement and residence; freedom of thought, conscience and religious conviction; freedom of scientific research and of the arts etc.

A very important article, especially with regard to criminal proceedings, is Art 8. “Any person accused or suspected of having committed a criminal offence may be detained only in cases specified by law. Such detained person shall be informed without delay of the reasons for the detention, questioned, and not later than within forty-eight hours released or turned over to a court. Within twenty-four hours after having taken over the detained person, a judge shall question such person and decide whether to place her in custody or to release the person. A person accused of a criminal act may be arrested only on the basis of a written warrant issued by a judge, which includes the grounds for its issue. The arrested person shall be turned over to a court within twenty-four hours. A judge shall question the arrested person within twenty-four hours and decide whether to place her in custody or to release the person.” This part, together with Chapter V of the Charter, is an analogy to the 5th Amendment of the Bill of Rights.

In the United States the regulation of political rights is scattered into different Amendments (for example 1st, 15th, 19th), whereas in the Czech Charter political rights are concentrated into one division (Division 2 of Chapter II, Art 17-23). Political rights guarantee everybody the right to express freely his or her opinion in speech, in writing, through the press, in pictures or in any other form. Citizens are allowed to assemble peacefully and to associate freely – they are guaranteed the right to form clubs, societies, political parties and political movements. Political rights also enable the citizens to participate in the administration of public affairs.

Another topic that is mentioned very often in connection with the Czech Republic are the rights of national and ethnic minorities. These are regulated in Chapter III (Art 24, 25) of the Charter. This Chapter begins with a general clause: "The national or ethnic identity of any individual shall not be used to his or her detriment." Members of national or ethnic minorities are also allowed to promote their own culture, to associate in ethnic associations. The Charter guarantees them under conditions set down by the law the right to education in their language. They can also use their mother tongue in an official contact. In the amendments to the US Constitution we can also find some provisions that guarantee rights to minorities. Firstly, it is the Equal Protection Clause in the 14th Amendment, then it is the 13th Amendment and 15th Amendment.

In Chapter IV the Charter guarantees economic, social and cultural rights (Art 26 – 35). "Everybody has the right to choose freely his or her profession and the training for such profession, as well as the right to engage in enterprise and other economic activity. ... Citizens are entitled to material security in old age and during incapacitation for work, as well as in the case of loss of their provider." The Charter gives special heed to family, women, adolescents, children and handicapped persons. For example: "Parenthood and the family are under protection of the law. Special protection of children and adolescents is guaranteed. ... Women, adolescents, and handicapped persons are entitled to increased protection of their health at work and to special working conditions." In Chapter IV there are also provisions concerning trade unions and the right to strike. "Trade unions are established independently of the State. There shall be no limit placed on the number of trade unions and similar organizations, nor shall any of them be given preferential treatment in an enterprise or economic branch. ... The right to strike is guaranteed under conditions set by law; this right does not appertain to judges, prosecutors, and members of the armed forces and of security corps."

The last group of rights is the right to judicial and other legal protection. Analogy with the Bill of Rights may be found in its 5th and the 6th Amendment. This part of the Charter (Chapter V, Art 36 – 40) is the most similar to the Bill of Rights. It is impossible to deny the access to justice to anybody. It means particularly that:

- "Everybody may assert in the set procedure his or her right before an independent and unbiased court or, in specified cases, before another organ."
- "Anybody who claims that his or her rights have been violated by a decision of an organ of public administration may turn to a court for a review of the legality of such decision, unless the law provides differently. However, review of decisions affecting the fundamental rights and freedoms listed in the Charter may not be excluded from the jurisdiction of courts."
- "Everybody is entitled to compensation for damage caused to him or her by an unlawful decision of a court, another organ of the State or public administration, or through wrong official procedure."

Chapter V also guarantees several rights related to criminal procedure:

- “Everybody has the right to refuse making a statement if he or she would thereby incriminate himself or herself or a close person.” The Bill of Rights adds: “nor shall be compelled in any criminal case to be a witness against himself.”
- “Everybody has the right to legal assistance in proceedings held before courts, other organs of the State, or public administration organs from the beginning of such proceedings.” In the Bill of Rights we read: “the accused shall enjoy the right to have the assistance of counsel for his defense.”

There is a very interesting difference between the wording of the Charter and the Bill of Rights. The Charter guarantees the right to legal assistance in proceedings held before courts to everybody, whereas the Bill of Rights guarantees the right to have the assistance of counsel for the defense only to the accused. Another provision states that “all parties are equal in the proceedings.”

A very frequently cited provision is the one stating that: “Nobody shall be denied his or her statutory judge.”

- “Everybody is entitled to having his or her case considered in public without unnecessary delay and in his or her presence, and to expressing his or her opinion on all the submitted evidence.”
- “Only the law shall determine which acts constitute a crime and what penalties or other detriments to rights or property may be imposed for them.” The Bill of Rights lays down: “No person shall be held to answer for a capital, or otherwise infamous crime, unless on a presentment or indictment of a grand jury.”

Those provisions in the Charter or in the Bill of Rights should prevent unreasonable imputations or even unreasonable conviction.

No less important provisions that have to be used always in connection with those mentioned above are: “Only a court shall decide on guilt and on the penalty for criminal offences.” There is a little difference between the Charter and the Bill of Rights in that under the US law the verdict of guilty or not guilty is passed by an impartial jury. The penalty is in the competence of a judge.

One of the most important and basic provisions that govern criminal proceedings in these democratic states says that: “Anybody who is accused of a crime in penal proceedings shall be considered innocent until proven guilty in a final verdict issued by a court.”

Another enactment of the Charter represents exact analogy with the provision on double jeopardy in the 5th Amendment of the Bill of Rights stating that “nor shall any person be subject for the same offense to be twice put in jeopardy of life or limb.” In the Charter: “Nobody may be prosecuted under penal law for an act of which he or she was already convicted under a final verdict or of which he or she has been acquitted.”

At the end of the Charter (in Chapter VI, Art 41 - 44) there are joint provisions that explain some terms used in the Charter which could cause interpretation problems. These

are eg: “Wherever the Charter uses the term “citizen”, it is to be understood as a citizen of the Czech and Slovak Federal Republic.” This provision itself could be considered discriminating but it is followed by another enactment: “Citizens of other countries shall enjoy in the Czech and Slovak Federal Republic the human rights and fundamental rights and freedoms the Charter extends to everybody irrespective of his or her citizenship.” Both provisions refer to Czech and Slovak Federal Republic. It is of course because the Charter was enacted before Czechoslovakia split into two separate states, nevertheless, the Czech Republic is a legitimate successor of the Czech and Slovak Federal Republic.

In the end, let me mention one essential difference between the enactment of fundamental rights in the United States and in the Czech Republic (and perhaps between most of the democratic states in the world). The difference concerns the right to keep and carry firearms. In the USA this right is guaranteed by the Bill of Rights, however, there exist different opinions on it as I have mentioned above. The fact that this right is enacted there is undoubted. In the Czech Republic the right to keep and carry firearms is guaranteed only for the people who fulfill strict conditions set down by the law. People who keep and carry firearms without license breach the law and thus commit a crime.

JUDICIAL REVIEW IN FRANCE AND IN CZECHIA

Petra Slámová

I Judicial review in general

Judicial review is a wider term compared to constitutional judiciary. Constitutional judiciary takes care of protection and observation of the Constitution by using special juridical institutions. It is also a means of protection of written and rigid constitutional texts, which are superior to other legal norms in the legal hierarchy.

Judicial review (the term itself) includes (besides institutionalised constitutional judiciary) not only the formal protection of the Constitution, but also “material” protection of the Constitution, which means protection of those principles in a constitutional state, which have basic constitutional meaning, although they are not included in a written and fixed Constitution. These principles can be enshrined in the norms of various legal power, but also in cultural heritage or knowledge of people. That is why it is possible to talk about judicial review even in Great Britain where in fact judicial review and constitution do not exist.

Nevertheless, the conjunction between judicial review and a constitutional state is unquestionable. Judicial review and constitutional judiciary are a part and also a product of a constitutional state, which allows certain principles to exceed the limits and organization of a state. A citizen is not an object of the state power and an instrument of state politics but becomes an entity with constitutional rights and also an equal partner to the state. All this creates the required constitutional balance. The main idea of judicial review is to protect individuals and minorities from the majority. We cannot forget another very important aspect of judicial review - protection of the balance among state institutions and “keeping an eye” on maintaining the division of powers.

Constitutional judiciary (or judicial review in this case) is enforced in those systems, where the Constitution and constitutional (organic) norms are of higher legal power than common acts and where judicial review is guarded and administered by juridical organs. Abolishing a legal act due to its conflict with the Constitution is a decision of an immense importance because it gains the same legal power as the abolished act. The decision of the Constitutional Court (or other organ, eg in France it is the Constitutional Council) has therefore the effect of “lex posterior derogat legi priori” toward the legal act which

is to be abolished, with one exception – the decision of the Constitutional Court can only abolish the legal act which is in contradiction with the Constitution but it cannot substitute or convalidate it.

Judicial review (constitutional judiciary) spread mainly after the Second World War and after the fall of the Soviet domain as a response to totalitarian regimes.

Constitutional judiciary as well as the system of division of powers developed gradually, but this development was different in continental Europe compared to the United States of America. Historically, the first system of judicial review was established in the USA as general constitutional judiciary for it was performed by general courts.

II The European continental system of judicial review

The European continental system is the so-called specialized and concentrated judicial review. It is performed by a single organ (court), which usually stands out of the system of general courts. This model of judicial review is influenced by the specialities of written legal system, which result from vertical hierarchy of legal acts and of the supreme role of the Constitution as the basic act of the state. Its main idea is to compare the compliance of all legal acts with the Constitution. If it is not possible to deduce the exact meaning of some provisions (due to their sometimes very vague wording) the Constitutional Court must interpret them.

The constitutional court as a part of the European concept exists as an individual and independent organ which is usually called the “Constitutional Court”. However, in France it is called the Constitutional Council.

Austria, Germany, Slovakia, Portugal, Italy, Spain, Hungary, Russia and the Czech Republic belong to the group of states having concentrated and specialized judicial review. French system belongs to this group as well, but it is not a typical case for it differs from other systems in some details.

The basis of French judicial review is the so-called preventive (also called incomplete) control of constitutionality. Also, the French body of constitutional control is limited in its competence compared to bodies in other states where the specialized and concentrated judicial review is enforced.

III The history of French judicial review

The history of French judicial review is not very long. It has its roots in a concept of democracy elaborated by Abbé Sieyès and Jean-Jacques Rousseau, which promotes very strongly the principle of sovereignty of people incorporated among the powers of parliament. Eventhough we may notice an immense admiration for the United States of America, apparent is also the traditional fear of “gouvernement des juges”. That is why

judicial review was absent in all republican constitutions except for the Constitution of the Fourth Republic of 1946.

After the Second World War a compromise was made – a so-called Constitutional Committee (Comité Constitutionnel) was established. This body had only limited powers to exercise preventive control of constitutionality of approved acts before their coming into effect.

Even in the Fifth Republic, the idea of sovereignty of people represented by the Parliament remained very strong. Yet another step was made towards the constitutional judiciary when the Constitutional Council (Conseil Constitutionnel) was established. This body was not drawn up only as a parliamentary committee any more, but as a judicial institution “sui generis”, which was not on the top of the hierarchy of a system of general or administrative courts. This situation was mainly influenced by the new Constitution, which strengthened the role of the president at the expense of the Parliament. That is why suitable conditions for establishing a system of judicial review were created.

Nevertheless, despite all that the French judicial review was deemed unimportant until 1971. However, in 1971 and 1974 two changes occurred, which advanced its importance. The first one is connected with fundamental rights. In its preamble, the Constitution of 1958 proclaimed dedication to the Declaration of Human Rights of 1789 and also to the Preamble of the Constitution of the Fourth Republic.

However, incorporation of these two important documents into the Constitution of the Fifth Republic was very unclear until 1971, when the chairman of the Senate gave an action, according to which an act approved by the National Assembly (despite the resistance of the Senate) violated the Constitution. It was an act reacting on lots of demonstrations taking place in 1968 – since that time it was allowed to organize a demonstration only under very restrictive conditions. The Constitutional Council cancelled the act as an act incompatible with freedom guaranteed by the Declaration of Human Rights and proclaimed that the Declaration (1789) and the Preamble (1946) are binding values, which cannot be violated by any act.

This decision was almost of the same importance as “Marbury versus Madison” case, at least for the French constitutional system. The other important moment occurred, when president Valéry Giscard d’Estaing enforced a change to the Constitution in 1974. The right to ask for a judicial review was given to a group of 60 members of the National Assembly or the Senate.

The most important fact was that since 1971 the basic human and civil rights gained the position of a value standing above the powers of the Parliament. The current constitution of France of 4th October 1958 regulates the Constitutional Council in Part VII, Art 56 to 63.

IV The French Constitutional Council

1 Organisation

The Constitutional Council consists of nine members appointed for nine years. Every three years one third of them is renewed. One third of the members is appointed by the President of the Republic and the other two thirds are appointed by the presidents of the Senate and of the National Assembly. There are also perpetually appointed members, who are represented by ex-presidents. The chairman of the Constitutional Council is appointed by the President. There is a quorum of seven judges when deciding cases. If there is an equality of the votes the chairman has the deciding vote. The membership is incompatible with the office of minister or with membership in Parliament. Membership in political parties is allowed except of holding the position of a leader of a party.

2 Competences

The main competence of the French Constitutional Council is preventive control of constitutionality (judicial review). Art 41 of the French Constitution says that if it occurs (during the legislative process) that a proposal by the Members of Parliament does not belong to the domain of legislative power or it is in contradiction with authority given to the government, the government can protest against the enactment of such proposal. This dispute between the government and Parliament shall be decided by the Constitutional Council within eight days.

The Constitution of the Fifth Republic denies unlimited superiority of Parliament and determines the competences of Parliament through a taxative specification. Competences of the executive power are determined in a negative way – everything, which is not to be regulated by Parliament is regulated by the executive power.

Art 37 lays down special preventive control of constitutionality. The Constitutional Council is allowed to decide questions, if edicts can change the legislation adopted after 1958, which (in opinion of the government) interferes with the sphere of competences of the executive power. The Constitutional Council does not judge the content of the edict, but only if the problem regulated by the edict belongs to the domain of the legislative or executive power.

According to these two Art (41 and 37) regulation of proportion of competences between the legislative and the executive power is subject to the decision of the Constitutional Council.

Constitutionality can be reviewed only in the phase between approving the proposal by the Parliament and the proclamation of its validity. It is a preventive and also incomplete judicial review, because it can prevent application of rules which were proclaimed unconstitutional, but on the other hand, acts which were already promulgated cannot be cancelled by the Constitutional Council. Valid and effective acts cannot become a subject

of decision of the Constitutional Council. This is substantially different from the system in the Czech Republic which is based mainly on the repressive judicial review.

The Constitutional Council also operates as an electoral court in that it verifies the course of referenda and incompatibility and eligibility of the members of Parliament. This competence is regulated in Art 58.

Until 1993 the Constitutional Council issued 1633 verdicts in electoral cases in three-member senates. In other cases it decides in a plenum where at least seven judges must be present. President of France is also obliged to inform the Constitutional Council before making any emergency measures in case state institutions or independence of the state are endangered. However, this obligation is rather formal.

Art 61 distinguishes between preventive judicial review of common acts and the so-called organic acts (those, which are a part of the Constitution or are directly connected with it).

According to Art 46 organic acts can become effective only after their constitutionality is reviewed by the Constitutional Council (proposals are submitted by the Prime Minister).

Common acts do not have to be reviewed, it depends only on the President, the Prime Minister or a chairman or 60 members of both chambers, whether they use their right to submit a proposal.

There are also many discussions as to whether the Constitutional Council is a real organ of judicial review or not. If we take into consideration that this body does not require legal education from its members and ex-presidents are its perpetual members, then we can see the differences between this model and the typical model of specialized and concentrated judicial review enforced for example in the Czech Republic.

V The Czech Constitutional Court

In the Czech system, there are special conditions for people becoming judges of the Constitutional Court – eg completed legal education at a Faculty of Law, impeccability and no membership in any political party.

If we compare the range of competences, we will see that the Czech Constitutional Court has more competences. The Czech system is a typical case of a concentrated and specialized judicial review.

The Czech Constitutional Court decides on cancelling legislative acts or their provisions which are in conflict with the Constitution. The control is repressive (subsequent), because judicial review is executed only after these acts come into effect.

It also deals with constitutional complaints, which are a manifestation of incidental specific judicial review. It is a means of protection of an individual against a decision or other act of any public authority which violates the basic rights of a citizen. The constitutional complaint in the Czech Republic is either against a decision of a state organ or against its interference with human or civil rights of a specific person or, on the other

hand, a special type of constitutional complaint against a decision of state which illegally interferes with competencies of regional administrative organs. The first type of constitutional complaint shall be submitted by the person harmed, the second one by the affected organ of regional administration.

The Czech Constitutional Court also decides for example on disputes about competencies of state organs, on impeachment of the President or on incompatibility of offices held by members of the House of Representatives and the Senate.

VI Summary

We can see a lot of differences in the French system, where it is not necessary to have legal education for becoming a judge of the Constitutional Council and where membership in political parties is allowed (except for holding a position of a leader of a party or any other important position) compared to the Czech way of appointing judges of the Constitutional Court, where the judges must be highly unbiased and thus membership in political parties is strictly forbidden. Moreover, perpetual membership of ex-presidents gives the French Constitutional Council a strong political undertone. The only common feature for both models of position of the judges is that holding position of a judge is a performance of an occupation.

As it was mentioned before, the French model does not recognize the measure of constitutional complaint. Nowadays there are discussions in France as to whether to establish such measure, so that all citizens have an opportunity to submit a proposal when their rights are violated. That would definitely strengthen the protection of civil rights and help the citizens protect themselves better against the state power.

There are two main objections to the French judicial review – the absence of specific repressive judicial review and isolation of general courts, which are not allowed to submit a proposal to the Constitutional Council.

JUDICIAL REVIEW IN GREAT BRITAIN AND IN CZECHIA

Igor Švarc

I Introduction

The subject of this work is to compare the institute of judicial review within the Czech and British constitutional systems. It is important to say that the British system – much like the British constitution itself – is so unique that it cannot be compared to any other systems in existence. It is not even certain whether we can talk about any form of judicial review in Great Britain. Therefore, my intention is to characterize judicial review in the Czech Republic and then describe the way in which the same matter is handled by the British judiciary.

In the first part of my work I will explain the institute of judicial review in general and focus on its various forms. Then I will proceed to the description of the Czech and British systems.

II Judicial review in general

1 Definition and division of judicial review

The institute of judicial review is one of the necessary elements of a modern democratic state. It can be defined as judicial control and protection of constitutionality, ie observance of the Constitution by all subjects of the constitutional system. The Constitution is also effectually interpreted in the process. It should also be noted that legal theory sometimes distinguishes between the terms “judicial review” and “constitutional judiciary”. In this concept, constitutional judiciary means solely the protection of positive, written constitutional provisions, while judicial review (or “judicial protection of constitutionality”) has a wider meaning. It encompasses constitutional principles coming from natural law, which are common to all democratic states and therefore should also be given judicial protection. To avoid confusion, I will henceforth use the term judicial review as a synonym for constitutional judiciary.

The basic division of the forms of judicial review is as follows:

- Universal: judicial review is exercised by general courts, or specialized: a special judicial body that stands outside the system of general courts, usually called Constitutional Court.
- Diffused: all courts can exercise the review, or concentrated: only one central court can exercise the review (or possibly one per state in federations).

Not all combinations of the above are used. There is no specialized diffused system (which would mean multiple Constitutional Courts in one state) and the universal concentrated form (Supreme Court that also handles constitutional matters solely) is very rare - in Europe only Switzerland has it.

Today we distinguish two main models: American model: universal diffused judicial review, and European (continental) model: specialized concentrated judicial review.

The most important function of judicial review is to control accordance of legal instruments with the Constitution. With regard to the scope and the particular manner in which courts carry out judicial review, this control can be divided into:

- Preventive control: checks the constitutionality of an instrument before its entry into force, or subsequent control: checks the constitutionality of an instrument after its entry into force.
- Abstract control: constitutionality is controlled without connection to a particular case, or concrete control: control of constitutionality follows a particular case to which the questionable legal provision applies.

Logically, preventive control can only be abstract.

2 American model of judicial review

The American model of judicial review, as stated above, is universal and diffused. Every general court can exercise judicial review. However, cases of significant importance usually find their way to the Supreme Court, which therefore plays a dominant role in the protection of constitutionality. The form of control is always subsequent and concrete.

3 European model of judicial review

The European model is specialized and concentrated. Judicial review is vested in a special court, usually called Constitutional Court. Such court stands outside the system of general courts and handles only constitutional matters.

As stated above, Switzerland with its universal concentrated form is an exception. There, judicial review is exercised by the Federal Court. It is a single institution, not one of the many Federal Courts as in the United States. Apart from general (criminal, civil

etc) matters, the court, through one of its special departments, handles also constitutional judiciary.

The form of control can be both preventive and subsequent, abstract and concrete.

III Judicial review in the Czech Republic

1 The Constitutional Court

The Czech Republic applies the continental model of judicial review. Judicial review in the Czech Republic is exercised by the Constitutional Court seated in Brno. The legal basis for its function is set down in the Constitution, Art 83 – 89 as well as in the Act on the Constitutional Court (Act No 182/1993).

The court consists of 15 judges appointed for a term of 10 years with eligibility for reappointment. Judges are appointed by the President of the Republic with the consent of the Senate. The President also appoints the existing judges to hold offices of chairman and two vice-chairmen of the court. Eligible for appointment is an irreproachable citizen who has reached 40 years of age, has a university law degree and has been active in legal profession for at least 10 years. This function is incompatible with another paid function or working activity, excluding management of own property and scientific, pedagogical, literary and artistic activities, as long as they do not interfere with the judge's function. It is also incompatible with membership in a political party or movement. The judge must maintain secrecy in respect of all facts he has learned during his term, even after its end.

Art 83 of the Constitution says: "The Constitutional Court is a judicial body charged with protection of constitutional rule." This statement means that the court handles not only judicial review but also other matters of constitutional importance. Art 87 of the Constitution gives a full list of matters on which it decides. They can be divided into the following categories:

- Judicial review: "Repeal of laws or individual provisions contravening the constitutional order" and "repeal of other legal regulations or individual provisions contravening the constitutional order or the law".
- Constitutional complaints: either by territorial self-government bodies against an unlawful interference with their powers by the State or by citizens against a final decision or other interference with their fundamental rights and freedoms by agencies of public authority.
- Matters concerning parliamentary elections.
- Impeachment by the Senate of the President of the Republic for high treason.
- Presidential proposal to repeal a decision rendered by the Parliament that transfers some of the president's powers onto the Prime Minister and Chairman of the Chamber of Deputies (when the position is vacant or President is unable to carry out his function).

- Measures necessary to carry out the ruling by an international court that is binding for the Czech Republic.
- Some matters concerning political parties.
- Disputes of competence between territorial self-government agencies and state agencies.
- The concordance of an international agreement with the Czech constitutional order before its ratification.

2 Judicial review proceedings

The proceeding starts with a proposal. This can be issued by:

- Law (or its individual provisions): President of the Republic; a group of at least 41 deputies or 17 senators; Constitutional Court itself, when deciding a constitutional complaint; the Government; a person who had issued a constitutional complaint; a general court when deciding a case.
- Another legal instrument (or its individual provisions): the Government; group of at least 25 deputies or 10 senators; Constitutional Court itself, when deciding a constitutional complaint; a person who had issued a constitutional complaint; district administration; the Ombudsman; minister of internal affairs (against legal instruments of local administrations); a competent minister (against legal instruments of local administrations); administration of a municipality (against legal instruments of its superior district).

A proposal is unacceptable if the law in question (or other legal instrument) has not yet been declared with the exception of preliminary control of international treaties. This means that the form of the control of national law is subsequent. It can be both abstract and concrete.

If the Constitutional Court decides that a law or its provisions are at variance with the constitutional order, or another legal instrument or its provisions are at variance with the constitutional order or a law, the court will give a ruling. The law, another legal instrument or its provisions, shall be cancelled on the date stated in the ruling (*ex nunc*).

If a judgement in criminal proceedings is delivered on the basis of the cancelled law, and has not yet been carried out, it provides grounds for revision of the process.

Other decisions based on the cancelled instrument remain untouched, but the rights and obligations based on them cannot be exercised. Other rights and duties arising from legal relations based on the cancelled instrument remain untouched.

IV Judicial review in Great Britain

1 Basics

Great Britain utilizes a unique form of judicial review that defies the traditional division. It is called “Judicial Braking or Imperfect universal judicial review.”

In Great Britain, there does not exist any formal judicial review in the form we know. The courts, or anyone else, cannot initiate the process of cancelling a law. There are two main reasons for that.

Firstly, although certain laws are considered constitutional, they formally do not have superior legal power over other laws. Therefore, the superiority of these laws cannot be enforced.

Secondly, there is the traditional British principle of Parliamentary sovereignty, as opposed to the common principle of people’s sovereignty. Parliamentary legislative power is virtually unlimited, nobody is allowed to interfere with its laws once they are passed. This has to be upheld at least on a formal level, nevertheless, the practice of judicial braking effectively counters it.

2 Proceedings

Judicial braking is not a specialized procedure – it merges with the common process of interpreting law by a judge.

The judge always has to check whether the statute that applies to the particular case is in accordance with common law and higher legal principles.

If it is not, he has to adapt the law to the specific situation to make it compliant, even if it virtually means not to apply it at all. This is not to say that the law will be cancelled; it just will not be applied in the particular case. Of course, the court decision can become a precedent and therefore apply to future cases as well.

As to by-law provisions such as ordinances, the judge may simply dismiss them without interpretation.

The only difference between normal interpretation of laws and judicial review is that the provisions the law in question counters are of constitutional nature. This, however, has no practical significance.

We can see that the form of control is universal and diffused, subsequent and concrete, if we can talk about judicial control in the traditional sense indeed.

The only stage at which a law that is not in accordance with constitutional principles can be prevented from taking effect is the parliamentary legislative procedure.

JUDICIAL REVIEW IN THE USA AND IN CZECHIA

Daniel Hořejší

I Introduction

My paper focuses on the judiciary in the USA. It is a very important and also interesting part of American law system, mainly for us – law students in the Czech Republic – because the American judiciary is totally different from the judiciary in the Czech Republic. In the first part of my paper I will deal with the judicial system in the USA and in the second part I will present some basic and the most interesting information on the judicial system in the Czech Republic, mainly the Constitutional Court and the Supreme Court, being the top institutions of the Czech judiciary. The objective of this effort is to introduce these two systems and provide a comparative viewpoint on them.

II Judicial review in the USA

1 Some provisions of the US Constitution

I would like to begin with some provisions of the US Constitution as they give us basic guidelines and help understand the issue better.

Art III Section 1: The judicial power of the United States shall be vested in one Supreme Court, and in such inferior courts as the Congress may from time to time ordain and establish. The judges, both of the supreme and inferior courts, shall hold their offices during good behavior, and shall, at stated times, receive for their services a compensation, which shall not be diminished during their continuance in office.

Art III Section 2: The judicial power shall extend to all cases, in law and equity, arising under this Constitution, the laws of the United States, and treaties made, or which shall be made under their authority; to all cases affecting ambassadors, other public ministers and consuls; to all cases of admiralty and maritime jurisdiction; to controversies to which the United States shall be a party; to controversies between two or more states; between a state and citizens of another state; between citizens of different states; between citizens

of the same state claiming lands under grants of different states, and between a state, or the citizens thereof, and foreign states, citizens or subjects.

In all cases affecting ambassadors, other public ministers and consuls, and those in which a state shall be party, the Supreme Court shall have original jurisdiction. In all the other cases before mentioned, the Supreme Court shall have appellate jurisdiction, both as to law and fact, with such exceptions, and under such regulations as the Congress shall make.

The trial of all crimes, except in cases of impeachment, shall be by jury; and such trial shall be held in the state where the said crimes shall have been committed; but when not committed within any state, the trial shall be at such place or places as the Congress may by law have directed.

Art III Section 3: Treason against the United States shall consist only in levying war against them, or in adhering to their enemies, giving them aid and comfort. No person shall be convicted of treason unless on the testimony of two witnesses to the same overt act, or on confession in open court. The Congress shall have power to declare the punishment of treason, but no attainder of treason shall work corruption of blood, or forfeiture except during the life of the person attainted.

2 The Judiciary in general

The Judiciary is often cited as one of the five primary sources of the US law. The others are: the Constitution, the Legislature, the Executive and the Administrative Agencies.

There is a special 2-tier judicial system in the USA: federal courts and state courts, which are inferior courts.

3 The Supreme Court

The Supreme Court is the highest federal court, consists of 9 judges called justices. They vote for their leader who then assumes the position of a Chief Justice. Federal Supreme Court deals with breaches of the federal Constitution. There is a possibility to appeal to the Supreme Court from state courts. All cases are tried according to common law and equity and can be tried in the presence of a jury. In my opinion, it is important to say that in the United States a prosecutor instigates prosecution against a suspect. This can be done at a district, county, state or federal level. Judges and Supreme Court justices interpret and apply the law. They have a major impact on the legal environment, because their interpretations and applications influence the development of the law in two related ways.

4 The common-law system

First, much of American law is made by judges in a manner known as the common-law system. The heart of this system is the doctrine of stare decisis, which means that previously decided cases shall be followed. When a court rules upon the facts of particular controversy for the first time ever, it is said to be setting a precedent. When the same facts appear before the court again, the court is bound by the doctrine of stare decisis to rule in the same way, hence following prior precedent. Common law is often referred to as judge-made law.

The second impact of the judiciary on the legal environment involves interpretation of statutes and constitutions. Constitutions and statutes are typically written in general terms. The major reason for it is that it allows the flexibility to respond to unforeseen circumstances and to adapt to changing conditions over time. This flexibility is accomplished through judicial interpretation of the broad language when applied to specific individual circumstances. Courts look to the legislative histories of statutes – for example, records of debates on legislation – for guidance in interpreting statutes according to congressional intent. The principle of stare decisis applies to interpretation of statutory law in that once the statute is applied to one set of circumstances, it will be applied consistently in similar circumstances. While the judiciary maintains a constitutional check on congressional and state activity, the Constitution also provides a check on the judiciary. If Congress or state object to a ruling or interpretation by the court, they can respond by rewriting the statute or passing a constitutional amendment.

The biggest difference is between Anglo-American and Continental legal tradition. The common law system is different from the civil law systems in Continental Europe and Latin America. In these countries the law was influenced and based on Roman law. It has been codified or systematically collected in codes. The continental law attaches great importance to codes and the commentaries on them written by academic jurists. Decisions of individual judges carry little weight as authorities. Nevertheless, it is impossible to say that there is no influence of previous decisions (mainly decisions of superior courts upon inferior courts) but still, we cannot fully compare it with the system of precedents (stare decisis) in Anglo-American legal system. In my opinion, this may change (although perhaps not at the state level) with regard to our membership in the European Union and the authority of the European Court of Justice.

5 The system of the US courts

A) The federal court system

The federal court system in the USA consists of three levels. The lowest level is composed of the United States District Courts, Bankruptcy Courts, Tax Courts, the Court of Claims and the Court of International Trade.

Which court decides a particular case depends on the nature of the dispute. Most cases in federal courts are tried by a United States District Court. There is a right to appeal to a higher court. In the federal court system, the second level of courts consists of the intermediate appellate courts: the United States Circuit Courts of Appeal and the Court of Customs and Patent Appeals. A panel of judges – usually at least three – review the transcript of the original trial, the evidence presented there, and the legal briefs filed by the attorneys on both sides. Unlike a trial, an appeal does not involve the presentation of witnesses or evidence in court; if something is not in the trial record, the appellate judges will not consider it. The parties’ lawyers usually have the option of making an oral presentation to the panel of appellate judges, which is usually limited to 30 minutes to each side.

Suppose that somebody loses his case in the District Court, and the Circuit Court of Appeal upholds the lower courts’ decision. What to do in this situation? What is the next step? This person can ask the United States Supreme Court to hear his appeal. Most of the time, however, unlike the intermediate appellate courts, which must consider every appeal, the Supreme Court does not have to hear the case. It has the power, or discretion, to decide which cases it hears. Attorney must ask the Supreme Court for permission to appeal the case to it by filling a petition for certiorari. The United States’ Supreme Court receives tens of thousands of these petitions every year and approves only a very small percentage. The Supreme Court ordinarily accepts only cases that will affect many people than just the parties to the dispute.

B) The state court system

Most states have a three-layer court system similar to the federal system: the lowest level of courts where cases are tried; the second level consisting of the intermediate appellate courts; the third level represented by the Supreme Court.

However, there is some disparity among states regarding the names of the courts. For example, in New York, “the Supreme Court” is an equivalent to a superior court or district court in other states. The intermediate appellate court in New York is “the Supreme Court, Appellate Division” and the highest court is “the Court of Appeals”.

In many states, the lowest level of courts, the trial courts, actually comprises two levels of courts. One level – superior court, county court, circuit court, district court or court of common pleas – handles more serious matters, such as felonies and civil cases involving more than \$15 000. Frequently, they are courts designed for specific controversies, such as criminal court, family court (to handle divorces, adoptions, and paternity disputes for example), probate court (or surrogate court) and juvenile court. The other level (municipal court) deals with smaller problems, such as misdemeanors, and civil cases under \$15 000. Some courts on this level, eg small claims court, landlord-tenant court, and traffic court, may handle specific problems. As in the federal system, in a state court system there is a possibility to appeal to a higher court. And like the US Supreme

Court, a State Supreme Court is generally free to hear only those appeals it wants to hear. The number of justices in a State Supreme Court varies from state to state. The length of service for Supreme Court justices also varies, from six years to life, depending on state. In some states, the government appoints judges to Supreme Court, subject to confirmation by the legislature or a commission on judicial appointments. In other states, the voters elect the justices.

III Judicial review in the Czech Republic

The Czech court system consists of district, regional, and high courts. The Supreme Court is the highest court of appeal. The separate Constitutional Court has final authority for cases concerning constitutionality of legislation. There is a relatively new specialized court – the Supreme Administrative Court – which carries out administrative justice. Courts are independent, together they form a court system. Apart from general judiciary there stands the specialized Constitutional Court. Let me open this chapter with some information on this court - the basic texts, composition and organization, procedure and powers.

1 The Constitutional Court

A) Composition and organization

The Constitution provides that the Court consists of 15 Justices, and there are currently 15 sitting Justices. Justices of the Constitutional Court are appointed by the President with the consent of the Senate. The Senate was not yet established when the first 15 Justices were appointed, so the Chamber of Deputies approved them in its stead; all Justices of the current number were appointed with the approval of the Senate. The Chairperson of the Court and two Vice-Chairpersons are appointed by the President from among the Justices. The Justices are appointed for a 10-year term of office, and there is no restriction on reappointment.

The minimum qualifications for appointment as a Justice of the Constitutional Court are that the person has a character beyond reproach, is eligible for election to the Senate (which means having reached the age of 40 and being eligible to vote), has a university legal education, and has been active for at least ten years in a legal profession. While holding office, a Justice may not be a member of a political party. In addition, a Justice is restricted from holding any other compensated position or engaging in any other profit-making activity with the exception of managing own assets and engaging in scholarly, teaching, literary, or artistic activities.

Justices assume their office upon taking the following oath of office administered by the President: “I pledge upon my honor and conscience that I will protect the inviolability

of natural human rights and the rights of citizens, adhere to constitutional acts, and make decisions according to my best convictions, independently and impartially.”

Justices enjoy a general immunity from criminal prosecution: they may be prosecuted for felonies only if the Senate consents to the prosecution (failing which, they are forever exempt from prosecution for the act at issue). They may be arrested only if caught in the act of committing a felony (*flagrante delicto*) or immediately afterwards. A Justice has a privilege to refuse to testify concerning matters about which he learned in connection with his judicial duties and otherwise has a positive obligation to maintain confidentiality about such matters.

A Justice may be deprived of his seat only in a very limited number of cases: resignation from his or her office, loss of eligibility for the Senate, final conviction for an intentional criminal offense, or a decision by the Court’s Plenum to terminate his office due to a disciplinary infraction.

The Court’s administration is directed by the Chairperson and two Vice-Chairpersons. Each Justice has his or her own staff made up of legal assistants and a secretary. More detailed rules are contained in the Act on the Constitutional Court.

B) Procedure

The Court acts in its Plenum or in four three-Justice panels. Only the Plenum may eg annul an Act of Parliament or another generally applicable enactment, or make decisions concerning the impeachment or incapacity of the President or the dissolution of a political party. Other matters are heard by panels: eg constitutional complaints by persons or municipalities, electoral or eligibility disputes concerning a Member of Parliament, and conflicts of competence between central state authorities and local autonomous bodies.

The Plenum shall be composed of all Justices. For the Plenum to make a decision, at least 10 Justices must be present. A supermajority of 9 Justices is required to vote in favor of a decision to annul an Act of Parliament, as well as for decisions concerning the impeachment or incapacity of the President and a decision adopted on the basis of a legal interpretation different from a legal interpretation announced by the Court in an earlier judgment.

Unless the Act on the Constitutional Court provides otherwise, oral hearings are not mandatory if parties agree to dispense with them and if further clarification of the matter cannot be expected from such a hearing. Oral hearings before the Court shall be public; the Court may limit attendance by the public altogether only if such is required by important interests of the state or of the parties to the proceeding, or by morality.

C) Some important powers

The Court has jurisdiction over various matters. For example:

Abstract constitutional review of enacted norms (ex post facto or repressive control):

- Acts of Parliament or individual provision thereof - if proposed by the President or a group of either 41 Deputies or 17 Senators.
- Other enactments or individual provision thereof - if proposed by the government or a group of either 25 Deputies or 10 Senators.

Concrete Constitutional Review (Petitions Lodged Incidental to a Dispute):

Within the context of a specific dispute, an ordinary court hearing a case, a panel of the Court when deciding a constitutional complaint, or a person in conjunction with the submission of a constitutional complaint may submit a petition to annul an Act of Parliament or another enactment.

Constitutional complaints (Constitutional Review of Decisions and Official Acts):

- A natural or legal person submitting a complaint must claim that their constitutionally protected rights have been violated as a result of official decision, of a measure, or some other action by public authority. A constitutional complaint is inadmissible if the complainant failed to exhaust all procedural remedies afforded him by law for the protection of his rights. Citizens do not have a general right to complain of unconstitutionality (*actio popularis*). A petition to annul an Act of Parliament or other enactment may be attached only if it formed the basis for the violation.
- A representative body of municipality or self-governing region must claim that the state has encroached upon its right to self-government.
- A political party or movement must claim that the decision relating to dissolution of political party, or other political party activity, has violated the constitutional acts or other laws.

Cases concerning impeachment of the President or his incapacity to hold office.

And some other particular matters. It is also necessary to mention that Art 89 of the Constitution states that all judgments of the Court are binding on all governmental bodies and persons (*erga omnes effect*).

2 The Supreme Court

The Supreme Court of the Czech Republic, with its seat in Brno, is the highest judicial authority both in civil and criminal law proceedings with the exception of matters concerning the powers of the Constitutional Court of the Czech Republic. The basic legal acts governing the Supreme Court status are the Constitution (Act No 1/1993), the Act on Courts and Judges (Act No 6/2002) and particularly the Standing Order and the Work Schedule of the Supreme Court of the Czech Republic.

The Supreme Court's agenda consists primarily in decision-making in extraordinary legal remedies against appellate court decisions, in appeals, in the recognition of rulings made by foreign courts and their enforcement within the Czech Republic, whether such is required by domestic law or international agreement. The Supreme Court keeps abreast and evaluates final enforceable decisions of the courts in both civil and criminal law proceedings and on their basis and in the interest of the uniformity of courts' decision-making adopts standpoints on the courts decision-making in the matters of particular kind.

The judges of the Supreme Court together with the judges of the Supreme Administrative Court decide in positive and negative questions on jurisdiction on the competence to make the decision in the disputes where a part to it are the courts acting in the civil law proceedings and the administrative courts or the courts and the bodies of executive power, municipal, interest or vocational self-administration. In the questions of jurisdiction, a special tribunal composed of three judges of the Supreme Court and three from the Supreme Administrative Court decides. This tribunal hears and decides abovementioned cases in the premises of the Supreme Administrative Court.

ACTA UNIVERSITATIS PALACKIANAE OLOMUCENSIS
FACULTAS IURIDICA
SUPPLEMENTUM 3 - 2006

Vydala a vytiskla Univerzita Palackého v Olomouci,
Křížkovského 8, 771 47 Olomouc
www.upol.cz/vup
e-mail: vup@upol.cz

Redakční rada: Ass.-Prof. Dr. Armin Stolz, Univ.-Prof. DDr. Bernd Wieser,
Dr. Beatrice Sommerauer, JUDr. Maxim Tomoszek

Hlavní redaktor Ass.-Prof. Dr. Armin Stolz
Výkonný redaktor JUDr. Mag. iur. Michal Malacka, Ph.D.
Odpovědná redaktorka Mgr. Jana Kreiselová
Technická redaktorka RNDr. Miroslava Kouřilová

Olomouc 2006

1. vydání

ISBN 80-244-0803-1